

**BEIGEWUM**

# **Mythen des Sparens**

**Antizyklische Alternativen zur Schuldenbremse**

Herausgegeben vom

Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen



**VSA**

**BEIGEWUM**  
Mythen des Sparens

Der Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (BEIGEWUM) verfolgt das Ziel, Öffentlichkeit für Ergebnisse kritischer Forschung zu schaffen und sie für alle zugänglich zu machen. Als Verein von SozialwissenschaftlerInnen mit Sitz in Wien besteht der BEIGEWUM seit 1985. Seitdem erstellt, diskutiert und verbreitet er alternative Konzepte der Wirtschafts- und Sozialpolitik und widerspricht dem herrschenden politischen Diskurs. Unsere inhaltlichen Schwerpunkte sind die Verteilungs- und Budgetpolitik, feministische Fragestellungen sowie Aspekte der Europäischen Integration. Vierteljährlich geben wir die Zeitschrift *Kurswechsel* heraus.

Mehr zu unseren Veranstaltungen, Projekten und Büchern auf [www.beigewum.at](http://www.beigewum.at).

Dieses Buch entstand in vielen Arbeitskreisen und Diskussionen, an denen unter anderem folgende Personen mitwirkten: *Beat Weber, Christa Schlager, Christine Mayrhuber, Elisabeth Springler, Georg Feigl, Jana Schultheiss, Joachim Becker, Lukas Oberndorfer, Markus Marterbauer, Oliver Prausmüller, Tobias Orischnig, Philipp Poyntner, Sven Hergovich, Valerie Bösch*. Vielen Dank für euer Engagement!

Kontaktadresse:

Beirat für gesellschafts-, wirtschafts-  
und umweltpolitische Alternativen (BEIGEWUM)

Postfach 162, A-1015 Wien

E-Mail: [beigewum@beigewum.at](mailto:beigewum@beigewum.at)

[www.beigewum.at](http://www.beigewum.at)

BEIGEWUM

## **Mythen des Sparens**

Antizyklische Alternativen  
zur Schuldenbremse

Herausgegeben vom Beirat für  
gesellschafts-, wirtschafts- und umwelt-  
politische Alternativen

VSA: Verlag Hamburg

Die in diesem Buch abgedruckten Fotos zeigen öffentliche Dienstleistungen, die durch überbordenden Sparszwang und die Zerstörung des Öffentlichen verloren gehen bzw. weiter beschädigt und eingeschränkt werden könnten.

Die Fotos stammen von Alexander Gotter: »Die Wiener Gassen dokumentarisch, von oben und von unten und manchmal im rechten Winkel festgehalten«, sie wurden im Februar 2013 aufgenommen.

Die im Glossar (S. 136ff.) erklärten Begriffe sind im Text mit einem Pfeil (→) markiert.

© VSA: Verlag 2013, St. Georgs Kirchhof 6, D-20099 Hamburg

Alle Rechte vorbehalten

Umschlagfoto: kallejipp/photocase.com

Druck und Buchbindearbeiten:

Beltz Druckpartner GmbH & Co. KG, Hemsbach

ISBN 978-3-89965-555-1

Auch als eBook erhältlich:

ISBN ePub: 978-3-89965-810-1

ISBN pdf 978-3-89965-811-8

# Inhalt

<b>Einleitung</b> .....	6
<b>Schulden-Mythen</b>	
»Schulden sind böse – Sparen ist gut« .....	13
»Unser schuld- und zinsbasiertes Geldsystem führt in den Abgrund« .....	21
»Schulden kann man nicht mit noch mehr Schulden bekämpfen« .....	29
»Privatisierungen helfen, Staatshaushalte wieder ins Lot zu bringen« .....	35
»Schuldenbremsen bremsen Schulden« .....	43
<b>Spar-Mythen</b>	
»Wir haben alle über unsere Verhältnisse gelebt« .....	51
»Sparen trifft alle gleich« .....	57
»Sparen am Klima kostet nichts« .....	67
»Auch RentnerInnen müssen zur Haushaltssanierung beitragen!« .....	73
<b>Euro-Mythen</b>	
»Nur ein Euroaustritt der schwachen Länder löst die Probleme im Euroraum« .....	81
»Europa muss Deutsch lernen!« .....	91
»Nur eine marktkonforme Demokratie ermöglicht eine Lösung der Krise« .....	97
»Mehr sparen – weniger streiken!« .....	105
»Die Europäische Zentralbank heizt die Inflation an« .....	117
<b>Alternativen zur Spar-Orthodoxie</b> .....	125
<b>Glossar</b> .....	136

# Einleitung

Nach der vorherrschenden Meinung ist die Finanz- und Wirtschaftskrise längst in eine Staatsschuldenkrise übergegangen. Folglich scheint die einzige Lösung ein radikaler Sparkurs der öffentlichen Haushalte zu sein. Hierbei wird von Seiten zahlreicher PolitikerInnen sowie der Mainstream-Medien gerne an den Alltagsverstand der Bürgerinnen und Bürger appelliert. Denn die Schlussfolgerung ist vermeintlich nur allzu einleuchtend: Wer Schulden hat, muss sparen. Dass diese Feststellung aber so einfach wie ökonomisch falsch – jedoch leider weit verbreitet – ist, war für den BEIGEWUM Anlass genug, dieses Buch herauszugeben.

Wirtschaftspolitische Mythen zu widerlegen und zu dekonstruieren, ist wichtig, da nur so andere Ursachen für Probleme und Krisen aufgezeigt werden können, die wiederum zu anderen politischen Handlungsanleitungen führen können als der gegenwärtig verfolgten wirtschaftspolitischen Strategie. Und so werden in diesem Buch Mythen aufgezeigt, hinterfragt und ihnen eine alternative Interpretation gegenüber gestellt.

## **Das sechste Jahr des Krisenmanagements?**

Wer bei Ausbruch der aktuellen Krise 2007 noch dachte, sie müsse der Katalysator für eine Reihe fundamentaler Veränderungen am → neo-liberalen Lauf der ökonomischen Dinge sein, muss im Jahr sechs des Krisenmanagements feststellen, dass diese Erwartung weitgehend enttäuscht wurde. Wie kam es dazu? Die Krise, die 2007 in den USA begann, durchlief mehrere Phasen.

Die Erschütterung auf den Finanzmärkten brachte die reale Wirtschaft ins Wanken: Handel und Produktion brachen ein, der Konsum ging in vielen Ländern zurück. Konjunkturpakete wurden geschnürt, um die Produktion, aber vor allem auch die Banken zu retten. Diese Maßnahmen, gepaart mit zurückgehenden Staatseinnahmen aufgrund der steigenden Arbeitslosigkeit und des schrumpfenden Konsums, führten in vielen Ländern zu nicht mehr zu finanzierenden Schuldenständen. Zudem verstärkte der sinkende Konsum die Rezession. Die FinanzanlegerInnen verlangten, nicht zuletzt auf Basis der Bewertungen durch Rating-Agenturen, immer höhere Zinssätze für Staatsanleihen der betroffenen Länder. Die Europäische Union und der → Internationale Währungsfonds griffen ein, sodass im Wechselspiel mit den nationalen Regierungen immer drastischere Sparpakete im Gegenzug für Finanzhilfen folgten.

Auf einmal wurde in der öffentlichen Diskussion der Staat, der noch zuvor Banken und Handel mit Milliarden öffentlicher Gelder »gerettet« hatte, zum Bösewicht und zum Verursacher der Krise stilisiert. Durch dieses Manöver lösten sich die Vertreter der → neoliberalen Ideologie aus der Schockstarre, in die sie bei Krisenausbruch kurzzeitig verfallen waren, und mühten sich nun, gewohnte Lehrsätze vom Staat als Wurzel allen Übels wieder aufzuwärmen. Genau auf diese Mythen rund um Schulden, Sparen und auch den europäischen Diskurs wollen wir in diesem Buch eingehen.

### **Die drei U der Krisenursachen: Ungleiche Verteilung...**

Die Ursachen der Krise liegen größtenteils schon in der Zeit vor dem Beginn der aktuellen Krise: Bereits seit Jahrzehnten lassen sich Tendenzen in der Wirtschaft feststellen, die früher oder später unweigerlich zu einer erneuten Krise des kapitalistischen Systems führen mussten. Es sind die so genannten drei U – ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen; unregulierte Finanzmärkte; makroökonomische Ungleichgewichte.

Schon seit Beginn der 1980er Jahre lässt sich international der Trend feststellen, dass der Anteil der Löhne am Bruttoinlandsprodukt (BIP) abnimmt. So sank dieser Wert in Deutschland zwischen 1981 und 2012 um ca. 8 Prozentpunkte (pp), in Österreich sogar um ca. 11 pp. Aber nicht nur der Gesamtanteil aller Löhne am BIP sinkt, auch die Verteilung innerhalb der Löhne und Einkommen wird immer ungleicher: Der Gini-Koeffizient, der angibt, wie gleich bzw. ungleich Einkommen verteilt sind, ist etwa in Deutschland von 1985 bis 2005 um 15% gestiegen. Dies bedeutet, dass die höheren Einkommen im Vergleich zu den niedrigeren immer höher werden. Gleichzeitig führt diese ungleiche Verteilung zu Rekordgewinnen bei den Unternehmen und hohen Dividendenausschüttungen bzw. einer Anhäufung von Vermögen, das zum Spielkapital am Kasino des Finanzmarktes wurde. Denn Vermögende neigen eher zu risikoreichen Finanzanlagen, was gepaart mit immer weniger regulierten Finanzmärkten eine der langfristigen Ursachen der Krise ist.

### **... unregulierte Finanzmärkte...**

Die Begünstigung der Wohlhabenden hat nicht nur die soziale Ungleichheit weiter verstärkt, sondern zusätzliche Mittel in den ohnehin schon an Liquidität überquellenden Finanzsektor kanalisiert. Die Deregulierung der Finanzmärkte – eines der zentralen Dogmen → neoliberaler Wirtschaftspolitik – erhöhte die Kurzfristorientierung und

das Risiko, damit aber auch die Ertragschancen. Investitionen in der Realwirtschaft wurden weniger lohnenswert, da sie sich mit den Renditeaussichten auf den globalen Finanzmärkten zu messen hatten, die oft weit höher waren. Die wachsende Zahl der Finanzkrisen seit den 1980er Jahren zeigte bereits vor der jetzigen Krise, dass diese Renditeaussichten alles andere als stabil sind. Vielmehr folgt auf übertriebene Boomphasen ein Einbruch der Erwartungen, gefolgt von einem ebenso übertriebenen Rückzug der AnlegerInnen und damit verbundenen Kurseinbrüchen. Dabei konnten die BefürworterInnen der Finanzmarktderegulierung auch ihre finanzielle Macht politisch nutzen und zu immer mehr Freiheiten gelangen – und damit wiederum zu noch mehr finanzieller Macht, obwohl die insgesamt negativen Folgen immer offensichtlicher wurden.

Trotz wachsender systemischer Risiken wurden die Beschränkungen im Finanzcasino so immer stärker dereguliert und zusätzlich wurde zugelassen, dass zunehmend auch mit fremdem Kapital direkt durch Kredite und indirekt mittels Spareinlagen sowie impliziten Haftungen der Allgemeinheit durch Risikoübernahmen des Staates (»too big too fail«) spekuliert werden konnte.

### **... und makroökonomische Ungleichgewichte**

Als drittes Phänomen ließe sich in den letzten Jahren eine immer größer werdende Kluft zwischen Ländern mit → Leistungsbilanzüberschüssen (selbst ernannten »Exportweltmeistern« wie Deutschland, Japan oder China, aber auch Österreich, Finnland oder den Niederlande innerhalb Europas) und Ländern mit → Leistungsbilanzdefiziten (USA, Spanien, Großbritannien, innerhalb der Eurozone auch Griechenland und Portugal) beobachten. Diese Leistungsbilanzungleichgewichte in Europa sind – neben unterschiedlichen Ausgangslagen im Hinblick auf die Abhängigkeit von Energieimporten oder Auslandskapital oder Immobilienblasen – vor allem auch wegen der geringen Lohnzuwächse (siehe Ursache Nummer eins: ungleiche Einkommensverteilung) in Deutschland entstanden. Da die Löhne gleichzeitig die wichtigste Quelle für die Gesamtnachfrage sind, führten die Reallohnrückgänge in der größten europäischen Volkswirtschaft dort auch zu einem besonders schwachen Importwachstum – und damit zu schlechten Exportmöglichkeiten anderer Länder nach Deutschland. Früher konnten diese Unterschiede zum Teil durch die Wechselkurse ausgeglichen werden, doch in einem gemeinsamen Währungsraum war dies nicht mehr möglich.

→ Leistungsbilanzüberschüsse bedeuten, dass mehr Leistungen an das Ausland »geliefert« werden als den Konsummöglichkeiten ent-

sprechen bzw. als dort Zahlungsmittel für den Konsum zur Verfügung stehen würden. Daher bildeten sich in den Ländern mit Überschüssen Forderungen an zukünftige Leistungen – vermittelt vor allem über das Finanzsystem. Es entstand ein perverses System: Der Boom in den heutigen Krisenländern wurde durch Kredite über Privatbanken an die dortigen Banken und andere AkteurInnen aufrechterhalten. So konnten die kreditgebenden Länder weiter in diese Länder exportieren. Dies führte unter anderem auch dazu, dass zum Beispiel deutsche Banken bis zur Krise zu den größten GeldgeberInnen des griechischen Staates oder spanischer Banken zählten. Und deshalb ist eine öffentliche Debatte, die Überbrückungskredite mit drastischen Auflagen als unangemessene Geschenke für »faule Südländer« kritisiert, so unangemessen.

Im Wesentlichen sind also die beschriebenen drei Ursachen wechselwirkend verantwortlich dafür, dass es zu einer Krise im Kapitalismus kommen musste.

### **Über dieses Buch**

Dieses Buch ist Teil einer Buchreihe des BEIGEWUM, die wirtschaftspolitische Mythen hinterfragt. Unter Mythen werden »symbolisch aufgeladene Erzählungen mit zweifelhafter realer Grundlage« verstanden. Zeitgenössische Mythen geben sich den Anstrich von Unschuld und Natürlichkeit und lenken dadurch die Aufmerksamkeit von den sozialen und historischen Ursachen und Bedingungen ihres Gegenstands ab. Sie appellieren gern an den gesunden Menschenverstand und lassen Phänomene unabänderlich und selbstverständlich erscheinen, die es gar nicht sind. Sie lassen die spezifischen Interessen hinter einer Aussage verschwinden. Sie befördern Passivität, denn Sprache wirkt in Mythen nicht als Kommunikation, sondern eher als Einschüchterung (vgl. Barthes 1964).

Schon im Jahr 2000 hat der BEIGEWUM sein erstes Buch zum Thema »Mythos Nulldefizit« herausgebracht. Damals machte sich die neu gewählte rechts-nationale Regierung in Österreich (in einer Koalition aus Österreichischer Volkspartei und Freiheitlicher Partei Österreich) gerade auf, die Orientierung an Sozialstaatlichkeit durch das Ziel eines Nulldefizits zu ersetzen. Die Sparwut von damals – der unter anderem ein armutssicherndes Pensionssystem und der freie Zugang zu Hochschulbildung zum Opfer fiel – hat sich aber seither nicht verflüchtigt. 2005 hinterfragte der BEIGEWUM in dem Band »Mythen der Ökonomie« die in der europäischen Wirtschaftspolitik dominierende Sachzwanglogik und gab »Anleitungen zur geistigen Selbstverteidigung

in Wirtschaftsfragen«. Die Finanz- und Wirtschaftskrise wurde Anlass für ein weiteres Buch: »Mythen der Krise«, welches 2010 erschien. Hier werden »falsche Lehren aus dem großen Crash« auf den Prüfstand gestellt. Die Mythen und Texte beziehen sich schwerpunktmäßig auf die österreichische und deutsche Politik; die Texte liefern Fakten und Daten aus diesen beiden Ländern und dekonstruieren die zugrundeliegenden Mythen. Zudem wird häufig eine europäische Perspektive eingenommen und der Blick in einzelne andere europäische Länder geworfen.

Im jüngsten Buch des BEIGEWUM, »imagine economy« (2012), richtet sich das Augenmerk wiederum auf das Zusammenspiel von Sprache und Macht: Es geht um die Rolle, die sprachliche Wendungen, wie etwa »das Kapital ist scheu wie ein Reh«, »schlanker Staat« oder »Steuerlawine«, gerade auch in der gegenwärtigen Krisenpolitik spielen. Das AutorInnenkollektiv liefert in diesem Buch aber auch Beispiele, die Wunschvorstellungen von einer emanzipativen Veränderung eine Form geben.

Mit dem vorliegenden Buch sollen nun also Mythen rund ums Sparen, um Schulden und rund um die Euro-Zone widerlegt und dekonstruiert werden. Zu Beginn des jeweiligen Kapitels wird der Mythos beschrieben und im Folgenden hinterfragt. Am Ende der einzelnen Mythen wird weiterführende Literatur angegeben. Jedes Mythenkapitel kann auch für sich alleine gelesen werden. Dies dient auch dem Ziel des Buches, breitere wirtschaftliche Bildung zu fördern, die sich gegen vermeintliches ExpertInnenwissen behaupten kann. Dadurch und durch seine möglichst verständliche Sprache möchte das Buch auch einen Beitrag zur gewerkschaftlichen Bildungsarbeit und zur wirtschaftspolitischen Fortbildung in Schulen, Fachhochschulen oder Universitäten leisten.

Die vorgestellten Mythen gliedern sich in drei Teile: Der erste Teil beschäftigt sich mit Mythen rund um Schulden: Sind Schulden gut oder böse, sind Zinsen etwa ein Übel und bremsen Schuldenbremsen wirklich Schulden? – Das sind einige der Fragen und Themenbereiche, die dort behandelt werden. Der zweite Teil handelt von Mythen rund ums Sparen und fragt, ob Sparmaßnahmen und Sparzwänge alle gleich treffen und ob wir tatsächlich alle über unsere Verhältnisse gelebt haben. Der dritte Teil schließlich versucht Mythen auf EU-Ebene zu widersprechen und behandelt dabei Themen wie die voranschreitende Entdemokratisierung Europas, die Aushöhlung der Wohlfahrtsstaaten durch die vorherrschende EU-Politik oder die Idee eines Ausscheidens Griechenlands aus der Eurozone.

Am Schluss werden mögliche Szenarien für die weitere Entwicklung der EU bzw. der Eurozone diskutiert und Alternativen zur verfehlten → neoliberalen Spar- und Wettbewerbspolitik aufgezeigt. Die wichtigsten Begriffe werden im Glossar erklärt und sind im Text mit einem Pfeil (→) markiert.

Dieses Buch ist aus einem Arbeitskreis des BEIGEWUM entstanden, der sich in unterschiedlicher Zusammensetzung rund um die Jahreswende 2012/2013 traf. Die Einzelbeiträge wurden dabei diskutiert und gemeinsam weiter entwickelt. An einigen Stellen im Buch können Widersprüche oder unterschiedliche Einschätzungen auftauchen; diese spiegeln unterschiedliche Meinungen innerhalb des Arbeitskreises – und auch den Diskussionsstand in der europäischen Linken – wider. Die Krise ist komplex, und in der Wirtschaftspolitik gibt es immer verschiedene Handlungsmöglichkeiten und Strategien. Es gibt eben nicht die eine Wahrheit. Das wollen wir nicht leugnen und stellen deshalb auch bewusst die mitunter verschiedenen Positionen dar. Folglich bilden nicht alle Beiträge die Meinung aller Mitglieder des AutorInnenkollektivs ab.

### **Literatur**

- Barthes, Roland (1964): *Mythen des Alltags*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- BEIGEWUM (2000): *Mythos Nulldefizit – Alternativen zum Sparkurs*, Wien: Mandelbaum.
- BEIGEWUM/ATTAC Österreich (2010): *Mythen der Krise. Einsprüche gegen falsche Lehren aus dem großen Crash*, Hamburg: VSA.
- BEIGEWUM (2005): *Mythen der Ökonomie. Anleitung zur geistigen Selbstverteidigung in Wirtschaftsfragen*, Hamburg: VSA.
- BEIGEWUM (2012): *imagine economy – Neoliberale Metaphern im wirtschaftspolitischen Diskurs*, Wien: Löcker.
- Jahoda Bauer Institut (2013): <http://www.diekriseverstehen.net/>



# »Schulden sind böse – Sparen ist gut«



*»Die Staaten in Europa sind zu hoch verschuldet, auch in Deutschland und Österreich muss ein zentrales Ziel von Politik ein ausgeglichener Staatshaushalt sein. Denn Schulden sind prinzipiell etwas Negatives. Zudem werden zukünftige Generationen mit Schulden belastet, nur weil die aktuelle Generation über ihre Verhältnisse lebt. Wie im Privathaushalt soll das Vorbild für den Staat, wie es z.B. auch die deutsche Bundeskanzlerin fordert, »die schwäbische Hausfrau« sein, die sich nur »leistet«, was sie auch bezahlen kann.«*

PolitikerInnen unterschiedlichster Couleur, viele ÖkonomInnen und die Medien fordern einhellig starke Sparmaßnahmen zur ausgabenseitigen Sanierung der öffentlichen Haushalte. Mit Hinweisen auf die zu hohe Staatsverschuldung wurden schon in Zeiten vor der Finanz- und Wirtschaftskrise oftmals Ausgabenkürzungen begründet. Auffällig ist dabei, wie wenige ökonomische oder finanzpolitische Argumente in der Diskussion angeführt werden. Stattdessen wird stark moralisch argumentiert oder an das Gewissen der Bürgerinnen und Bürger etwa mit Verweisen auf Sprachbilder des Alltagsverständs wie »die schwäbische Hausfrau« appelliert. Zudem wird behauptet, dass wir den Schuldenabbau unseren Kindern und EnkelInnen schuldig sind, da sie – ohne ihre Einwilligung und ihr Wissen um die Schuldenaufnahme – unsere Schulden erben werden. Mit Zahlenspielen wie der Pro-Kopf-Verschuldung wird die Angst weiter angeheizt und zu zeigen versucht, dass die Verschuldung alle Bürgerinnen und Bürger etwas angeht.

## **Sind Schulden wirklich so böse?**

Nein, prinzipiell handelt es sich um einen hartnäckigen Mythos, und in der Argumentation werden einige Fehler gemacht. Es drängt sich mitunter der Verdacht auf, dass so bildhaft und moralisch argumentiert wird, weil die Verteufelung der Schulden ökonomisch eben nicht belegbar ist. Der erste Fehler besteht darin, Schulden bzw. die damit getätigten Ausgaben immer nur als Kosten zu betrachten. Hier ist dringend ein Umdenken gefordert, denn die Ausgaben sind eben auch Investitionen in Bildung, Infrastruktur, das Gesundheitssystem; kurz: in die Wohlfahrt der Bürgerinnen und Bürger des Staates. Der Verschuldung und den Krediten stehen auch Vermögenswerte (wie Straßen, Schulen, Krankenhäuser etc.) mit gesellschaftlichem Nutzen gegenüber.

Zudem, und das ist Fehler Nummer zwei, ist der Staatshaushalt gerade nicht mit dem Privathaushalt gleichzusetzen. Denn erstens ist das

Einkommen eines Staates nicht statisch gesetzt – die Steuergesetzgebung ist Sache der Parlamente. Zudem sind Staaten auf Dauer konzipiert und können deshalb – im Gegensatz zu sterblichen Personen – »bis in alle Ewigkeit« Einkommen erzielen, aus denen die Schulden bedient werden können. Folglich müssen sie die Schulden nicht abbauen, sondern lediglich das langfristige Verhältnis zwischen Einkommen und Schuldendienst stabilisieren. Der Maßstab für diese Relation ist das Allgemeinwohl. Drittens ist der Staatshaushalt so groß, dass Veränderungen der Ausgaben und Einnahmen auch gesamtwirtschaftliche Auswirkungen haben. Sehr einfach dargestellt sinken bei großen Ausgabenkürzungen, etwa im Sozialbereich, die Einkommen der Bürgerinnen und Bürger (z.B. über das Kürzen der Sozialtransfers). Weniger Einkommen bedeutet, dass weniger konsumiert wird, die Nachfrage nach Produkten sinkt und die Unternehmen auf Dauer ihre Produktion reduzieren und ArbeitnehmerInnen entlassen. Folglich steigt die Arbeitslosigkeit und mehr Menschen sind auf Sozialtransfers (= Staatsausgaben) angewiesen und zahlen keine Steuern (= Staatseinnahmen) mehr. Letztendlich muss eine Ausgabenreduktion des Staates nicht unbedingt in niedrigeren Budgetdefiziten resultieren, da die Staatseinnahmen schneller sinken können als die Staatsausgaben. Dies ist im Privathaushalt nicht der Fall, da das Einkommen, der Lohn, gleich bleibt und bei einer Verringerung der Ausgaben tatsächlich gespart wird. Umgekehrt können höhere Staatsausgaben langfristig zum »Sparen« führen, da Investitionen Aufträge für Unternehmen bedeuten und dadurch bedingt mehr Arbeitsplätze geschaffen werden können und dementsprechend die Arbeitslosigkeit sinkt. Mehr Arbeitsplätze bringen höhere Einkommen mit sich, die konsumiert werden können und zu weiteren Produktionserhöhungen führen. Es sind weniger Sozialtransfers notwendig, und die Staatseinnahmen steigen über ein höheres Steueraufkommen. Nicht zuletzt aus diesen Gründen wurden schließlich beim Ausbruch der Krise von vielen Staaten kreditfinanzierte Konjunkturpakete geschnürt, um ein weiteres Einbrechen der Wirtschaft zu vermeiden. Welche ökonomischen Reaktionen auf eine Reduktion oder eine Ausweitung staatlicher Tätigkeit erfolgen, ist demnach vom konkreten ökonomischen Umfeld und nicht von abstrakten Sparüberlegungen abhängig.

### **Aber: Sind Schulden prinzipiell gut?**

Nein, die Aufnahme von Schulden darf kein Selbstzweck sein. Entscheidend sind das ökonomische Umfeld (wie Zinssätze, Wirtschaftswachstum, Beschäftigung), der Stand der Staatsverschuldung und der

Spielraum bei der Erhöhung der Einnahmen bzw. beim Kürzen der Ausgaben. In vielen Fällen ist es besser, die notwendigen Staatsausgaben durch laufende Einnahmen zu decken, da so keine Zinszahlungen fällig werden. Denn die Mittel, die für Zinszahlungen aufgewendet werden müssen, stehen nicht mehr für andere Staatsausgaben zur Verfügung. Die Aufnahme von neuen Schulden muss jedenfalls gut durchdacht und begründet sein. Ein Bewertungskriterium hierfür liefert der Finanzwissenschaftler Giacomo Corneo, der auf die Frage, wann ein Staat Schulden aufnehmen sollte, folgende Antwort gibt: »wenn für seine Bürger der Ertrag der damit finanzierten Maßnahmen (Steuersenkung, Transfererhöhung, Erhöhung des Staatskonsums oder der öffentlichen Investitionen) die Kosten der Verschuldung (Zinsen und Tilgung) übersteigt«. Oberstes Ziel muss sein, die Wohlfahrt zu maximieren. Corneo räumt ein, dass diese Regel in der Praxis nicht immer einfach anzuwenden ist, da beispielsweise der Nutzen oft nur schwer in Geld bewertet werden und damit den Kosten direkt gegenübergestellt werden kann (Corneo 2009: 5). Dennoch ist diese Faustregel sicher hilfreicher, als Schulden per se abzulehnen.

Neben der Problematik der Messbarkeit des Nutzens bleibt die Finanzierungsmöglichkeit als Problem bestehen. So kann ein Staat sich nur verschulden, wenn jemand bereit ist, Geld zur Verfügung zu stellen. Die Entwicklung in den letzten Jahren in der Eurozone hat gezeigt, dass die Finanzmärkte alleine nicht ausreichen, sondern es eine Institution wie die → Europäische Zentralbank (EZB) geben muss, die im Notfall als Geldgeberin einspringt. Andernfalls kann die Zinsbelastung bei einer schlechten wirtschaftlichen Entwicklung rapide ansteigen, bis die Finanzierungsfähigkeit vollends verloren geht. Entgegen der Mehrheitsposition in der öffentlichen Debatte hat die Höhe des Schuldenstandes nur bedingt Einfluss auf die Finanzierungsfähigkeit: Während in der → OECD 2011 etwa Spanien mit einer unterdurchschnittlichen → Staatsschuldenquote überdurchschnittliche Zinsen zu zahlen hatte, hatte ausgerechnet Japan als das Land mit der höchsten Staatsverschuldung den niedrigsten Zinssatz zu zahlen (u.a. aufgrund massiver Anleihekäufe durch die Zentralbank sowie die staatliche Postbank, der niedrigen Inflation und des hohen Inlandsvermögens).

### **Ist Sparen gut?**

»Der Staat muss sparen«. Auch dies ist in der Diskussion immer wieder zu hören und mag im ersten Moment einleuchtend klingen, denn wenn zu viel Geld ausgegeben wurde, muss eben gespart werden. Aber auch hier scheint es am ökonomischen Grundverständnis zu mangeln,

denn grundsätzlich gilt: Das Sparen der einen bedingt immer die Verschuldung der anderen. Die Summe aller finanziellen Forderungen und Guthaben ist stets null. Das gleiche gilt für die Wirtschaftssektoren: private Haushalte, Unternehmen, Staat und Ausland. Das Sparen des einen Sektors bedingt die Verschuldung eines anderen, die Verschuldungsbereitschaft ermöglicht erst das Sparen. In der Wirtschaftstheorie wird dabei grob davon ausgegangen, dass die Haushalte in Summe mehr sparen als investieren, die Unternehmen investieren (= sich verschulden) und der Staat ausgleichend wirkt. Die Bilanz gegenüber dem Ausland sollte über die Jahre hinweg ausgeglichen sein. Die privaten Haushalte in Deutschland und Österreich sparen seit Jahren und auch aktuell, wie die Tabelle 1 für das Jahr 2011 zeigt.

Allerdings sparen derzeit auch die Unternehmen (nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften): In Deutschland haben sie in den vergangenen zehn Jahren lediglich 2003 und 2008 mehr investiert als gespart, in Österreich haben sie immerhin in drei der letzten zehn Jahre mehr gespart als investiert. Das überschüssige Geld ist dann oft am Finanzmarkt veranlagt worden. Wenn aber private Haushalte und Unternehmen sparen, dann bleiben nur der Staat und das Ausland als Schuldner, da sich die Sektoren immer zu Null addieren müssen. Für Deutschland zeigt die Tabelle eine enorme Verschuldung des Auslands, bei Österreich ist die Auslandsverschuldung eher gering, der Staat absorbiert hier die Mittel in größerem Ausmaß.

Wenn dieser Zusammenhang verstanden wird, dann sind die immer wieder erhobenen politischen Forderungen aber absurd: GriechInnen, SpanierInnen, IrInnen etc. zu erklären, dass sie ihre Schulden schleunigst abbauen müssen, und gleichzeitig die Bedingungen für einen Abbau – Stichwort: → Leistungsbilanzungleichgewichte und/oder koordinierte Investitionsförderungs- und Umverteilungsprogramme – zu verunmöglichen, ist paradox und ökonomischer Unsinn.

**Tabelle 1: Finanzierungssalden im Jahr 2011 (in Mrd. €)**

	<b>Deutschland</b>	<b>Österreich</b>
Kapitalgesellschaften	28,6	3,6
Staat	-19,7	-7,8
Haushalte	136,0	7,1
Ausland	-144,9	-3,0
Summe	0	0

Anmerkung: Rundungsdifferenzen sind nicht berücksichtigt.  
Datenquelle: Eurostat (12.1.2013)

Um es noch einmal deutlich zu sagen: Ohne Verschuldung ist auch kein Sparen möglich. Denn jeder Geldforderung muss immer irgendwo eine Verbindlichkeit in gleicher Höhe entgegenstehen. Heiner Flassbeck, Chefökonom der UN-Welthandels- und Entwicklungs-Konferenz (UNCTAD), hält dazu fest: »Wer das sagt, nimmt der Verschuldung sofort das Bedrohliche, weil es ja nur noch um die Frage geht, wer sich verschuldet, nicht um die Frage, ob sich überhaupt einer verschuldet.« Und: »Auch würde man den Bürgern verdeutlichen, dass es keinen Sinn macht, jeden Tag über die Verschuldung herzuziehen, wenn man selbst genau dazu über sein Sparen beiträgt.« (Flassbeck 2012) Es scheint zumindest so, als ob oft gerade diejenigen am lautesten über die Schulden des Staates schimpfen, die selber – angeblich vorbildlich – sparen. Doch wer nimmt das Geld auf und zahlt die Zinsen, die, wenn man sie erhält, auf einmal etwas sehr Positives sind?

An dieser Stelle wird auch der Zusammenhang von öffentlicher Verschuldung und der Wirtschafts- und Finanzkrise insgesamt deutlich. So war es etwa in Österreich in den 1960er Jahren möglich, dass der Sozialstaat massiv ausgebaut wurde, der Staatshaushalt aber trotzdem einigermaßen ausgeglichen war. Die Unternehmen nahmen durch hohe Schulden damals Investitionen in die Realwirtschaft vor. Mit der Ausbreitung des Finanzkapitalismus schränkten die Unternehmen jedoch diese realen Investitionen zunehmend ein und verlagerten sie an die Finanzmärkte. Im Finanzkapitalismus geht es – sehr kurz gesagt – darum, das Kapital durch finanzielle Veranlagungen auf den Finanzmärkten, etwa über kurzfristige Spekulationen, zu vermehren und nicht, wie im Realkapitalismus, durch Investitionen auf den Gütermärkten. Da die privaten Haushalte weiter sparten, blieb das Ansteigen der Staatsverschuldung nicht aus.

Wird nun noch einmal das Ausland mitbetrachtet, bleibt die Aussage unverändert. Dies zeigt etwa Wolfgang Münchau (2010) auf: Er hält fest, dass ein  $\rightarrow$  Leistungsbilanzüberschuss der Summe der Ersparnisse der privaten Haushalte und der Neuverschuldung des Staates entspricht. Die Leistungsbilanzen aller Länder weltweit addieren sich zu null, da jedem Export irgendwo ein Import gegenübersteht. Das bedeutet aber nach obiger Feststellung auch, dass sich die Überschüsse bzw. Defizite der privaten und öffentlichen Haushalte weltweit ebenfalls zu null addieren. Woraus gefolgert werden kann, dass weder alle Staaten ein Exportmodell verfolgen können, noch dass alle Staaten mehr sparen als investieren können. Diese Feststellung zeigt die Unsinnigkeit der EU-Debatte und auch die der Forderung europäischer PolitikerInnen, dass die USA sparen müssen.

### **Müssen unsere EnkelInnen die Zeche zahlen?**

Auch mit diesem oft gehörten Ausspruch wird an das moralische Gewissen der »guten« StaatsbürgerInnen appelliert wird. Wir seien es unseren Kindern und EnkelInnen »schuldig«, ihnen einen ausgeglichenen Haushalt zu hinterlassen. Es handle sich um eine Frage der Generationengerechtigkeit. Doch auch diese Behauptung ist falsch. Denn da jeder Verbindlichkeit auch eine Forderung gegenübersteht, erben unsere EnkelInnen nicht nur die Schulden, sondern auch die Forderungen (also die Vermögen). Es geht demnach um Verteilungsfragen innerhalb einer Generation und nicht zwischen den Generationen. Denn einerseits müssen durch Steuerzahlungen auch die Zinsen für die Staatsschulden gezahlt werden, andererseits erhalten die EigentümerInnen von Staatspapieren Teile dieser Zinsen. Hier müsste also viel stärker an Verteilungsfragen zwischen »Arm« und »Reich« angesetzt bzw. Menschen mit Vermögen und hohem Einkommen wieder stärker an der Finanzierung des Staats beteiligt werden (etwa über Vermögens- und Erbschaftssteuern sowie höhere Spitzensteuersätze in der Einkommensteuer), statt über Generationengerechtigkeit zu reden.

Des Weiteren erben die EnkelInnen nicht nur die Schulden, sondern haben einen Nutzen von den damit finanzierten Infrastrukturmaßnahmen (Straßen, Schulen, Krankenhäuser etc.) und können deshalb durchaus auch an deren Finanzierung beteiligt werden. So könnte der wissenschaftlich unsinnigen Behauptung, dass unsere EnkelInnen unsere Schulden erben, ohne gefragt worden zu sein, ob sie die Schuldenaufnahme für sinnvoll hielten, entgegengesetzt werden, dass die EnkelInnen ja genauso gut fragen könnten, warum eigentlich nicht mehr Schulden aufgenommen wurden, um ihnen bessere Schulen und sportliche oder kulturelle Angebote zu ermöglichen. Ferner werden politische Entscheidungen, die in die weitere Zukunft reichen, zwangsläufig immer ohne die Meinung derjenigen, die einmal davon betroffen sein werden, gefällt. Nur: sonst stört das niemanden.

### **Schuldenabbau – was steht wirklich hinter der Forderung?**

Es wird schnell deutlich, dass hinter den moralischen Appellen und der Art der Argumente, die in der Schuldendiskussion angeführt werden, eine bestimmte Weltanschauung steht. Es geht darum, den Staat »auszuhungern« (*»starve the beast«* – die Bestie aushungern), denn weniger Mittel bedeuten auch reduzierte politische Handlungsmöglichkeiten. Zudem sollen die BürgerInnen mit Aussagen wie der, dass »wir« über die Verhältnisse gelebt haben, auf Sparmaßnahmen und Kürzungen von Sozialleistungen vorbereitet werden. Der Staatshaus-

halt könnte zwar selbstverständlich auch über höhere Steuereinnahmen ausgeglichen werden, dies ist in der öffentlichen Diskussion aber äußerst selten zu hören. Auch wird kaum auf die hohe Ersparnis der privaten Haushalte und die immer weiter steigenden Ungleichheiten zwischen »Arm« und »Reich« eingegangen. Anstatt immer nur mit Pro-Kopf-Verschuldungen und Hinweisen, wie hoch ein neugeborenes Kind bereits verschuldet sei, zu argumentieren, könnten genauso gut die – allerdings sehr ungleich verteilten – Nettovermögen dargestellt werden. Das private Geldvermögen (ohne Sachvermögen!) betrug Ende September 2012 in Deutschland knapp 4,9 Billionen Euro bzw. 519 Mrd. Euro in Österreich (EZB 2013), die öffentliche Verschuldung hingegen lediglich 2,15 Billionen Euro bzw. 227 Mrd. Euro in Österreich (Eurostat 2013). Bedenkt man, dass dem Geldvermögen noch die Sachvermögen wie etwa Immobilien hinzuzufügen sind, dann wird deutlich, dass die privaten Nettovermögen um ein Mehrfaches über den öffentlichen Schulden liegen. Die Debatte um die vermeintlich sehr problematische Staatsverschuldung erscheint so in einem völlig anderen Licht. Denn diese Fakten anerkennend geht es weniger um einen Schuldenabbau als um eine Umverteilung und Beteiligung von Menschen mit hohem Vermögen und Einkommen an der Finanzierung öffentlicher Ausgaben und des Sozialstaates.

## **Literatur**

- Corneo, Giacomo (2009): Verschuldung und Konsolidierung, [http://www.wiwiss.fu-berlin.de/institute/finanzen/corneo/dp/Verschuldung\\_und\\_Konsolidierung.pdf](http://www.wiwiss.fu-berlin.de/institute/finanzen/corneo/dp/Verschuldung_und_Konsolidierung.pdf) (Zugriff: 6.1.2013).
- Eurostat (2013): Öffentlicher Schuldenstand des Euroraums und der EU27 nahezu stabil bei 90,0% bzw. 85,1% des BIP, [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY\\_PUBLIC/2-23012013-AP/DE/2-23012013-AP-DE.PDF](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/2-23012013-AP/DE/2-23012013-AP-DE.PDF) (Zugriff: 27.3.2013).
- EZB (2013): Statistical Data Warehouse, Financial accounts, 3.5. Households, <http://sdw.ecb.europa.eu/reports.do?node=1000002539> (Österreich; Zugriff: 8.4.2013); <http://sdw.ecb.europa.eu/reports.do?node=1000002409> (Deutschland; Zugriff: 8.4.2013).
- Flassbeck, Heiner (2012): Die Zukunft der Schulden, [http://www.nachdenkseiten.de/upload/pdf/120307\\_flassbeck\\_schulden\\_und\\_zukunft.pdf](http://www.nachdenkseiten.de/upload/pdf/120307_flassbeck_schulden_und_zukunft.pdf) (Zugriff: 6.1.2013).
- Himpele, Klemens (2010): »Schuldenbremse« als Politikverzicht, in: Forum Wissenschaft 4/2010, S. 47-50.
- Münchau, Wolfgang (2010): Makrostrategien. Sicher investieren, wenn Staaten pleitegehen, München, S. 26ff.
- Schulmeister, Stephan (2010): Es zahlt sich aus! Für eine offensive Konsolidierungsstrategie, in: Solidarität, September 2010, S. 12.



# »Unser schuld- und zinsbasiertes Geldsystem führt in den Abgrund«



*»Zinsen sind die grundlegende Krisenursache. Durch sie wird die Kluft zwischen Arm und Reich stetig vergrößert, Geld kontinuierlich entwertet, Güter werden verteuert und die Gesamtwirtschaft unter Wachstumsdruck gesetzt. Schließlich werden durch Zwang zu stets neuer Verschuldung periodische Krisen produziert – bis zum Zusammenbruch.«*

Das Thema Zins bewegt viele Menschen, und seit der Krise verkaufen sich Bücher zum Thema offenbar enorm gut. Wer Schulden hat, zahlt nicht gern Zinsen, das ist klar. Aber VertreterInnen der Zinskritik machen daraus mehr: eine Welterklärung, auf die alle wirtschaftlichen Probleme von Ungerechtigkeit bis Wirtschaftskrise zurückgeführt werden. Welche Rolle spielen Zinsen in der Wirtschaft?

## **Eine lange Geschichte**

Kritik am Zins findet sich schon bei Aristoteles. Auch im Christentum und manch anderen Religionen gilt bzw. galt der Zins als unmoralisch. Denn verzinste Kredite sind ein Geschäft mit der Zeit (wer sich verschuldet, kann dadurch heute schon sein künftiges Einkommen ausgeben). Doch die Zeit gehört Gott – wer mit Zeit handelt, vergeift sich somit an einer Sphäre, die für Menschen tabu ist, so die christliche Lehre des Mittelalters.

Der wirtschaftliche Hintergrund dieser Zins-Skepsis war, dass in einer Feudalwirtschaft verzinste Kredite destabilisierende Eigenschaften haben. Einerseits können sie die Herrschaftsverhältnisse durcheinander bringen, weil Kredite und Geldgeschäfte es erlauben, sich von den Abhängigkeitsverhältnissen loszumachen. Andererseits sind Kredite in einer Wirtschaft, in der die Menschen vom Acker leben und keine regelmäßigen Geldeinkünfte haben, aus denen sie Zinsen und Tilgung bedienen können, sehr riskant. Wer sich hier verschuldet, tut das meist nur aus Not (etwa zur Überbrückung eines Ernteausfalls) und verliert oft Haus, Hof und Freiheit, weil das Geld für die Rückzahlung fehlt.

Weil die zunehmend expandierende Wirtschaft des Mittelalters aber trotzdem Kredite brauchte, wurde das Geschäft andersgläubigen Minderheiten, also Außenseitern, umgehängt: den Juden. Und alle gemischten Gefühle, die damit verbunden waren (wir brauchen es, aber wir hassen es), gleich mit dazu. Im Nationalsozialismus wurde

die »Brechung der jüdischen Zinsknechtschaft« schließlich zur Staatsdoktrin.

Mit der Wende zum Kapitalismus änderte sich die Rolle verzinster Kredite. Waren sie einst ein Rettungsanker in der Not, der sich leicht zum Mühlstein verwandelte, werden sie nun zum Hilfsmittel für die zentralen Ziele der kapitalistischen Wirtschaft: Akkumulation, Gewinne, Profite. Die Konkurrenz schwingt nun im Takt der Fabrikmaschinen die Peitsche, die sich früher in der Hand des Feudalherrn befand, und bringt das System auf Expansionskurs. Unternehmen nehmen aktiv Kredite auf, um sie gewinnbringend zu investieren. Im entwickelten Kapitalismus finanzieren Staaten Konjunkturstützungsausgaben und Investitionen mit Krediten, und KonsumentInnen ziehen mittels Krediten Einkommen aus der Zukunft für heutige Ausgaben vor.

### **Szenarien der Zinskritik**

Zinsen sind der Preis für Kredite, ein Preis wie jeder andere im Kapitalismus, wo alles seinen Preis hat (außer es findet sich ein anderes Herrschaftsverhältnis, mit dem sich etwas gratis »abstauben« lässt: unbezahlte Hausarbeit, natürliche Ressourcen etc.). Solange sich die Ertragshoffnungen der KreditnehmerInnen erfüllen, können Zinsen und Rückzahlung geleistet werden. Aber Geschäfte mit der Zukunft sind definitionsgemäß unsicher und können folglich auch schiefgehen, wenn etwas passiert, mit dem die Vertragsparteien nicht gerechnet haben. Der Kapitalismus ist eine Maschine, die gigantische Reichtümer und Neuerungen hervorbringt, aber auch das zu einem Preis: Arbeitsdruck, Verteilungsungleichheiten, Krisen, soziale und ökologische Zerstörung. Die Suche nach Schuldigen für diese Folgen ist so alt wie der Kapitalismus selbst. Immer wieder wird dabei die Zinskritik ausgegraben und damit alte Feindbilder wiederbelebt, ohne die geänderten Umstände zu berücksichtigen. In der wissenschaftlichen Diskussion spielt die seit dem 20. Jahrhundert mit dem Namen Silvio Gesell verknüpfte Zinskritik keine Rolle, aber im Internet und in populären Sachbüchern scheint diese besondere Geldlehre im Gefolge der Krise einen Aufschwung zu erfahren. ZinskritikerInnen glauben, der Zins sei ein systemfremder Bestandteil der Wirtschaft, auf den sich Krisen und Verteilungsungleichheiten zurückführen lassen.

In der Version der Bestsellerautoren Hörmann/Pregetter (»Das Ende des Geldes«, 2011) wird das so begründet: Banken schöpfen Kredite und bringen dadurch Geld in Umlauf. Bei der Rückzahlung der Kredite wird aber die Kreditsumme plus Zinsen fällig. Weil aber nur Geld in Höhe der Kreditsumme in Umlauf sei, fehle das Geld für die Bezahlung

der Zinsen, und das System müsse zusammenbrechen, wenn am Ende alle ihre Schulden plus Zinsen zahlen wollen. GläubigerInnen kassierten dann die Sicherheiten der SchuldnerInnen und türmten auf diese Weise wachsende Reichtümer auf, bis sie alles hätten.

Das ist so, als würde man behaupten, die Beförderung von täglich 10.000 Fahrgästen mit der Bahn von Berlin nach Hamburg könne eigentlich gar nicht funktionieren, weil die Deutsche Bahn nur über fünf Zugarnituren zu je 1.000 Plätzen für diese Strecke verfügt.

Doch Züge fahren eben mehrmals. Genauso wie Zinsen, die die Bank bekommt, im Normalfall in Form der Ausgaben der Bank für Löhne ihrer Angestellten und anderer Ausgaben wieder in die Wirtschaft zurückfließen und so anderen SchuldnerInnen die Bezahlung ihrer Zinsen ermöglichen. Und der Fahrplan ist auf die Erfahrungstatsache abgestimmt, dass nicht alle auf einmal fahren wollen. Genauso wie in der Wirtschaft nicht alle Kredite auf einmal fällig werden, deshalb klappt dieses »Kunststück«. Natürlich ist in einer außergewöhnlichen Massenpanik denkbar, dass überraschend alle auf einmal fahren wollen, und dann bricht das Bahnnetz zusammen – so wie Banken zusammenbrechen, wenn plötzlich alle auf einmal ihre Konten plündern. Aber das ist dann kein Hinweis auf einen fundamentalen Betrug oder Planungsfehler, der unausweichlich zum Zusammenbruch führen musste, sondern das grundsätzliche Risiko bei Masseninfrastrukturen, so wie auch Geld in gewissem Sinne eine ist.

Eine andere prominente zeitgenössische Vertreterin der Zinskritik ist Margrit Kennedy (»Occupy Money«, 2011). Sie kritisiert das Zinsezins-System, also die Tatsache, dass die Verzinsung von Guthaben, sofern die Zinserträge nicht entnommen werden, die Guthaben und Zinseinkünfte immer weiter wachsen lässt. Der Zinsezins führe zu einer automatischen exponentiellen Vervielfachung der Guthaben, mit dem das Wachstum der Wirtschaft, aus dem die sich mit den Guthaben spiegelbildlich steigenden Schulden bedient werden müssen, nicht mithalten könne.

Die Zinsezinsrechnung ist eine brauchbare Formel, um die Entwicklung des eigenen Sparvermögens unter Annahme konstanter Zinsen, ausbleibender Entnahmen, null Steuern, konstanten Geldwerts und Einhaltung der Zahlungsverprechen durch die Bank zu berechnen. Der Fehler der Zinskritik ist, sie zum entscheidenden systemtreibenden Faktor auf gesamtwirtschaftlicher Ebene aufzublasen, dem nichts entgegenstünde.

Zinsen müssen aus Gewinnen erwirtschaftet werden, und wenn die Gewinne in der Gesamtwirtschaft dafür zu niedrig sind, werden schlicht

die Zinsen gesenkt. Wäre es anders und Zinsen könnten der Gesamtwirtschaft irgendetwas aufzwingen, wie es in der Zinskritik häufig unterstellt wird, dann hätten wachstumsfreundliche WirtschaftspolitikerInnen damit die ersehnte Zauberformel in Händen: Man könnte einfach die Zinsen auf ein beliebig hohes Niveau setzen, und damit würde sich automatisch ein entsprechend hohes Wirtschaftswachstum einstellen. In Wirklichkeit ist es genau umgekehrt: Niedrige Zinsen machen Kreditaufnahmen günstiger und fördern deshalb tendenziell das Wachstum, während hohe Zinsen eher das Wachstum dämpfen.

### **Ansatzpunkt für Bekämpfung der Ungleichheit?**

Die Geldakkumulation, die auf eine Zinseszins-Spirale zurückgeführt wird, wird von der Zinskritik abgelehnt. Denn Guthaben der einen seien die Gegenbuchung von Schulden der anderen, folglich führe die Zinsspirale auch zur Schuldenexplosion. Statt Guthabenbildung durch Verzinsung zu belohnen, sei die Weitergabe und Zirkulation von Geld durch eine »Standgebühr« (also Gebühren statt Zinsen für Geldhaltung am Konto oder regelmäßige Wertminderung gehaltener Banknoten) zu fördern. Es gibt aber keinen Mechanismus, mit dem ein durch die »Zinsspirale« befeuertes Guthabenwachstum automatisch ein Wachstum der Schulden erzeugen kann, quasi gegen den Willen von SchuldnerInnen.

Geld ist im Kapitalismus allgemeines Wertäquivalent, also der Inbegriff dessen, worum sich Wirtschaften dreht. Als solches erfüllt es die Funktionen der Recheneinheit, des Tausch- und Zahlungsmittels und der Wertaufbewahrung. Die Zinskritik will Geld auf seine Rolle als Tauschmedium reduzieren, das keine Wertaufbewahrungsfunktion erfüllt. Die Funktion der Recheneinheit wird vernachlässigt bzw. es wird erhofft, durch Vervielfachung der Recheneinheiten (unterschiedliche Gelder für unterschiedliche Zwecke und Regionen) Geld als allgemeines Wertäquivalent außer Kraft zu setzen.

Den Plänen liegt das Missverständnis zugrunde, die Akkumulations-tendenz des Kapitalismus und daraus resultierende Ungleichheit sei auf die Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes zurückzuführen, das heißt auf Sparen. Geld ist aber nur eine Erscheinungsform von Kapital, und Zinsen sind nur eine Form bzw. ein Bestandteil des Profits. Damit Geld Wert erhält, muss es in ausreichendem Maße in Kapital umgewandelt, also für Wertschöpfungsprozesse eingesetzt werden. Wer Geldvermögen besitzt, kann es auf zwei Wegen vermehren: Entweder kann er es über Vermittlung der Banken als Kredit an andere verleihen, die es dann später aus (Gewinn- oder Lohnanteilen an) Wert-

schöpfung, an der sie beteiligt waren, zurückzahlen. Oder er kann es selbst direkt in unternehmerische Wertschöpfung investieren. Insofern bleibt die Eigentumskritik der Zinskritik selektiv: Nur bestimmte Eigentumsformen geraten in die Kritik (verzinsten Forderungen), während andere (Eigentum an Produktionsmitteln) aus der Diskussion ausgespart bleiben. Dass Banken darüber hinaus auch selbst Kredite schöpfen können und somit für Wertschaffungsprozesse einen Vorschuss gewähren, für den sie das Kreditausfallrisiko tragen, gilt in vielen Versionen der Zinskritik als besonderes Problem. Zweifellos bedeutet die dadurch vorgenommene Vorwegnahme von Zukunft ein Risiko, da Zukunft prinzipiell unsicher ist. Aber Unsicherheit und Zukunftsorientierung sind ein Wesensmerkmal kapitalistischen Wirtschaftens.

Die zentrale Institution, die die ökonomische Dynamik des herrschenden Wirtschaftssystems verursacht, ist der Wettbewerb. Er führt zur permanenten Suche nach Investitionsmöglichkeiten, die u.a. mittels Krediten finanziert werden. Im Erfolgsfall werden aus den Profiten Zinsen gezahlt und die Schulden zurückgezahlt. Im Misserfolgsfall kommt es zu Zahlungsproblemen und in der Folge zu Umschuldungsverhandlungen oder Bankrott. Sofern zu große bzw. zu viele Bankrotte auf einmal drohen, können auch die GläubigerInnen in Probleme geraten und ab einer bestimmten Größenordnung auch derart systembedrohende Konsequenzen drohen, dass nach staatlichen Rettungsmaßnahmen gerufen wird. Was in der Realität die Möglichkeit des Misserfolgs ist, sieht die Zinskritik fälschlicherweise als unausweichliche Notwendigkeit.

Die treibende Rolle des kreditfinanzierten kapitalistischen Investitionsprozesses wird von der Zinskritik in der Regel ausgeblendet, Kredite werden implizit als Konsumkredite verstanden. Der Unterschied ist, dass Investitionskredite im Erfolgsfall einen einkommenssteigernden Effekt für die SchuldnerInnen haben, wenn Geld in Kapital verwandelt wird, dessen Ertrag die Rückzahlung plus Zinsen erlaubt, während Konsumkredite in der Regel das Einkommen nicht steigern, folglich aus dem unveränderten Einkommen beglichen werden müssen und deshalb wiederum nur innerhalb bestimmter Grenzen leistbar sind.

Ohne sich dessen bewusst zu sein, streift die Zinskritik jedoch insofern einen relevanten Punkt, als die → Finanzialisierung der letzten Jahrzehnte mit einer zunehmenden Bedeutung von Konsumkrediten (vor allem in den USA) einherging, während vergleichsweise wenige Kredite in mehrwertschaffendes Kapital verwandelt wurden. Doch das liegt eben nicht am Kredit- und Geldschöpfungsprozess an sich, sondern unterstreicht, dass es in der Beurteilung von Verschuldung jeden-

falls auf den Verwendungszweck von Krediten und den Erfolg der damit verbundenen Projekte ankommt.

Ein Zirkulationszwang über eine »Standgebühr« wäre eine Form der Inflationierung, die ein Verständnis von Geld als Schleier über Tauschakten als Leitvorstellung voraussetzt, das demjenigen der (neo-)klassischen Ökonomie entspricht. In einer Wirtschaft, in der es Unsicherheit über die persönliche ökonomische Zukunft gibt und in der auch größere Anschaffungen getätigt werden müssen, die nicht aus dem laufenden Einkommen bezahlbar sind, sind die Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes und Kreditmöglichkeiten aber systematisch sinnvoll. Die vorgeschlagene Einschränkung gewisser Geldfunktionen wird bei unveränderten sonstigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen diese Funktionen nicht eliminieren können, sondern eine Suche nach anderen Objekten auslösen, die sie erfüllen können. Gewinne zu machen und Vermögen zu bilden, indem Geld in gewinnträchtige Unternehmen oder Immobilien mit satten Mieteinnahmen gesteckt wird, bliebe auch in einer Welt, die den Regeln der Zinskritik folgt, der wichtigste Mechanismus für Ungleichheit.

### **Währung selber machen?**

Margrit Kennedy kritisiert den Status quo als Geld-»Monokultur« und plädiert für Komplementärwährungen, Parallelwährungen und Regionalgeld. Diese könnten Kennedy zufolge eine Regionalisierung der Wirtschaft ermöglichen und Menschen mehr Einfluss auf ihr Schicksal einräumen. Die Forderung nach einer Vervielfachung paralleler Geldformen übersieht, dass durch Abgrenzung eines Geldraums von anderen die darin stattfindenden ökonomischen Aktivitäten nicht räumlich abgetrennt werden. Es vervielfachen sich folglich die zu beachtenden Wechselkurse zwischen den unterschiedlichen Geldmedien, und es eröffnen sich Möglichkeiten, mittels Währungsgeschäften aus Wechselkurs-Schwankungen Gewinne zu erzielen, was Spekulationsgeschäfte, Unsicherheit und die Gefahr von Krisen nach sich zieht: Wenn jedes Dorf eine eigene Währung hat, trägt, wer in Düsseldorf Anzüge nähen lässt und sie in Köln verkauft, bei einem simplen regionalen Geschäft bereits ein Wechselkursrisiko – die Arbeit ist in der einen Währung zu bezahlen, die Einkünfte lauten auf eine andere Währung. Es werden sich folglich Märkte entwickeln, um sich gegen dieses Risiko abzusichern, wodurch die Tür zu einer neuen Arena der Währungsspekulation geöffnet wird.

Das Demokratieverständnis der Zinskritik von Kennedy ist um lokale Autonomie zentriert. Es besteht in der Unabhängigkeit lokaler

Gemeinschaften von größeren Zusammenhängen. Die Frage der inergemeinschaftlichen Demokratie und der konkreten Form der demokratischen Regulierung von Geld bleibt dabei ebenso offen wie diejenige nach dem demokratischen Gehalt überregionaler Abstimmungs- und Verteilungsprozesse, die wohl auch bei fortgeschrittener Regionalisierung der Wirtschaft bestehen bleiben.

### **Fazit**

ZinskritikerInnen verstehen das Sprichwort »Geld regiert die Welt« zu wörtlich. Die Suche nach dem Fehler im Geld führt in die Irre, da Geld seinen Sinn und seinen Wert nur im Wirtschaftskreislauf erhält, und der wird nicht vom Zins angetrieben. Mit einer Abschaffung des Zinses würde der Kreditvergabe ein Hindernis in den Weg gelegt, aber kapitalistische Expansionsdynamik, Verteilungsungleichgewichte und andere unerwünschte Folgen des Wirtschaftssystems blieben ungebrochen.

### **Literatur**

- Altwater, Elmar (2004): Eine andere Welt mit welchem Geld?, in: Wissenschaftlicher Beirat von Attac-Deutschland (Hrsg.), Globalisierungskritik und Antisemitismus – Zur Antisemitismuskritik in Attac (Reader Nr. 3), Frankfurt a.M. 2004, S. 28.
- Berger, Jens (2011): Kritik an der Zinskritik, <http://www.nachdenkseiten.de/?p=10530> und <http://www.nachdenkseiten.de/?p=10660> (Zugriff: 2.2.2013).
- Weber, Beat/Christa Schlager/Cornelia Staritz (2012): Ein neues Schuldenzeitalter? Missverständnisse, Einsichten und offene Fragen, in: Kurswechsel 1/2012, S. 1-8.

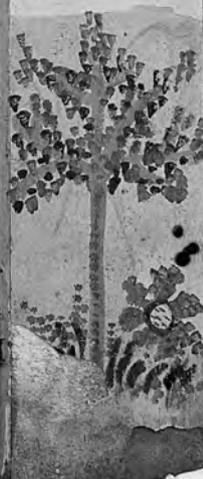


ZUGANG ZUR SCHULE  
UND ZUM  
KINDERTAGESHEIM



Will

Still  
free



# »Schulden kann man nicht mit noch mehr Schulden bekämpfen«



*»Die Staaten der EU leiden unter zu hoher Schuldenlast, sie leben permanent über ihre Verhältnisse. Die Sanierung der Staatsfinanzen ist die Voraussetzung für eine Überwindung der Wirtschaftskrise. Das geht nur über eine konsequente Sparpolitik, selbst wenn das kurzfristig hohe soziale Kosten mit sich bringt. Eine Verschiebung der notwendigen Ausgabenkürzungen oder gar neue Konjunkturprogramme zur Senkung der Arbeitslosigkeit und Stabilisierung der sozialen Entwicklung bringen nichts außer noch mehr Staatsschulden.«*

## **Hohe Staatsschulden in der EU**

Die Staatsverschuldung in der Europäischen Union ist hoch. Sie erreicht 2013 etwa 88% der Wirtschaftsleistung. In Griechenland, Italien, Portugal, Irland und Belgien überschreitet die Staatsverschuldung sogar das Bruttoinlandsprodukt. Österreich und Deutschland stehen im Vergleich dazu gut da, hier machen die Staatsschulden 2013 etwa 75% bzw. 80% des BIP aus. Hohe Staatsschulden können einen Anstieg der Zinszahlungen nach sich ziehen. Damit fehlt das Geld für eine produktive Verwendung der Steuereinnahmen für Investitionen, Bildung oder Soziales. Zudem erhöhen sie die Abhängigkeit von den schwankungsanfälligen und spekulativ geprägten Finanzmärkten. Hohe Staatsschulden vor allem bei internationalen Gläubigern verleihen der Einschätzung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage durch Ratingagenturen und andere Finanzmarktakteure wachsende Bedeutung. Auf den Finanzmärkten regiert oft der Herdentrieb: Kommt die Meinung auf, dass ein Staat Schwierigkeiten in der Bedienung seiner Staatsschulden haben könnte, dann steigen die Zinssätze kräftig und die Refinanzierung der Staatsschuld wird tatsächlich erschwert. Um die Abhängigkeit von den Finanzmärkten und den Anteil der Zinsausgaben an den Steuereinnahmen zu verringern, wäre es tatsächlich sinnvoll, die Staatsverschuldung in mittlerer Frist wieder deutlich zurückzuführen. Wie kann das gelingen?

Eine Politik des erfolgreichen Abbaus der Staatsschulden muss von einer gründlichen Analyse der Ursachen des markanten Anstiegs ausgehen. Dabei stellt sich heraus, dass bis zum Jahr 2007 die Mehrzahl der EU-Staaten eine rückläufige → Staatsschuldenquote aufwies. In so manchem Land, das heute in einer tiefen Krise steckt, waren die

Schulden besonders niedrig: In Irland betrugen sie 25% des BIP, in Spanien 36%. In Österreich lagen sie so wie im Durchschnitt der EU bei der Marke von 60%, in Deutschland bei 65% des BIP.

Seit 2007 aber sind die Staatsschulden fast überall sprunghaft gestiegen. Das war vor allem die Folge der von Banken und Finanzmärkten ausgelösten Krise, die viele Staatshaushalte auf zwei Wegen aus dem Lot gebracht hat: Zum ersten brachte die Rettung und Rekapitalisierung des Bankensystems hohe Kosten mit sich, dafür wurden in der EU mehr als 600 Mrd. Euro aufgewendet; zum zweiten führte die Finanzkrise zu einer tiefen realwirtschaftlichen Krise, von der sich die EU immer noch nicht erholt hat. Das reale Bruttoinlandsprodukt liegt in der EU immer noch unter dem Wert von 2007, in Griechenland sogar um mehr als 20%. Der Rückgang von BIP, Beschäftigung, Gewinnen, Lohnneinkommen und Verbrauchsausgaben sowie der Anstieg der Arbeitslosigkeit lösten einen Ausfall an Einnahmen bei Gewinn- und Lohnsteuern, Sozialversicherungsbeiträgen und Verbrauchssteuern sowie einen Anstieg der Sozialtransfers aus. Der drastische Anstieg der Staatsschulden in der EU seit dem Jahr 2007 ist somit das Ergebnis der Banken- und Finanzkrise und nicht deren Ursache, wie man bei einer Lektüre der Wirtschaftsseiten unserer Zeitungen vermuten könnte.

Solange sich die wirtschaftliche Lage nicht stabilisiert, wird auch die Finanzkrise nicht überwunden werden können. Nur eine Erholung von Produktion, Einkommen und Beschäftigung sorgt für jene Zunahme an Steuereinnahmen und Entlastung bei den Sozialausgaben, die Voraussetzung für einen Abbau der Staatsschulden ist. Das belegen auch die Erfahrungen mit vergangenen Krisen ganz eindeutig.

### **Verordnete Sparprogramme helfen nicht**

Für die von der Krise in besonderem Ausmaß betroffenen Länder zeichnet sich allerdings keine wirtschaftliche Stabilisierung ab, denn sie sind in einen Teufelskreis geraten: Begleitet von spezifischen Problemen wie etwa einer geplatzten Immobilienblase und anschließender Bankenkrise (in Spanien und Irland), schwachen Wirtschaftsstrukturen (in Portugal) oder einem ineffizienten Staatswesen etwa im Bereich der Steuererhebung (in Griechenland) war die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 bei ihnen besonders tief und die Budgetdefizite stiegen besonders stark. Daraufhin verstärkten sich die Zweifel an der Tragfähigkeit der öffentlichen Verschuldung und die Zinssätze für Staatsanleihen erhöhten sich in den Krisenländern rasch.

Die unmittelbaren Probleme der Refinanzierung der Staatsschulden konnten durch die europäischen Rettungsschirme → EFSF und → ESM

sowie den Ankauf von Staatsanleihen durch die → Europäische Zentralbank zum Teil ruhiggestellt werden. Diese Hilfsmaßnahmen waren notwendig und erfolgreich. Doch mit ihnen war die Auflage umfangreicher → Austeritätsprogramme in Form von Kürzungen bei den Staatsausgaben und Erhöhungen von Steuern verbunden. Die EU-Hilfe erfolgte nur unter der Bedingung rascher und drastischer Sparprogramme.

Die aus diesen Sparprogrammen abgeleiteten konkreten Einsparungsmaßnahmen verringerten mitten in der Krise noch einmal die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte, bewirkten einen weiteren Rückgang von Konsum- und Investitionsnachfrage und damit eine Verschärfung des Einbruchs von Produktion und Beschäftigung. Das Ergebnis war ein sprunghafter Anstieg der Arbeitslosigkeit und ein Rückgang der Steuereinnahmen. Deshalb konnten die gesetzten Budgetziele nicht erreicht werden. Das führte zu dem paradox erscheinenden Ergebnis, dass seit Beginn der Sparpolitik die Staatsschuld in der EU insgesamt um mehr als 8% des BIP gestiegen ist, in Griechenland sogar um 40% und in Spanien um 30%. Gleichzeitig hat sich die Zahl der Arbeitslosen seit Beginn der Sparpolitik noch einmal um 3 Mio. erhöht, insgesamt ist sie somit seit Beginn der Finanzkrise um mehr als 10 Mio. gestiegen. Vor allem die Krisenländer sparten sich unter dem Druck der EU immer weiter in die tiefste wirtschaftliche und soziale Krise seit Jahrzehnten hinein.

Noch zu Beginn der Sparpolitik im Jahr 2010 waren viele WirtschaftsforscherInnen, UniversitätsprofessorInnen der Wirtschaftswissenschaft, BeamtenInnen in den Finanzressorts und PolitikerInnen in Österreich wie in der EU auf Basis der neoklassischen Wirtschaftstheorie überzeugt, dass die geplanten Budgetkürzungen keine negativen Auswirkungen auf Wirtschaftstätigkeit und Beschäftigung mit sich bringen würden. Ausgabensenkungen könnten im Gegenteil Einsparungen bei Zinsausgaben nach sich ziehen, Erwartungen in Bezug auf künftige Steuerensenkungen wecken und so das Vertrauen der BürgerInnen und ihre Konsumneigung erhöhen. Damit würde die gesamtwirtschaftliche Nachfrage nicht sinken, vielleicht sogar steigen. Doch diese Vorhersagen und die ihnen zugrundeliegende ökonomische Theorie sind durch die empirische Entwicklung vollständig widerlegt.

Jüngst hat auch der → Internationale Währungsfonds seine ursprüngliche Position revidiert und gezeigt, dass in einer tiefen Rezession die → Multiplikatoreffekte der Budgetpolitik, also die Wirkung von Ausgaben- und Einnahmenänderungen des Staates auf Wirtschaftsleistung und Beschäftigung, besonders hoch sind (IMF 2012). Die Kür-

zung der Staatsausgaben um 1% des BIP zieht einen Rückgang des BIP in noch größerem Ausmaß nach sich.

### **Aktive Wirtschaftspolitik ist gefordert**

Die Sparpolitik zum falschen Zeitpunkt hat die Krise in vielen Ländern verschärft, schwerwiegende soziale Kosten mit sich gebracht und das Erreichen der ursprünglich geplanten Budgetziele beeinträchtigt. Die Reduktion der Staatsverschuldung bleibt nichtsdestotrotz dringend. Für ihr Gelingen gilt es allerdings, verschiedene Voraussetzungen zu beachten: Zunächst eine Stabilisierung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt, um den weiteren Rückgang der Steuereinnahmen hintanzuhalten; gleichzeitig eine weitere Verringerung der Zinssätze für Staatsanleihen, um steigende Zinsausgaben zu verhindern. Unter diesen beiden Bedingungen sollte die → Staatsschuldenquote mittel- bis langfristig abgebaut werden können. Sie erfordern aktive Wirtschaftspolitik.

Die Analysen des Internationalen Währungsfonds zu den → Multiplikatoreffekten der Budgetpolitik geben auch Hinweise darauf, dass aktive Maßnahmen zur Belebung von Konjunktur und Beschäftigung nicht nur wirtschaftlich und sozial sinnvoll, sondern auch hilfreich für ein mittelfristiges Gelingen der Konsolidierungsprogramme sein können. Doch angesichts des sehr hohen Niveaus der staatlichen Verschuldung sind die Spielräume in vielen EU-Ländern eng. Die Budgetpolitik muss behutsam und wohlüberlegt vorgehen. Eine Politik, die Investitionen fördert, ohne das Budget zu überfordern, findet aber trotzdem zahlreiche Umsetzungsmöglichkeiten.

Erstens sollten Investitionen, die kurzfristig hohe Beschäftigungseffekte haben und so Einkommen und Vertrauen der Menschen stabilisieren sowie langfristig wohlstandssteigernde Effekte mit sich bringen, Vorrang genießen: Der Ausbau sozialer Dienstleistungen in den Bereichen Kindergärten, Schulen, Pflege, die Ausweitung aktiver Trainings- und Qualifizierungspolitik vor allem für arbeitslose Jugendliche, die Verstärkung des sozialen Wohnungsbaus und andere Maßnahmen des ökosozialen Umbaus der Wirtschaft bilden dabei wirtschaftlich besonders sinnvolle Ansatzpunkte. Die Beschäftigungs- und Vertrauenseffekte sind dort besonders hoch, wo mit dem Einsatz öffentlicher Mittel direkt Arbeitsplätze entstehen. So weisen Investitionen im Bereich der beschäftigungsintensiven sozialen Dienstleistungen sieben- bis achtmal höhere Jobeffekte als Steuersenkungen auf.

Zweitens kann eine wichtige Erkenntnis der Wirtschaftswissenschaften genutzt werden: Bei Unterauslastung der vorhandenen Ressourcen an Kapital und Arbeitskräften bewirkt die Kombination von

Steuererhöhungen, die geringe konsum- und beschäftigungsdämpfende Effekte nach sich ziehen, mit Ausgabenerhöhungen für beschäftigungsintensive Investitionen einen Anstieg des BIP, ohne das Budgetdefizit zu erhöhen. Dieses als *Haavelmo-Theorem* bekannte Phänomen ergibt sich daraus, dass die nachfrageschaffenden Wirkungen der Ausgabenerhöhungen größer sind als die nachfragedämpfenden Wirkungen der Steuererhöhungen.

Die Lage von Wirtschaft, Staatsfinanzen und Arbeitsmarkt bleibt angesichts des Fortbestehens der Finanzkrise schwierig. Die gegenwärtig in der EU praktizierten einfachen → neoliberalen Konzepte bringen hohe soziale Kosten mit sich und greifen nicht. Es ist mittlerweile offensichtlich, wie leicht man sich in eine Krise hineinsparen kann. Alternativkonzepte müssen vielschichtiger sein und an verschiedenen Punkten gleichzeitig ansetzen. Mit einer geschickten Politik von Steuererhöhungen in den Bereichen Vermögensbestände, Spitzeneinkommen, Finanzsektor und Ressourcenverbrauch und der dadurch ermöglichten Finanzierung von Programmen der Ausbildung und Beschäftigung sowie des ökosozialen Umbaus könnte ein Weg eingeschlagen werden, der erfolversprechend ist: aus der Krise herauszuwachsen.

Die großen wirtschaftlichen und sozialen Probleme in der EU dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass in der gegenwärtigen Krise grundsätzlich vieles leichter ist als in der großen Depression der 1930er Jahre. Denn der Wohlstand ist deutlich höher. Das schafft viele Spielräume, die Krise zu bewältigen, ohne den sozialen Fortschritt zu gefährden. Das zeigt sich etwa auch daran, dass die Staatsschulden in Österreich und Deutschland deutlich unter dem Nettofinanzvermögen der privaten Haushalte liegen und nur ein Fünftel ihres gesamten Vermögens betragen.

## **Literatur**

- DeLong, J. Bradford/Summers, Lawrence H. (2012): Fiscal Policy in a Depressed Economy, in: Brookings Papers on Economic Activity, Spring 2012.
- International Monetary Fund (2012): Coping with High Debt and Sluggish Growth. Box 1.1. Are We Underestimating Short-Term Fiscal Multipliers?, in: World Economic Outlook, October 2012.
- Marterbauer, Markus (2012): Keynesianische Budgetpolitik unter neuen Rahmenbedingungen, in: Kurswechsel, Heft 1/2012.



# »Privatisierungen helfen, Staatshaushalte wieder ins Lot zu bringen«



*»Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz sprachen sich Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl und der Präsident der Industriellenvereinigung, Veit Sorger,... für Privatisierungen aus. Damit könne der Staatshaushalt wieder ins Lot gebracht werden, die Zinsenlast gesenkt werden und Handlungsspielräume für Zukunftsinvestitionen bei Forschung und Bildung geschaffen werden.« (www.iv-net.at, 4.5.2011)*

Zu Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise sah sich die öffentliche Hand noch zu kostspieligen Verstaatlichungen im Finanzsektor sowie weiteren wirtschaftlichen Unterstützungsmaßnahmen gezwungen. Danach wurde jedoch sehr rasch, zuallererst in jenen europäischen Staaten, die sich zu vernünftigen Konditionen an den Kapitalmärkten nicht mehr finanzieren konnten, wieder der Ruf nach Privatisierung lukrativer öffentlicher Bereiche bzw. Betriebe laut – sowohl seitens der internationalen KreditgeberInnen als auch → neoliberal orientierter AkteurInnen im Inland. Auch wenn das – wie im Folgenden gezeigt wird, falsche – finanzielle Argumente vorgeschoben wird, so geht es im Kern um den Versuch, weitere Lebensbereiche der kollektiven Gestaltungsmöglichkeit zum Zwecke der privaten Gewinnmöglichkeit zu entziehen. Die Folgen sind eine noch stärkere Einkommens- und Vermögenskonzentration, während die propagierten Verbesserungen für die Bevölkerung insgesamt oft ausbleiben. Steigende Preise bei privaten Verkehrsbetrieben oder Energie- und Wasserversorgungsunternehmen, sinkende Beschäftigung und/oder Löhne sind eher die Regel als die Ausnahme, ebenso wie sinkende Erhaltungsinvestitionen, obwohl diese wichtig für die Sicherstellung der künftigen Versorgung sind. Die Liste der Beispiele ist lang, weshalb an dieser Stelle nur einige angeführt werden: die Wasserversorgung in Paris, Berlin oder Cochabamba, die Bahn in Großbritannien, der Energiesektor in Deutschland, Müllentsorgung in Spanien – sie alle brachten derart negative Ergebnisse, dass mittlerweile sogar von einer »Krise der Privatisierung« (Candeias/Rilling/Weise 2008) bzw. einer Rückkehr des Öffentlichen vor allem in Form von Rekommunalisierungen die Rede ist (vgl. Matecki/Schulten 2013).

## Die → Troika als Teil einer Koalition der Willigen

In Griechenland gab die → Troika zur Senkung des Volumens der Hilfskredite vor, dass 50 Mrd. Euro an Unternehmenswerten – rund ein Viertel der Wirtschaftsleistung – zu privatisieren sind. In Spanien versuchte das konservativ regierte Madrid Ende 2012 gegen wochenlangen Widerstand von Belegschaft und Bevölkerung sechs Spitäler zu privatisieren, um kurzfristig Mittel aufzutreiben – auf Bundesebene sollen Lotterien und Flughäfen folgen. Portugal und Irland stehen dem nicht nach und setzen ebenfalls auf Privatisierungen, schwerpunktmäßig im Energiesektor. Im Herbst 2012 empfahl die EU-Kommission trotz negativer Erfahrungen in anderen Ländern sogar eine Privatisierung der Wasserversorgung als Sanierungsbeitrag der Peripherie (vgl. EPSU 2012).

Die neue Privatisierungswelle bleibt aber nicht auf die »Krisenstaaten« beschränkt. Die »üblichen Verdächtigen« wie die FDP in Deutschland oder die eingangs zitierten Unternehmensvertreter in Österreich versuchen aus der Wirtschaftskrise Kapital zu schlagen, indem sie lukrative Anlagemöglichkeiten in Zeiten niedriger Renditen schaffen. International stehen → Private-Equity-Fonds in den Startlöchern, um sich als scheinbare Retter in der Not zu präsentieren.

Kern des finanziellen Arguments pro Privatisierung ist eine einseitige Betrachtung der finanziellen Folgen. Demnach kann mit dem Privatisierungserlös die Staatsverschuldung reduziert und später die laufende Zinslast gedrückt werden. Ausgeblendet wird, dass damit aber auch das öffentliche Vermögen schrumpft und in den Folgejahren die Beteiligungserträge wegfallen. Werden beide Seiten der Medaille betrachtet, so bestimmen letztlich die getroffenen Annahmen sowie die Rechenmethoden darüber, ob Privatisierungen einen finanziellen Vorteil für die öffentlichen Haushalte bringen.

Hinsichtlich der Rechenmethode ist vor allem die Ermittlung des → Maastricht-Defizits relevant, das die Basis für die europäischen budgetpolitischen Vorgaben bildet. Hier sind Privatisierungen etwas überraschend selbst nicht defizitwirksam (Eurostat 2012: 148f.), da im Gegensatz zum privatwirtschaftlichen Rechnungswesen auch langfristige Beteiligungswerte als Finanzierungsmittel (wie Bargeld) gelten, weshalb deren Tausch saldenneutral ist. Lediglich die Differenz zwischen den entfallenden ausgeschütteten Gewinnen und – sofern die frei gemachten Mittel zum Schuldenabbau verwendet werden – der geringeren Zinsbelastung ist defizitwirksam.

Würden mit den Privatisierungserlösen, wie von Sorger und Leitl im Eingangszitat gefordert, zusätzliche Zukunftsinvestitionen getätigt

werden, so würde folglich das → Maastricht-Defizit sogar steigen. Im Rahmen der restriktiven europäischen Vorgaben könnte das letztlich selbst zu Sanktionen führen.

Wird das Geld aber zur Gänze für den Schuldenabbau verwendet, so müssten die der öffentlichen Hand entfallenden Beteiligungserträge niedriger sein als die Zinsersparnis, um zu einem finanziellen Erfolg zu führen. Ob dies der Fall ist, kann grob geschätzt werden, indem die zu erwartende durchschnittliche Ausschüttungsquote dem Zinssatz für Staatsanleihen gegenübergestellt wird. Erstere ist nicht bekannt, sondern nur näherungsweise durch die durchschnittliche Dividendenrendite der börsennotierten Unternehmen zu schätzen. Nur wenn die Dividendenrendite kleiner ist als der Anleihezinssatz, ist mit einer Entlastung der öffentlichen Haushalte zu rechnen. In Ländern wie Deutschland und Österreich war das zumindest 2012 nicht der Fall: Einer durchschnittlichen Dividendenrendite deutscher DAX-Konzerne von 3,7% stand ein Zinssatz von unter 2% selbst bei langjährigen Staatsanleihen gegenüber. In Österreich war die Differenz ähnlich.

Für ein konkretes teilstaatliches Unternehmen kann die Dividendenrendite selbstverständlich niedriger sein, insbesondere wenn es entweder unterdurchschnittlich profitabel ist oder aber einen überdurchschnittlich hohen Anteil der Gewinne reinvestiert statt ausschüttet. Im zweiten Fall wird der Vergleich schwieriger, da die höheren Investitionen zukünftig zu höheren Ausschüttungen bzw. Wertsteigerungen führen sollten. Es müssten dann die geschätzten höheren zukünftigen Ausschüttungen in die Vergleichsrechnung eingehen. Zudem müsste gewährleistet sein, dass die AnlegerInnen auch bereit sind, das Unternehmen zum derzeitigen Kurswert zu kaufen – womit gerade bei erzwungenen Verkäufen z.B. in den Staaten mit → Troika-Programmen nicht gerechnet werden kann, weil dort die Privatisierungen buchstäblich um jeden Preis durchgezogen werden sollen.

### **Zweifelhafte Privatisierungen zum falschen Zeitpunkt**

Der erste Fall, der die Argumentationsgrundlage der PrivatisierungsbefürworterInnen bildet, ist daher der relevantere: Würde die Annahme stimmen, dass bei unveränderten Rahmenbedingungen die Ertragskraft eines Unternehmens umso geringer ausfällt, je größer die Einflussmöglichkeit der öffentlichen Hand ist, dann könnten Privatisierungen zu stärkeren Gewinnsteigerungen – und in Folge Steuermehreinnahmen – führen. Zudem könnte der Staat bereits bei der Privatisierung selbst die höheren Gewinne zum Teil in Form eines höheren Verkaufserlöses kapitalisieren.

Für Österreich zeigen etwa Feigl und Heiling (2012) exemplarisch für vergangene Privatisierungsschritte, dass diese Annahmen unrealistisch sind. So waren die höchsten Gewinnsteigerungen nach einer Teilprivatisierung gerade in jenem Unternehmen zu verzeichnen, in dem die Eigentumsverhältnisse im Wesentlichen unverändert blieben. Zudem dürften die Gewinnsteigerungen der OMV (früher Österreichische Mineralölverwaltung, ÖMV) auch nicht primär auf eine bessere Unternehmenssteuerung zurückzuführen sein, sondern auf den starken Anstieg der Energiepreise in den letzten 15 Jahren, von dem private und staatliche Konzerne gleichermaßen profitierten. Da zum Zeitpunkt der Teilprivatisierung sowohl diese Preissteigerungen als auch die später fallenden Zinssätze für Staatsanleihen noch nicht eingerechnet wurden, ergibt sich im Rückblick ein milliardenschwerer Verlust für die Republik Österreich.

Allgemein spielen Zukunftserwartungen beim Verkaufszeitpunkt eine große Rolle. Das betrifft zum einen das Unternehmen direkt: Gerade bei Privatisierungen kommt es zu strukturellen Brüchen, sodass ein hohes Risiko über die Realisierbarkeit potenzieller Erträge vorliegt, das sich in niedrigeren Verkaufserlösen widerspiegelt. Zum anderen sind Unternehmenswerte (insbesondere die Marktkapitalisierung börsennotierter Unternehmen) starken zyklischen Schwankungen unterworfen, sodass der Privatisierungserlös auch durch die allgemeine Wirtschaftslage bestimmt wird. Das führt insbesondere aktuell in den Staaten unter Aufsicht der → Troika dazu, dass durch den denkbar ungünstigen Zeitpunkt öffentliche Anteile weit unter ihrem Wert vor und nach der Krise verkauft werden (müssen). Selbst wenn man also glauben würde, dass Privatisierungen einen Beitrag zur Stabilisierung der Staatsfinanzen leisten können, so sollte zunächst wenigstens die Wirtschaft stabilisiert werden, um einen angemessenen Erlös erzielen zu können.

In Griechenland stellte sich beispielsweise schnell heraus, dass die ursprünglich anvisierten 50 Mrd. Euro Privatisierungseinnahmen nicht erzielt werden können. Potenzielle InvestorInnen konnten angesichts ungewisser Zukunftsaussichten und Debatten über einen möglichen Ausstieg Griechenlands aus dem Euro nicht mehr sicher sein, welche Erträge in welcher Währung zukünftig überhaupt noch erzielbar sein würden. Folglich waren sie auch nicht mehr bereit, den alten Wert zu zahlen bzw. legten im Falle der griechischen Postbank nicht einmal mehr ein Angebot vor. Trotzdem erklärte der griechische Wirtschaftsminister Hatzidakis 2013 zum »Jahr der Privatisierungen« und hieß deutsche und europäische Unternehmen willkommen, um in Griechenland

zu investieren (ZEIT ONLINE 2013). Zudem wies er auch noch darauf hin, dass Privatisierungen nicht mehr Sache der Regierung seien, sondern der Privatisierungsbehörde, deren Regularien »mit der → Troika festgeschrieben worden sind«.

Ein größeres Problem bei der Messung finanzieller Erfolge von Privatisierungen ergibt sich durch die Annahme unveränderter Bedingungen in und um das Unternehmen, die de facto nie gegeben sind. So sind negative Auswirkungen auf die Beschäftigten, geringere Investitionen, Verlagerungen ins Ausland und/oder mittelfristig stärkere Preiserhöhungen keine Seltenheit. Insbesondere durch Lohnkostenminimierung kommt es zu Ausfällen bei Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträgen. Durch vertraglich vereinbarte Auflagen für die Zeit nach dem Verkauf können diese Probleme zwar abgeschwächt werden, allerdings nur zum Preis komplexerer, teurerer und rechtsunsicherer Verträge und/oder eines geringeren Privatisierungserlöses, wenn die neuen EigentümerInnen von niedrigeren Gewinnen durch diese Vertragseinschränkungen ausgehen.

Derlei Auflagen widersprechen zudem dem Sinn der Privatisierung, nämlich der Übertragung der Entscheidungsmöglichkeiten von staatlichen AkteurInnen auf private AnlegerInnen. Vertraut man jedoch nicht auf die unsichtbare Hand des Marktes, die automatisch zum größtmöglichen Nutzen für alle führen soll, so ist es besser, die öffentliche Verantwortung gar nicht erst abzugeben. Nur so kann etwa gewährleistet werden, dass die hohen Gewinne der Energieunternehmen in Folge zunehmender Energieknappheit in die Ausweitung und Ökologisierung des Energiesektors anstelle auf die Konten der privaten InvestorInnen fließen.

Schließlich wird das finanzielle Ergebnis einer Privatisierung durch die Art der Geschäftsabwicklung geschmälert. Da es um große Beträge geht, ist die Korruptionsanfälligkeit besonders hoch. Es ist wohl kein Zufall, dass beispielsweise in Österreich die letzten Privatisierungsvorgänge bei der Telekom oder den Bundeswohnungen die Gerichte bis heute beschäftigen. Aber selbst wenn es zu keinen Unregelmäßigkeiten kommen würde, sind die Transaktionskosten beträchtlich: Zum einen verrechnen die mit der Abwicklung betrauten Beratungsfirmen, Rechtsanwaltskanzleien und Investmentbanken Millionen. Zum anderen wird der Kaufpreis bei einer Privatisierung über die Börse oft bewusst niedrig gehalten, damit es in der Folge zu Kurssteigerungen kommt.

Drei Motive sprechen für einen strategisch niedrigeren Verkaufspreis: Erstens ist es im Interesse des Managements, dessen Erfolgsbe-

wertung sowie das Gehalt von Kurssteigerungen abhängen. Zweitens wird der Erfolg von Börsengängen von der Finanzpresse allgemein an den Kurssteigerungen gemessen, sodass dieser Mechanismus von der Regierung für die politische Bewertung des Verkaufs genutzt werden kann. Drittens können mit großen erfolgreich wahrgenommenen Privatisierungen («Volksaktien») neue Bevölkerungsschichten für den Kapitalmarkt gewonnen und damit die legitimatorische Basis des → Neoliberalismus verbreitert werden, weil nun Kapitalinteressen scheinbar auch im Interesse dieser neuen AnlegerInnen sind. Historisch spielte diese Funktion insbesondere bei der Privatisierungswelle in Großbritannien unter Margaret Thatcher oder der Transformation in Osteuropa Anfang der 1990er Jahre eine große Rolle.

### **Privatisierung der Gewinne, Sozialisierung der Verluste**

Im Ergebnis führen Verkäufe profitabler öffentlicher Unternehmen zu einer Privatisierung der Gewinne, die auf nur noch wenige InvestorInnen aufgeteilt werden. Dies hat eine stärkere Konzentration von Einkommen und Vermögen zur Folge und verschärft somit die Verteilungstrends der letzten Jahrzehnte. Das gilt insbesondere dann, wenn allfällige Effizienzsteigerungen zu Gewinnsteigerungen anstelle von Preissenkungen verwendet werden. Zudem ist in privatisierten Unternehmen eine überdurchschnittliche Steigerung der Managementeinkommen zu beobachten, die auch innerhalb der Beschäftigten zu einer Umverteilung führen.

Der Abbau öffentlichen Eigentums ist aber kein → Dogma, wie sich in der Finanzkrise gezeigt hat. Treffend titelte am 1. Oktober 2008 die taz: »Kapitalismus gescheitert – Das globale Finanzsystem lebt nur noch mit Staatshilfe«. Innerhalb kürzester Zeit wurden weltweit Banken verstaatlicht oder zumindest mit öffentlichem Geld gerettet. Wenn es um die Sozialisierung der Verluste ging, war eine breite Mehrheit für öffentliches Eigentum – nicht aber für die gleichberechtigte Mitgestaltungsmöglichkeit der neuen EigentümerInnen – schnell gefunden. Gemäß dem Europäischen Statistikamt Eurostat akquirierten die → EU-27-Mitgliedstaaten bis Ende 2010 im Wege der Banken- und Finanzmarkthilfen riskante – und wohl nicht zur Gänze werthaltige – Finanzbeteiligungen von knapp 600 Mrd. Euro, wovon fast die Hälfte (270,9 Mrd. Euro) alleine auf Deutschland entfällt. Die Haftungen beliefen sich am Höhepunkt der Krise 2009 sogar auf 1,4 Billionen Euro, ehe sie in den folgenden beiden Jahren auf 900 Mrd. Euro zurückgingen. Während sich in Deutschland die Beträge seit 2010 wieder verringern, nimmt die Bankenrettung in Österreich zumindest gemessen

an den zu finanzierenden Hilfen immer größere Ausmaße an (2011: 7,5 Mrd. Euro; Haftungen 17,2 Mrd. Euro).

### **Resümee & Ausblick**

Obwohl Privatisierungen aufgrund der langfristig ausfallenden Beteiligungserträge nur selten finanziell erfolgreich sind und beispielsweise bei öffentlichen Dienstleistungen wie der Wasserversorgung zu Lasten der Bevölkerung gehen, wird dieses Mittel gerade den finanziell angeschlagenen Staaten der europäischen Peripherie verschrieben. Mit diesen Verkäufen werden unter anderem die Forderungen genau jener europäischen Banken bedient, die gleichzeitig mit öffentlichen Mitteln gerettet wurden. Zudem ersparen sich die anderen Staaten der Eurozone kurzfristig Haftungen für Hilfskredite, die vom → ESM vergeben werden. Langfristig ist der Nutzen allerdings mehr als fraglich, da die Finanzkraft der Peripherie so weiter geschwächt wird.

Gelingt es jedoch, die Krise zu überwinden, sind die InvestorInnen die großen GewinnerInnen der Privatisierungen, da sie die Unternehmen mit einem »Krisenabschlag« zu einem besonders günstigen Preis erworben haben. Verlieren werden die Beschäftigten und die Bevölkerung insgesamt – zumindest was die Gestaltungsmöglichkeit gesellschaftlicher Ziele in den privatisierten Unternehmen anbelangt. Hier könnte auch der Schlüssel liegen, um weiteren Privatisierungen den Weg zu versperren: In dem Maße, wie öffentliche Unternehmen auch tatsächlich gesellschaftliche Ziele berücksichtigen, wird die Privatisierung zu einem wahrnehmbaren Bedrohungsszenario, das es zu verhindern gilt. Sollte es daher Reformbedarf in öffentlichen Unternehmen geben, so müsste die Orientierung am gesellschaftlichen Interesse gestärkt werden, anstatt die öffentliche Gestaltungsmöglichkeit durch einen EigentümerInnenwechsel auszuschließen. Das gilt umso mehr in Staaten wie Deutschland und Österreich mit günstigen Finanzierungsbedingungen, bei denen bereits durch die Vermeidung des Verkaufs profitabler öffentlicher Unternehmen mehr Mittel für öffentliche Leistungen zur Verfügung stehen.

### **Literatur**

Candeias, Mario/Rilling, Rainer/Weise, Katharina (2008): Krise der Privatisierung – Rückkehr des Öffentlichen, in: WSI-Mitteilungen 10/2008, [http://www.boeckler.de/wsimit\\_2008\\_10\\_candeias.pdf](http://www.boeckler.de/wsimit_2008_10_candeias.pdf) (Zugriff: 7 April 2013).

EPSU (2012): EU Commission Forces Crisis-hit Countries to Privatise Water, <http://www.epsu.org/a/9019> (Zugriff: 7 April 2013).

- Eurostat (2012): Manual on Government Deficit and Debt. Implementation of ESA95 (2012 edition), [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/government\\_finance\\_statistics/methodology/ESA\\_95](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/government_finance_statistics/methodology/ESA_95) (Zugriff: 7 April 2013).
- Feigl, Georg/Heiling, Michael (2012): Was kosten Privatisierungen? Eine Analyse der Auswirkungen erfolgter und allfälliger zukünftiger Privatisierungsschritte auf öffentliche Haushalte; <http://wien.arbeiterkammer.at/bilder/d167/Wug1143.pdf> (Zugriff: 7 April 2013).
- Matecki, Claus/Schulten, Thorsten (Hrsg.) (2013): Zurück zur öffentlichen Hand? Chancen und Erfahrungen der Rekommunalisierung. Hamburg: VSA
- ZEIT ONLINE (2013): »Wir wollen die Troika nicht an der Nase herumführen«, <http://pdf.zeit.de/wirtschaft/2013-01/interview-hatzidakis.pdf> (Zugriff: 7 April 2013).

# »Schuldenbremsen bremsen Schulden«



*»Eine zu große Verschuldung führt zu einer finanziellen Abwärtsspirale für öffentliche Haushalte. Deshalb müssen Schuldenbremsen eingeführt werden, die automatisch dafür sorgen, dass der öffentliche Schuldenstand zurückgeht und sich die Wirtschaft wieder erholen kann. Ein Schuldenstand über 60% des BIP bewirkt eine sich immer mehr verstärkende Schulden Spirale.«*

Wie schon vor über zehn Jahren vom BEIGEWUM im Buch »Mythos Nulldefizit« beschrieben, ist eine zentrale Stoßrichtung → neoliberaler Ideologien die Entfernung wirtschaftspolitischer Instrumente aus dem Einflussbereich demokratischer Entscheidungen und ihre Fixierung auf Autopilot in eine bestimmte Richtung: Regierungen sollen vor dem öffentlichen Druck der Bevölkerung nicht wieder in die Knie gehen müssen. Fiskalregeln haben seit Beginn der Wirtschaftskrise wieder Rückenwind und Regierungen aller Lager verwenden Schuldenbremsen und Co. für ihre Zwecke. Im Folgenden geben wir einen kurzen Überblick über verschiedene Fiskalregeln, zeigen, wie sie in Europa und in Österreich umgesetzt wurden, und versuchen schließlich, die Probleme genereller Fiskalregeln darzustellen.

## **Welche Regeln gibt es und wo wurden sie angewandt?**

Im Zuge der aktuellen Wirtschaftskrise wurden in vielen Ländern Fiskalregeln ausgeweitet oder verstärkt. Fiskalregeln sind Regeln, die eine Erhöhung des Budgetdefizits verhindern oder es einschränken sollen. Dabei gibt es sehr unterschiedliche Modelle, die von (neo-) klassischen Prinzipien wie dem permanenten Budgetausgleich (überhaupt keine Schuldenaufnahme) oder der Goldenen Regel (nur »produktive« öffentliche Investitionen sollen über Schuldenaufnahmen finanziert werden) bis zu stärker → keynesianisch geprägten Zugängen des *Deficit Spending* oder einem Budgetausgleich über den Konjunkturzyklus reichen. In Österreichs Budgetpolitik wurden schon früh verschiedene Formeln verwendet – so etwa die Seidel-Formel (Begrenzung der Neuverschuldung auf 2,5% des BIP) oder die Koren-Formel (Neuverschuldung soll nicht höher als die zu zahlenden Zinsen sein).

Aus diesen Prinzipien haben sich vier verschiedene Arten von Fiskalregeln entwickelt: Schuldenregeln geben ein gewisses Ziel-Niveau des Verschuldungsstandes (meist in Prozent des Bruttoinlandsproduktes) an. Regeln für ein ausgeglichenes Budget bzw. für ein strukturell ausgeglichenes Budget über einen Konjunkturzyklus stellen eine zwei-

te Art von Fiskalregeln dar. Schließlich gibt es noch Fiskalregeln, die Obergrenzen für die öffentlichen Ausgaben (Ausgabenregeln) oder für die Einnahmen (Einnahmenregeln) vorgeben.

Innerhalb der Europäischen Gemeinschaften wurden schon 1992 durch den Maastrichtvertrag die so genannten Maastricht-Kriterien beschlossen. Die Erfüllung dieser Kriterien wurde als Eintrittsvoraussetzung für die Wirtschafts- und Währungsunion festgesetzt. Sie errichteten im Bereich der Fiskalregeln zwei Vorgaben: Erstens durfte das jährliche Defizit eines Mitgliedsstaates nicht höher als 3% des BIP sein (oder zumindest auf einem Weg dorthin). Zweitens durfte der Gesamtschuldenstand nicht höher als 60% des BIP sein (oder auch hier zumindest abnehmend).

Als nächster Schritt in der europaweiten Umsetzung von Fiskalregeln kann der Stabilitäts- und Wachstumspakt aus dem Jahr 1997 gesehen werden. Dieser Pakt enthält nun auch Sanktionsmechanismen, um die Maastricht-Kriterien auch nach Beginn der Währungsunion zu kontrollieren und Abweichungen zu bestrafen.

Seit Beginn der Wirtschaftskrise hat die Diskussion rund um Fiskalregeln wieder an Intensität gewonnen und in viele Vertragswerke der Europäischen Union wurden solche aufgenommen: Im so genannten Sixpack (im Herbst 2011 beschlossen) schreibt ein präventiver Arm vor, dass die Primärausgaben (die Ausgaben ohne Zinszahlungen) unter dem Potenzialwachstum (der Wachstumsrate ohne konjunkturelle Beeinflussungen, also bei normaler Auslastung der Produktionskapazitäten) liegen müssen. Der korrektive Arm des Sixpack sieht eine Rückführung von Schulden, die über 60% des BIP liegen, um jährlich ein Zwanzigstel vor. Auch makroökonomische Ungleichgewichte werden in diesen Regelungen angesprochen.

Der europäische Fiskalpakt schließlich wurde im März 2012 als Staatsvertrag zwischen 25 EU-Ländern (Tschechien und das Vereinigte Königreich machen dabei nicht mit) abgeschlossen und trat am 1. Januar 2013 in Kraft. Der Fiskalpakt umfasst folgende Regeln: Nationale Regeln für ein strukturell ausgeglichenes Budget müssen umgesetzt werden. »Ausgeglichen« bedeutet dabei, dass das jährliche strukturelle Defizit nicht größer als 0,5% des BIP sein darf bzw. 1% des BIP, wenn der Schuldenstand unter 60% des BIP liegt. Bei einer Verschuldung von mehr als 60% beginnt eine »Schuldenbremse« zu greifen: In jedem Jahr muss mindestens ein Zwanzigstel des Wertes über der 60%-Grenze abgebaut werden. Ein weiteres zweiteiliges Vertragswerk, der so genannte Two-Pack, soll nun noch stärkere Überwachungsmöglichkeiten der nationalen Budgetpolitiken für die Europäische Kommis-

sion bringen, indem die Kommission Stellungnahmen zu allen nationalen Haushaltsplänen abgibt und allen Ländern, die finanzielle Hilfe der EU angenommen haben, Anpassungsprogramme empfehlen kann – ohne demokratische Kontrolle der Kommission ist das ein Schritt zurück in die Zeit der Strukturanpassungsprogramme des → Internationalen Währungsfonds der 1980er Jahre.

In Österreich wurde auf die internationale und die EU-Debatte mit einer Diskussion rund um eine österreichische »Schuldenbremse« reagiert, die schnell, aber ohne die gewünschte verfassungsrechtliche Mehrheit zu haben, am 7. Dezember 2011 im Nationalrat beschlossen wurde. Diese »Schuldenbremse« in Österreich sieht nach deutschem Vorbild vor, dass der Zentralstaat inklusive der Sozialversicherung nur noch ein strukturelles Defizit von 0,35% des BIP ab 2017 haben darf. Für den Zentralstaat, die Länder und Gemeinden werden Kontrollkonten eingerichtet, deren Summen ab gewissen Grenzwerten (1,25% des BIP beim Bund und 0,35% des BIP bei Ländern und Gemeinden) »konjunkturgerecht« abgebaut werden müssen. Dadurch wird der Raum für antizyklische und konjunkturstabilisierende Wirtschaftspolitik noch stärker eingeschränkt, da das strukturelle Defizit dadurch noch kleiner sein muss und der fiktive Konsolidierungsbedarf noch größer ist.

Um auch Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen auf die EU-weiten Regelungen zu verpflichten, wurde im Jahr 2012 ein unbefristet geltender neuer österreichischer Stabilitätspakt beschlossen. Dieser Stabilitätspakt enthält nunmehr ein System mehrfacher Fiskalregeln, die sowohl den → Maastricht-Saldo begrenzen als auch eine Schulden- und eine Ausgabenbremse verpflichtend einführen. In diesem Stabilitätspakt werden die Defizitgrenzen der österreichischen »Schuldenbremse« von 0,35% des BIP festgeschrieben und um die Grenze für die Länder und Gemeinden (0,1% des BIP) erweitert. Zur Kontrolle werden Verrechnungs-Konten eingeführt, auf denen die Länder einzeln und alle Gemeinden pro Bundesland jene Beträge festhalten müssen, die über der erlaubten Grenze liegen.

### **Was ist nun an diesen Regeln bzw. ihrer Umsetzung und Ausgestaltung problematisch?**

Ganz generell werden mit diesen automatischen Regeln unterschiedliche Staaten mit unterschiedlichen Ausgangslagen und Wirtschaftsstrukturen gleich behandelt: Manche Länder standen vor der Krise – was ihre Fiskalposition angeht – recht gut da. So hatte zum Beispiel Irland im Jahr 2007 eine Maastricht-Verschuldung von nur 29% des BIP, die aber durch den Zusammenbruch des irischen Bankensystems

innerhalb von vier Jahren auf 113% des BIP anstieg. Auch Spanien hatte 2007 eine Verschuldung von 42% des BIP, die durch die Wirtschaftskrise im Jahr 2011 auf 74% des BIP anwuchs (alle Werte lt. OECD *Economic Outlook 2011, Annex 32*). Es scheint also so, als hätte eine niedrige Verschuldung nicht unbedingt geholfen, Länder vor der Wirtschaftskrise bzw. deren budgetären Folgen zu beschützen. Auch die → OECD selbst meint, dass Schuldenstand oder Defizit kein eindeutiger Indikator für Krisenresistenz seien. Konkrete ökonomische Situationen erfordern spezifische Reaktionen, die mit automatischen und generellen Regeln nicht einfach global festgelegt werden können. In Österreich bergen die Banken immer noch das größte Risiko für das Wirtschaftssystem, was von unterschiedlichen Ratingagenturen bereits bescheinigt wurde. Am regional konzentrierten so genannten Klumpenrisiko österreichischer Banken in Zentral- und Osteuropa ändern aber Fiskalregeln nichts. Auch in Österreich stiegen die Schulden als Ergebnis der Krise vor allem aufgrund der Bankenhilfen stark an – der Schuldenaufbau war also nicht Grund, sondern ein Ergebnis der Krise! Der Staat ist eine Versicherungsinstanz für unkalkulierbare gesamtwirtschaftliche Risiken wie Bankenzusammenbrüche, Naturkatastrophen oder wirtschaftliche Turbulenzen, auf die er selbst keinen Einfluss hat. Generelle Regeln für die staatliche Budgetpolitik unterstellen hingegen, der Staat habe volle Kontrolle über seine Einnahmen und Ausgaben.

Ein weiteres Argument gegen allgemeine automatisierte Fiskalregeln ist, dass es keine wissenschaftliche Basis für die meisten Regeln gibt. Die Maastricht-Grenzen wurden willkürlich gesetzt bzw. waren zum damaligen Zeitpunkt ein politischer Kompromiss, der den Status quo widerspiegelte: So lag der Durchschnitt der EG-Werte 1991 bei 4,3% des BIP (Defizit) bzw. 61,7% Verschuldung. Daraus wurden die Maastricht-Kriterien von 3% Defizit und 60% Verschuldung. Die OECD geht in einem aktuellen Bericht davon aus, dass das Wirtschaftspotenzial erst bei einem Schuldenstand über 90% des BIP vermindert wird. Es gibt wissenschaftlich keinen begründbaren alleinigen Grenzwert, ab dem ein Schuldenstand oder ein Defizit zu hoch ist – Japan oder die USA sind Beispiele für Länder mit hoher Verschuldung und niedrigen Zinssätzen.

Schaut man auf die empirischen Ergebnisse der eingeführten Fiskalregeln, so scheint deren Erfolg auch nicht bewiesen zu sein. Staaten mit Fiskalregeln haben zwar in der Regel kleinere Schuldenstände bzw. Defizite, der kausale Zusammenhang wiederum ist aber schwer beweisbar: Vielleicht liegt es an den globalen Konjunkturzyklen und

nicht an den Fiskalregeln, dass gespart wurde; vielleicht auch daran, dass vor allem sparwillige Länder Schuldenbremsen beschließen und damit erst Schuldenbremsen beschlossen werden, wenn klar ist, dass ein gewisses Schuldenziel eingehalten werden kann. In einem empirischen Versuch hat das Deutsche Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung gezeigt, dass die deutsche Schuldenbremse auf die Jahre 2001-2007 umgelegt zu einem 1,5% kleineren BIP geführt hätte. Auch für Österreich sind ähnliche Werte zu erwarten, wird die Schuldenbremse wirklich wie beschlossen umgesetzt. Das heißt also, dass eine Schuldenbremse das Wachstum bremst, was wiederum durch budgetäre Rückkopplungseffekte das Schuldenniveau ansteigen lässt. Daher bremst also eine Schuldenbremse nicht die → Staatsschuldenquote, sondern kann diese sogar noch vergrößern.

Fiskalregeln schränken die politischen Freiräume ein. Sie unterminieren dabei demokratische Strukturen und hebeln ihre Arbeitsweise aus (vgl. »Nur eine marktkonforme Demokratie ermöglicht eine Lösung der Krise«, S. 97ff.). Gerade eine Fiskalregel im Verfassungsrang schränkt zukünftige Politiken ein und zementiert willkürliche und unwissenschaftliche Grenzwerte. Politische Kämpfe und Diskussionen werden auf vermeintlich objektive wissenschaftsbasierte Regeln ausgelagert – also der Autopilot eingeschaltet.

So sind etwa Konjunkturprogramme in Krisenzeiten wichtig, werden aber durch Schuldenbremsen fast unmöglich gemacht. Durch die Aufnahme von Rezessionen oder hoher Arbeitslosigkeit in die Liste der Ausnahmen zur Schuldenbremse hätte diese etwas verbessert werden können. Da aber Wachstum der wichtigste Ausweg aus einer Schuldenkrise ist und die Stabilisierung öffentlicher Haushalte alleine nicht ausreicht, um Schulden abzubauen, ist es wichtig, Wachstum zu stimulieren. »Weltweit gibt es kein Beispiel dafür, dass über Kürzungen von Löhnen, Renten und Sozialleistungen eine angeschlagene Ökonomie stabilisiert werden konnte« (Bischoff 2012: 2). Daher ist gerade dieser politische und budgetäre Spielraum wieder zurück zu erkämpfen.

Viele Konzepte von Fiskalregeln sind umstritten, ungenau und könnten anders wirken als geplant: Vor allem die zyklische Komponente und die damit verbundene Berechnung der Output-Lücke stellen ein großes Problem dar. So wurde etwa das strukturelle Defizit 2009 für Österreich dreimal zwischen 4,2 und 1,2% des BIP revidiert, was zu einem rechnerischen budgetären Unterschied von 8,3 Mrd. Euro geführt hätte (vgl. Sektion Acht 2011: 2). Je nach Methode kommt es zu verschiedensten Ergebnissen, die dann wiederum natürlich Auswirkungen auf die budgetären Spielräume eines Landes haben. Empirisch

wurde schon festgestellt, dass die Output-Lücke im Falle Deutschlands strukturell falsch geschätzt wird, was zu größeren Konsolidierungen führt, dadurch die Wirtschaft weiter abwürgt und den Konsum einschränkt. Es sind also selbst die Berechnungsmethoden der einzelnen Fiskalregeln umstritten!

Durch eine europaweit gleichzeitig eingesetzte Schuldenbremse verstärken sich die Probleme über die Ländergrenzen hinweg und das Wachstum wird noch weiter eingeschränkt. Das Sparparadoxon – je mehr gespart wird, desto stärker steigt der Schuldenstand im Vergleich zur Wirtschaftsleistung, weil durch das Sparen die Wirtschaftsleistung einbricht – ist schon seit langem bekannt und auch empirisch in Griechenland belegt. Nichtsdestotrotz wird eine Sparpolitik, welche die Probleme nur verschlimmert, auch auf EU-Ebene weiter fortgeschrieben.

Eine hohe Staatsquote (also ein hoher Anteil der Staatsausgaben am BIP) ist nicht per se gut oder schlecht: Gerade die reicheren Länder Europas mit ausgebauten Sozialsystemen haben die Wirtschaftskrise besser überwunden als jene Länder mit niedriger Staatsquote. Die Argumentation, dass mit Schuldenbremsen nun unter anderem Ausgaben im Sozialbereich gekürzt werden müssen, ist daher falsch und kontraproduktiv. Gerade ein gut ausgebauter Sozialstaat ist ein Garant für eine antizyklische Budgetpolitik, die den Massenkonsum stärkt und vor Folgen von Wirtschaftskrisen wie Arbeitslosigkeit schützen kann.

Ein hoher Schuldenstand bzw. steigende Schulden müssen nicht zu steigenden Zinsen führen. Dieser von vielen Konservativen und Ökonomen vertretene Standpunkt ist empirisch nicht nachweisbar. Von ihnen wird behauptet, dass durch zu hohe öffentliche Investitionen private Investitionen verdrängt werden und dadurch die Zinsen ansteigen würden. Dieser »Crowding-Out-Effekt« wird aber gerade in Ländern wie Deutschland und Österreich derzeit widerlegt, wo trotz steigender Defizite und Schuldenstände die Zinsen immer weiter sinken. Vielmehr sind in den Zinsen die Erwartungen über die gesamtwirtschaftliche Situation abgebildet – mehr also als nur der Schulden- oder Defizitstand.

»Wer Schulden bremst, muss auch Vermögen bremsen«, meint Walter Schachermayer in einem Artikel im österreichischen Standard im Dezember 2011: Staatsschulden stehen private Vermögen gegenüber, bei denen, die diese Staatsschulden besitzen und Zinserträge damit erwirtschaften. Werte können nicht über die Zeit verschoben werden. Diese einfachen Zusammenhänge werden in der aktuellen Fokussierung der Diskussion auf Schulden oft vergessen oder negiert. Daher

ist auch ein Ausweg aus der derzeitigen Situation nicht immer gleich parat: Vermögenssteuern, um Schulden zurückzuzahlen und der immer ungleicheren Verteilung von Vermögen und Einkommen entgegenzuwirken (vgl. DIW 2012, S. 10f.). Das DIW rechnet etwa vor, dass in Deutschland bei einem persönlichen Freibetrag von 250.000 Euro eine Bemessungsgrundlage für eine Vermögenssteuer von 92% des BIP entstehen würde. Auf Österreich umgerechnet wären das ca. 270 Mrd. Euro, die bei einem Steuersatz von 1% knapp 3 Mrd. Euro in die öffentlichen Kassen spülen würden.

Schließlich ist auch der Zusammenhang zwischen Defizit und Schuldenstand nicht eindeutig: In Österreich lag zum Beispiel in den Jahren 1999 bis 2007 das Defizit im Durchschnitt bei 1,6% des BIP, während die Verschuldungsquote von 66,8% auf 60,2% des BIP gesunken ist, da in dieser Periode die Wirtschaft schneller wuchs als die Verschuldung. Das wiederum zeigt, wie wichtig Wachstum ist, um den Schuldenstand zu verringern.

Aus all diesen Gründen sind generelle automatisierte Fiskalregeln bzw. das undemokratische Wirtschaften auf Autopilot abzulehnen. Fiskalregeln schränken demokratische Handlungsspielräume ein und verhindern Wachstum und Beschäftigung. Schuldenbremsen bremsen also keine Schulden, sondern höchstens die positive Entwicklung der Gesellschaft. Europaweites Sparen und Einschränken budgetärer Spielräume durch unnütze Regeln verstärkt die Krise nur noch mehr und hilft nicht, Arbeitslosigkeit oder ungerechte Verteilung zu verhindern, was vor allem auch in den Krisenländern Spanien und Griechenland täglich sichtbar wird.

## **Literatur**

- Bischoff, Joachim (2012): Dauerzustand Schuldenkrise – Die endlose Kurzfrist-»Reparatur« des Euro-Systems, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 7-8, Hamburg.
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW (2012): Vermögensabgaben – ein Beitrag zur Sanierung der Staatsfinanzen in Europa, Beitrag von Stefan Bach im DIW Wochenbericht Nr. 28, Berlin.
- Himpele, Klemens (2012): Schuldenbremse, in: BEIGEWUM (Hrsg.), imagine economy. Neoliberale Metaphern im wirtschaftspolitischen Diskurs, Wien: Löcker.
- Sektion Acht (2011): »10 Fragen & Antworten zur Schuldenbremse«, [http://www.sektionacht.at/images/files/faq\\_schuldenbremse.pdf](http://www.sektionacht.at/images/files/faq_schuldenbremse.pdf) (Zugriff 2.3.2013).



## »Wir haben alle über unsere Verhältnisse gelebt«



*»Öffentliche Schulden entstehen aus kollektivem und moralischem Fehlverhalten. Der Staat gibt für Sozialleistungen zu viel Geld aus; das können wir uns in Zukunft nicht mehr leisten. Schulden – öffentliche wie private – belegen, dass über die eigenen Verhältnisse gelebt wurde. Die einzige Lösung ist konsequentes Sparen: durch Staaten und auch die privaten Haushalte. Notwendige Einschnitte bei Ausgaben müssen daher akzeptiert werden.«*

Mit dem Andauern der Krise findet auch ein ständiger Kampf um Bedeutungshoheit statt. So hat sich die Krise in der öffentlichen Wahrnehmung von einer Finanzkrise zu einer Wirtschaftskrise entwickelt und wird jetzt fast ausschließlich als Schuldenkrise behandelt. Hier stehen die Schuldenstände des öffentlichen Sektors im Fokus – obwohl der Anstieg der Staatsschulden fast ausschließlich direkt (z.B. Bankenrettungen) oder indirekt (z.B. Steuerausfälle) durch die Finanzkrise beeinflusst ist. Diese Kausalität wurde mit der Zeit vergessen oder bewusst verdrängt. Mehr noch: Auch auf individueller Ebene hat sich eine Interpretation durchgesetzt, die sich in folgendem Satz kristallisiert: »Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt«. Übersetzt heißt das: Erstens können wir uns einen angeblich zu generösen Sozialstaat nicht leisten, weil für Arbeitslosengeld bis Pensionen nicht genug Geld da ist. Zweitens sind wir alle »selbst schuld«, weil wir übermäßig vom Sozialstaat profitieren. Die Schlussfolgerungen sind bekannt: Sparen, sparen, sparen. Einerseits bei öffentlichen Ausgaben, andererseits auch im Privaten. Wir werden dazu angehalten, weniger zu konsumieren, aber auch Lohnsenkungen und weniger Sozialleistungen in Kauf zu nehmen. Denn die Staatsschulden betreffen uns alle und müssen deshalb solidarisch von allen getragen werden – auch wenn das heißt, »den Gürtel enger zu schnallen«.

Diese Argumentation vermischt fälschlicherweise viele Ebenen, führt eine moralisierende Komponente ein und weist auch sonst viele Inkonsistenzen auf. Der erste – und leider am weitesten verbreitete – Fehlschluss ist, dass Staatsschulden grundsätzlich mit privaten Schulden gleichgesetzt und zur Wurzel allen Übels gemacht werden. In den vorangegangenen Kapiteln »Schulden kann man nicht mit noch mehr Schulden bekämpfen« (S. 29ff.) sowie »Schulden sind böse – sparen ist gut« (S. 13ff.) wird diesen Mythen begegnet. Staatsverschuldung ist nicht per se gut oder schlecht, es kommt unter anderem auf die Ver-

wendung an. Investitionen in das Gesundheitssystem sind ein gutes Beispiel dafür. Auch wenn für die Finanzierung z.B. der Ausbildung von MedizinerInnen kurzfristig Schulden gemacht werden müssen, gestaltet sich dieses Vorgehen langfristig billiger für den Staat, da ein defizitäres Gesundheitssystem viele Folgekosten verursacht.

### **Privates Sparen bedeutet höhere Staatsschulden**

Verblüffend ist jedoch der Spagat, wie öffentliche Schulden zu privatem Verschulden gemacht werden: Die Schuld an Staatsschulden und vor allem auch die Verantwortung zur Beseitigung der Staatsschulden trägt angeblich das Individuum durch sein Spar- und Konsumverhalten. Staatsschulden, so die Argumentation, werden von uns SteuerzahlerInnen getragen. Die Schuldenlast tragen wir also alle. Um sie abzutragen, müssen wir weniger ausgeben und mehr sparen. Denn in der Vergangenheit haben wir angeblich über unsere Verhältnisse gelebt. Gerne wird dann auch der Pro-Kopf-Staatsschuldenstand ausgerechnet, um die irrationale Furcht auszulösen, dass wir alle früher oder später mit unserem Ersparten für die Staatsschulden aufkommen müssen. Das ist allerdings nicht der Fall, einerseits weil die Staaten auch Vermögen halten, die gegenzurechnen sind, und andererseits weil die BürgerInnen keine »Unternehmensanteile« halten und daher nicht direkt für den eigenen Staat haften. Außerdem können durch privates Sparen öffentliche Schulden nicht beseitigt werden. Wenn ein Individuum spart, heißt das Konsumverzicht. Wer sich heute nichts kauft, kann das Geld sparen und es – zuzüglich der Zinsen – in der Zukunft für Konsum verwenden.

Aber verbessert es wirklich die Staatsfinanzen, wenn das alle machen? Mitnichten: Denn wenn weniger konsumiert wird, werden weniger Steuern auf Konsum fällig, außerdem können Unternehmen weniger Produkte absetzen und investieren weniger, was wiederum zum Sinken der Beschäftigung führt. Auch letzteres belastet die Staatsfinanzen durch geringere Einkommenssteuereinnahmen und mehr Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung etc. Weniger Konsum bedeutet also nicht weniger Staatsschulden – im Gegenteil. Als Gegenargument hört man dann oft, dass aber durch mehr privates Sparen die Zinsen gesenkt werden (da sich das Geldangebot erhöht und der »Preis« des Geldes, also der Zinssatz, sinkt) und so Investitionen billiger werden – mit positiven Effekten auf die gesamtwirtschaftliche Aktivität und auch die öffentlichen Finanzen. Tatsächlich hat die heimische Sparquote nur einen geringen Einfluss auf den Zinssatz. Denn Unternehmen finanzieren sich international, und auch Banken ver-

leihen nicht nur das Geld, das KundInnen auf dem Sparbuch haben. Viel mehr Einfluss auf Zinssätze als das Sparverhalten im eigenen Lande haben bei dieser Konstellation Erwartungshaltungen, Leitzinssetzungen der Zentralbanken etc. Privates Sparen bedeutet also nicht weniger Staatsschulden.

### **Sparefroh als moralisches Konstrukt**

Konservative und → (neo-) liberale AkteurInnen sehen die individuelle Ebene als zentralen Angelpunkt, um gesellschaftliche Änderungen zu erreichen. Staatliche Aktivität ist demnach so weit wie möglich einzuschränken, damit sich Unternehmen und Individuen »voll entfalten« können. Gesellschaftliche Missstände werden so weit wie möglich auf individuelles Fehlverhalten zurückgeführt – um möglichst wenig staatliches Eingreifen nötig zu machen. So ist es auch in der Finanzkrise: Anstatt eine fehlende Regulierung des Finanzsektors und die wachsende Ungleichverteilung (siehe unten) als Krisenursachen und Auslöser zu sehen, wird einmal mehr versucht, sowohl deren Ursache als auch Lösung auf individueller Ebene und somit in Eigenverantwortung zu verorten. Zu viele Staatsschulden bedeuten in dieser Logik also, dass die BürgerInnen in der Vergangenheit zu viel ausgegeben haben. Und sie bedeuten auch, dass die Lösung darin liegt, in Zukunft nicht »mehr auszugeben als man einnimmt«.

Wenn die BürgerInnen diese Interpretationen als gültig interpretieren, dann wird sich trotz der Krise nichts an den Ursachen und Auslösern ändern. Denn: Diejenigen, die durch das System profitierten, aber gleichzeitig zu der Krise beigetragen haben, können weitermachen wie bisher. Weder Regulation noch Umverteilung ist nötig, wenn wir alle ein bisschen sparen. Die Deutung von Sparen als moralische Notwendigkeit wird somit zu einem Herrschaftsinstrument, das bestehende Strukturen aufrechterhält.

Ähnlich verhält sich der Kampf um die Bedeutungshoheit von Schulden. Die konservative Deutung von Schuld als persönliche Schuldigkeit und Fehlverhalten zielt darauf ab, moralischen Druck auf SchuldnerInnen aufzubauen. Andere Ansätze heben allerdings hervor, dass diese Schwarz-Weiß-Darstellung Realitäten ausklammert. So haben beispielsweise Privatbanken Hypotheken wohlwissend ebenso an US-AmerikanerInnen vergeben, deren Einkommen nicht ausreichte, um die Hypotheken später dann auch zurückzuzahlen. Die nach dem Platzen der Immobilienblase durchgeführten Zwangsräumungen, Liquidierungen etc. treffen aber die SchuldnerInnen – und nicht die bewusst fahrlässig handelnden GläubigerInnen, die staatlich gerettet

wurden. Die Konsequenzen des realisierten Risikos – also der eingetretenen, einkalkulierten Katastrophe – hatten die SchuldnerInnen und die Allgemeinheit zu tragen.

### **Haben wir »über unsere Verhältnisse gelebt«?**

Wenn behauptet wird, »wir« hätten alle »über unsere Verhältnisse gelebt«, dann wird suggeriert, dass die breite Bevölkerung einen Lebensstandard hat, der höher ist, als sie und der Staat es sich leisten können. Stimmt das wirklich? Und wer sind »wir«?

Seit 1975 ist die Lohnquote, das heißt der Anteil der Löhne am BIP, stetig gesunken – in den meisten Ländern der EU genauso wie in Japan und den USA. In Deutschland kamen 1975 noch über 70% des BIP den LohnempfängerInnen zugute. 2007 waren es nur noch knapp 60%. Gewinn- und BesitzeinkommensbezieherInnen profitierten also verhältnismäßig immer mehr vom Wirtschaftswachstum, da sie einen immer größeren Anteil der erwirtschafteten Leistungen erhielten. Das ist auch einer der Gründe für die immer größer werdende Ungleichverteilung zwischen den Haushalten, da die Gewinn- und Besitzeinkommen wesentlich konzentrierter sind als die Lohneinkommen. Wie eingangs angesprochen, ist der Gini-Koeffizient in fast allen → OECD-Staaten seit 1985 angestiegen. Das heißt, der Unterschied zwischen den BezieherInnen niedriger und hoher Einkommen klafft immer weiter auseinander. Anders gesagt: Die Mehrheit der Menschen hat sogar unter »ihren« Verhältnissen gelebt.

»Wir« haben also nicht über unsere Verhältnisse gelebt. Viel eher lassen sich in den vergangenen Jahrzehnten GewinnerInnen und VerliererInnen des Wachstums identifizieren – und die Folgen dieser Entwicklung. Einerseits ist – wie im Mythos: »Europa muss Deutsch lernen« (S. 91ff.) beschrieben – die Lohndumpingpolitik mit schuld an vielen Problemen einiger europäischer Länder. Andererseits bedeutet die Umverteilung von niedrigen zu hohen Löhnen bzw. Gewinnen (und Vermögen) ein zunehmendes Problem für den Staat: Durch Steuerflucht, aber auch niedrigere durchschnittliche Konsumneigung sinken die Steuereinnahmen. Dadurch wird es noch schwieriger, die sich schärfer akzentuierenden sozialen Probleme abzufedern. Welche Auswirkungen dies schon in vielen Ländern hat, ist im Mythos: »Mehr sparen – weniger streiken!« (S. 105ff.) beschrieben.

Die Gefahren von zu viel privatem Sparen, öffentlichem Sparen und Umverteilung nach oben sind sich tatsächlich in einem Aspekt sehr ähnlich: Sie schwächen Kaufkraft, führen zu einem Einbruch der Nachfrage und haben negative gesamtwirtschaftliche Effekte. Umverteilung nach

oben, wie sie in den letzten Jahrzehnten massiv geschehen ist – egal ob es um die Einkommensverteilung oder die Vermögensverteilung geht –, hat folgende Effekte: Erstens haben Haushalte mit höherem verfügbarem Einkommen eine niedrigere Konsumneigung. Denn wer über weniger Einkommen verfügt, muss einen größeren Anteil davon für überlebenswichtige Konsumgüter (Nahrung, Wohnung) ausgeben und kann dadurch weniger sparen. Mehr Einkommen führt so zu einem stärkeren Anstieg des Sparens als des Konsums, weil die genannten Konsumausgaben schon abgedeckt sind. Deshalb führt Umverteilung von unten nach oben zu weniger Nachfrage. Zweitens sind vor allem die wachsenden Vermögensbestände von Haushalten mit hohem Einkommen oder Vermögen ein Mitgrund für das Wachsen des Finanzsektors in den vergangenen Jahrzehnten.

Die Nachfrage ist eine zentrale Komponente in Volkswirtschaften. Die Erfahrungen aus der Großen Depression haben gezeigt, dass Einbrüche in der Kaufkraft massive Schäden anrichten können. Neben den genannten Auswirkungen auf Investitionen, öffentliche Finanzen sowie Beschäftigung sind auch soziale und politisch destabilisierende Komponenten spürbar.

### **Auswege aus dem Mythos**

Zu wenig privates Sparen ist weder Ursache noch Auslöser der aktuellen Krise gewesen. Unregulierte Finanzmärkte und wachsende Ungleichverteilung innerhalb und zwischen den Staaten sind systemische Probleme, an deren Lösung gearbeitet werden muss. Versuche, die Krisenkosten durch Einsparungen im Sozialstaat zu zahlen, sind zum Scheitern verurteilt, da sie ursächliche Probleme nicht lösen, sondern im Gegenteil vergrößern. Genauso wenig wird angebliches »moralisches« Sparverhalten von Individuen den Ausweg aus der Krise bringen. Nur sehr wenige haben etwas davon, wenn wir alle »den Gürtel enger schnallen«. Der Großteil der Bevölkerung wird lediglich weiter – bildlich gesprochen – »ausgehungert«.

### **Literatur**

- Horn, Gustav et al. (2009): Von der Finanzkrise zur Weltwirtschaftskrise (I). Wie die Krise entstand und wie sie überwunden werden kann. IMK Report 38, Mai 2009, Düsseldorf.
- Österreichische Nationalbank (2012): Household Finance and Consumption Survey des Eurosystems 2010. Erste Ergebnisse für Österreich. Quartalsheft zur Geld- und Wirtschaftspolitik 3/12, Wien.
- van Treek, Till, et al. (2012): Did Inequality cause the US financial crisis? IMK working paper series, 91, Düsseldorf.



# »Sparen trifft alle gleich«



*»Wenn der Staat bei den Ausgaben spart, trifft das alle gleich, schließlich müssen alle den Gürtel enger schnallen. Dabei macht es keinen Unterschied, ob jemand reich ist oder arm, ein Mann oder eine Frau. Deswegen sind Ausgabenkürzungen auch besser als Steuererhöhungen.«*

Eine Regierung hat mehrere Möglichkeiten, Defizite zu reduzieren. Der für die Bevölkerung vorteilhafteste Weg ist, wenn das Wirtschaftswachstum hoch ist, denn dann reduzieren sich die Defizite alleine über die → automatischen Stabilisatoren schon beträchtlich. Als Faustregel kann hier gelten, dass ein Prozent Wachstum das Staatsdefizit ca. um 1/3 Prozent reduziert. Deswegen ist die wichtigste Vorbedingung für das Gelingen einer Budgetkonsolidierung, dass sie in einem wirtschaftlich günstigen Umfeld stattfindet. Umgekehrt werden nämlich Sparanstrengungen oft konterkariert, wenn diese in konjunkturelle Krisenzeiten fallen, da eine derartige wirtschaftliche Lage zwangsläufig zu höheren Defiziten führt und Sparmaßnahmen diese Entwicklung noch befördern. In diesem Falle droht eine Abwärts spirale in Gang gesetzt zu werden, die nur mehr schwer zu stoppen ist, wie derzeit z.B. in den Krisenländern Griechenland, Portugal oder Spanien beobachtbar. Bei der Budgetkonsolidierung verlassen sich allerdings die wenigsten Staaten lediglich auf die konjunkturelle Entwicklung. Zusätzlich werden derzeit »Sparpakete« mit dem Ziel, Defizite zu reduzieren, geschnürt.

Grundsätzlich kann Budgetkonsolidierung sowohl einnahmen- als auch ausgabenseitig erfolgen. Auf der Ausgabenseite kann der Staat in der öffentlichen Verwaltung, also bei Personal- oder Sachausgaben sparen, er kann einzelne Maßnahmen, Programme oder Leistungen kürzen oder ganz einstellen. Unter »Programmausgaben« fallen Ausgaben für Soziale Sicherheit, Bildung, Familie, Gesundheit, Wirtschaftsförderung, Verkehr usw. in Form von Geld- oder Sachleistungen. Oder der Staat kann auf der Einnahmenseite versuchen, Mittel zu erwirtschaften. Dies kann durch neue Steuern, Abgaben oder Gebühren bzw. deren Erhöhung passieren, aber auch durch Privatisierungen von staatseigenen Unternehmen oder Beteiligungen, was oft nur kurzfristig positive Effekte auf die Defizitsituation hat.

Alle diese Möglichkeiten der Budgetkonsolidierung treffen unterschiedliche Bevölkerungsgruppen unterschiedlich stark. Es ist daher auf den ersten Blick für Bürgerinnen und Bürger nur schwer festzustel-

len, ob Behauptungen wie etwa jene, dass »bei allen gleichermaßen« gespart wird, alle ihren »fairen Anteil« leisten oder die Regierung »bei sich selbst« spart, auch tatsächlich zutreffen. Äußerst selten gehen Regierungen oder auch Studien von inter- oder supranationalen Institutionen (EU, → OECD, → IWF) der Frage nach den Verteilungswirkungen von Sparmaßnahmen auf den Grund. Statt sich mit verteilungspolitischen Komplikationen von Konsolidierungsmaßnahmen auseinanderzusetzen, wird lieber lang und breit über vermeintliche »Sachzwänge« und den »Druck der Finanzmärkte« schwadroniert.

### **Wie wirkt staatliche Umverteilung?**

Für ausgebaute Wohlfahrtstaaten wie Deutschland oder Österreich gilt, dass vor allem das Sozialsystem von oben nach unten umverteilt und damit den sozial Schwächeren stärker zu Gute kommt. Die → Armutsrisikoquote für Deutschland betrug 2011 vor der Umverteilung durch den Staat 25,1% und verringerte sich durch Sozialleistungen auf 15,8%, für Österreich betrug sie 24,9% und sank durch Sozialleistungen auf 12,6% (Eurostat). Werden zusätzlich Pensionen als Sozialleistungen im engeren Sinn mitgezählt, dann ist der Umverteilungseffekt noch größer. Auch die Bereitstellung öffentlicher Infrastruktur (z.B. sozialer Wohnungsbau, öffentlicher Verkehr) und eines öffentlichen Gesundheitswesens kommt einkommensschwächeren Gruppen mehr zu Gute, solange der freie Zugang für alle Bevölkerungsgruppen gleich gegeben ist. Dies ist aber nicht immer der Fall. So profitieren Kinder aus einkommensschwachen Haushalten von einem öffentlichen Bildungssystem natürlich mehr als von einem privat organisierten. Allerdings zeigt sich, dass auch in einem öffentlichen Bildungswesen Kinder aus ärmeren Familien weniger oft höhere Bildungseinrichtungen in Anspruch nehmen.

Ein weiteres positives Umverteilungsmerkmal von ausgebauten Wohlfahrtstaaten ist, dass sie durch die Bereitstellung von Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen die unbezahlte, in der Regel von Frauen geleistete Versorgungsarbeit reduzieren. Hiervon profitieren (vorwiegend) Frauen doppelt: Unbezahlte Arbeit wird bezahlt, und damit wird Beschäftigung geschaffen sowie Einkommen generiert. Der Wegfall bzw. die Reduktion der Betreuungstätigkeit ermöglicht wiederum Frauen, eine (bezahlte) Beschäftigung anzunehmen bzw. die Erwerbsarbeitszeit zu erhöhen.

Der Staat ist auch einer der größten Arbeitgeber des Landes und sorgt für eine gerechtere Verteilung der Primäreinkommen, als die Privatwirtschaft es tut. Die Durchschnittseinkommen von Frauen im öf-

fentlichen Sektor sind in fast allen EU-Staaten höher und die Einkommensunterschiede geringer als im privaten Bereich.

Auf der Einnahmenseite können Steuern und Abgaben gegenläufige Verteilungswirkungen haben. In der Regel wird zwischen direkten und indirekten Steuern unterschieden:

Direkte Steuern, zu denen die Lohn- und Einkommensteuer zählt, setzen bei Personen oder Haushaltseinkommen an und sind in vielen Ländern progressiv gestaltet, d.h. sie erhöhen sich mit steigendem Einkommen. Dies entspricht dem Leistungsfähigkeitsprinzip der Besteuerung. Die Steuerlehre sieht es auch als Prinzip an, dass alle Einkommens- und Vermögensvorteile, die in einer Periode einer Person oder einem Haushalt erwachsen, nach denselben Regeln besteuert werden sollten. Vielfach wurden aber in den letzten Jahrzehnten Kapitaleinkommen aus Zinserträgen, Dividenden oder Spekulationen der progressiven Besteuerung entzogen und mit fixen Steuersätzen abgegolten. Die progressive Steuerwirkung wurde damit für viele Besserverdienende, die häufiger Einkommen aus Kapital erzielen, abgemildert, während sie vor allem für mittlere Einkommen stieg. Auch wurde für Kapitalgesellschaften die Besteuerung in vielen Ländern gesenkt. Dies führte dazu, dass der Faktor Arbeit immer höher besteuert wurde, während die Belastung des Faktors Kapital sank.

Beiträge zur Sozialversicherung wie zur Rente/Pensionsversicherung, Arbeitslosenversicherung oder Krankenkasse sind in Deutschland und Österreich nach oben begrenzt. Für höhere Einkommen sinkt somit die durchschnittliche Belastung. Sie wirken damit leicht regressiv bezogen auf das Einkommen und schwächen die Progressivität der Einkommensteuer ab – sie schränken also die Umverteilung von oben nach unten ein.

Indirekte Steuern, zu denen Verbrauchsabgaben wie die Umsatzsteuer und Mineralölsteuer zählen, besteuern Waren und Dienstleistungen mit einem verhältnismäßigen (proportionalen) Satz oder einer fixen Summe. Verbrauchssteuern belasten entsprechend Personen mit höheren Einkommen weniger stark als jene mit niedrigen Einkommen. Diese müssen einen höheren Anteil ihres verfügbaren Einkommens für »Konsum« und damit verbundene »Konsumsteuern« aufwenden. Indirekte Steuern und Abgaben wirken damit regressiv und belasten vor allem die unteren Einkommensgruppen unverhältnismäßig stark.

Bleiben schließlich noch die Bestandssteuern: Diese setzen an Grund und Boden, Kapitalstock, Stiftungs- oder Gesamtvermögen an. Im Vergleich zu den anderen Steuerarten leisten sie nur einen kleinen Beitrag zum Steueraufkommen. Vermögensbezogene Steuern machen in

Österreich bei einer → Abgabenquote von rund 42% gerade einmal 0,5% des BIP aus, in Deutschland sind es 0,8% von 38%.

Wie wirkt nun das Steuersystem insgesamt? Wer trägt die Hauptlast? Wer zahlt? Zwei Drittel des Abgabenaufkommens in Österreich kommen aus der Lohnsteuer, aus Verbrauchsabgaben und den Sozialversicherungsbeiträgen, lediglich ein Drittel aus allen »anderen« Steuern zusammen (u.a. Unternehmenssteuern). Die ArbeitnehmerInnen finanzieren damit den überwiegenden Teil des Wohlfahrtsstaats durch eine vergleichsweise hohe steuerliche Belastung ihrer Einkommen, des Verbrauchs und die Beiträge zur Sozialversicherung. Es profitieren aber auch Vermögende vom System, die versuchen, sich durch Steuerflucht der Abgabepflicht zu entziehen. Für das »Kapital« gibt es zudem jede Menge legale Steuerbegünstigungen bzw. -umgehungsmöglichkeiten. In einer groß angelegten Studie hat das internationale *Tax Justice Network* erhoben, dass etwa 10% des weltweiten privaten Vermögens von 231 Billionen US-Dollar in Steueroasen liegen. Sie errechneten allein durch die un versteuerten Vermögenszuwächse einen globalen Steuerausfall von 190 Milliarden US-Dollar jährlich.

Einnahmenseitig verteilt der Staat nicht von Reich zu Arm um – in dem Sinn, dass die »Reichen« einen entsprechend hohen Anteil an Steuern leisten. Die Hauptsteuerlast trägt die »arbeitende« Bevölkerung, die Beiträge aus Gewinn- und Kapitaleinkommen aus Besitz und Vermögen sind dagegen unverhältnismäßig gering.

### **Verteilungswirkungen von Budgetkonsolidierungsmaßnahmen im Rahmen der Finanz- und Wirtschaftskrise**

Anhand von 26 → OECD Staaten kann ein Überblick über Umfang und Zusammensetzung erfolgter und beschlossener Sparmaßnahmen für die Jahre 2009 bis 2015 (Österreich bis 2016) gegeben werden. Im OECD-Durchschnitt wurden für diesen Zeitraum Sparpakete im Ausmaß von rund 6% des BIP geschnürt.

In Griechenland, Irland, Portugal, Ungarn, Spanien, Großbritannien, Tschechien, Italien, der Slowakei und Slowenien sind überdurchschnittlich hohe Konsolidierungsmaßnahmen geplant oder bereits durchgeführt worden. Griechenland hat mit über 18% des BIP das größte Konsolidierungspaket beschlossen, gefolgt von Irland und Portugal. Am anderen Ende der Skala liegen Norwegen, das keinerlei Konsolidierung geplant hat, sowie Schweden, die Schweiz und Kanada mit Maßnahmen, die unter einem Prozentpunkt liegen. Deutschland und Österreich liegen mit 4% bzw. ca. 3,5% ebenfalls deutlich unter dem → OECD-Schnitt.

Staaten, die besonders schwer von der Finanz- und Wirtschaftskrise getroffen wurden, schnür(t)en damit die umfassendsten Sparpakete, obwohl sie die Krise großteils noch nicht überwunden haben. Diese prozyklische Budgetpolitik hat offenkundig negative Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum und verschärft die Krise. Besonders umfangreiche Sparpakete, so bestätigt der → Internationale Währungsfonds in seinen neuesten Arbeiten, haben in einem negativen konjunkturellen Umfeld enorm hohe negative → Multiplikatorwirkungen (IWF 2012): So haben nicht nur die Einzelmaßnahmen von Sparpaketen Verteilungswirkungen, sondern auch der gewählte Zeitpunkt und das Volumen von Konsolidierungsmaßnahmen, weil sie die Lebensbedingungen der Bevölkerung deutlich und nachhaltig beeinträchtigen können. Die → Fiskalpolitik hat damit auch eine beträchtliche Verteilungswirkung, je nachdem, woran sich ihre Politik orientiert. Richtet sie sich, wie in den letzten Jahren, an der Wahrung des »Vertrauens der Märkte« aus, dann schützt sie die Interessen der KapitaleigentümerInnen und Vermögenden. Damit nimmt sie aber auch in Kauf, dass die von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen negativ von den Reformen betroffen sind. Seit Beginn der Finanzkrise Ende 2007 ist die Gesamtzahl der Arbeitslosen in der EU um zehn Millionen gestiegen, die der jugendlichen Arbeitslosen um fast drei Millionen. Zumindest ein Drittel des Anstiegs der Arbeitslosigkeit dürfte auf die gnadenlose Sparpolitik zurückzuführen sein. Dabei hat sich der Wohlfahrtsstaat zuvor als zentraler Stabilisator in der Krise herausgestellt. Die → automatischen Stabilisatoren waren ein wesentlicher Faktor dafür, dass die Wirtschaftseinbrüche abgemildert werden konnten, was Untersuchungen u.a. von der → OECD (2012b) und andere Studien zur Wirkung des Sozialstaats in der Krise (Eichhorst et al. 2010) belegen. Die umverteilende Wirkung von Sozialleistungen hat den privaten Konsum und die Nachfrage gestützt und damit den Einbrüchen bei den Exporten entgegengewirkt. Damit hat der Wohlfahrtsstaat neben seiner konjunkturstabilisierenden auch eine positive umverteilende Wirkung in Bezug auf Krisenkosten. Er wirkt präventiv und mildert sie ab. Völlig kompensieren kann er sie nicht, zumal der Anstieg von Staatsausgaben in vielen Staaten zu Einsparungen geführt hat und diese wiederum breite Bevölkerungsteile treffen.

### **Verteilungswirkung von Sparmaßnahmen**

Im → OECD-Durchschnitt der Konsolidierungspläne von 2009 bis 2015 entfallen zwei Drittel der Maßnahmen auf Ausgabenkürzungen und ein Drittel auf Erhöhungen der Einnahmen. Länder mit geringem

Konsolidierungsvolumen setzen stärker (mindestens 80%) auf Ausgabenkürzungen (Ausnahmen sind Ungarn und Slowenien). Irland, die Slowakei, Spanien, Island, Großbritannien, Deutschland und Österreich setzen überwiegend (zwischen 65%-80%) auf Ausgabenkürzungen. Griechenland, Portugal, Belgien, Italien und Polen setzen auf einen 50:50-Mix zwischen Ausgabenkürzungen und Einnahmenerhöhungen.

Die größte Ausgabenkategorie in den Staaten waren (2007-2010) Sozialschutzmaßnahmen, gefolgt von Gesundheits- und Bildungsausgaben. Danach folgten Wirtschaftsangelegenheiten und der öffentliche Dienst. Zinsausgaben machten im OECD-Schnitt nur 5% der Ausgaben aus. 81% der genannten OECD Staaten planen Maßnahmen zur Reduktion der öffentlichen Verwaltung oder haben sie bereits realisiert. Besonders stark ausgeprägt sind Lohnkürzungen in Staaten unter Überwachung der → Troika oder mit Refinanzierungsschwierigkeiten. Aber auch Maßnahmen zur Verkleinerung des öffentlichen Sektors werden in manchen Staaten besonders radikal vollzogen. 710.000 Stellen sollen in Großbritannien bis 2016/17 im öffentlichen Dienst abgebaut werden, in Frankreich bis 2013 150.000 Arbeitsplätze, 25.000 mittelfristig in Irland, in Spanien von 2011-2013 7% der öffentlich Bediensteten.

Der überwiegende Teil der Ausgabenkürzungen fällt aber auf Programmmaßnahmen. Am häufigsten wird bei Sozialleistungen, Gesundheit, Pensionen und Infrastruktur gespart.

Die weitgehende Ausblendung von Agrar- und Energiesubventionen als Einsparungspotenziale findet selbst die OECD bemerkenswert, weil es damit anhaltend »beträchtliche Subventionen für die Landwirtschaft und Energie« in zahlreichen Staaten gibt (OECD 2012: 53). Bemerkenswert ist zusätzlich, dass auch Programme zur Wirtschaftsförderung kaum von Kürzungen betroffen sind.

Wie sind nun die Ausgabekürzungen hinsichtlich ihrer Verteilungswirkung zu beurteilen? Auch wenn einzelne Maßnahmen bezüglich ihrer Wirkungen konkret analysiert werden müssen, kann durchaus festgehalten werden, dass auf Grund der nachweislich positiven Verteilungswirkung der Sozial- und Gesundheitsleistungen sowie des öffentlichen Pensionensystems im Falle von Ausgabenkürzungen in diesen Bereichen von einer negativen Umverteilungswirkung mit entsprechend schwerwiegenden Folgen für ökonomisch schwächere Bevölkerungsgruppen auszugehen ist, insbesondere bei größeren Einsparungsvolumina. Dies wird auch durch zahlreiche Länderstudien bestätigt.

## **Genderaspekte von Ausgabenkürzungen**

Kürzungen auf der Ausgabenseite treffen tendenziell Frauen auf Grund ihrer wirtschaftlich schwächeren Situation härter. Sie beziehen niedrigere Einkommen und kompensieren Ressourcenmangel, der in der Familie entsteht, häufiger mit unbezahlter Arbeit. Die Analyse der britischen Women's Budget Group für die Sparpläne im Jahr 2011 und Folgejahre (WBG 2011) zeigt, dass Frauen in Großbritannien 72% der Änderungen im Steuerwesen und Ausgabenkürzungen, die 2010 eingeführt wurden und auch in den nächsten Jahren nicht geändert werden sollen, »zahlen« (WBG 2011). Auch in Irland wurden alleinlebende, alleinerziehende und ältere Frauen als besonders betroffen von der Wirtschaftskrise und der Budgetkürzungen identifiziert. Es wurde ein überproportionaler Einkommensrückgang prognostiziert, mit starken Kürzungen von wohlfahrtstaatlichen Leistungen (NWCI 2011).

Auch wenn es für viele Staaten keine genderspezifischen Auswertungen gibt, ähneln sich die getroffenen Konsolidierungsmaßnahmen, wie der bereits angeführte OECD-Überblick zeigt. Im Finanzmarktsektor erhöhten nur wenige Staaten die Einnahmen, als besonders »tough« gilt, wenn der Staat im Personalbereich spart.

Frauen sind aber besonders stark von den Kürzungen im öffentlichen Dienst betroffen. Der Staat ist gerade für Frauen ein wichtiger Arbeitgeber, der auch höhere Löhne als im Privatsektor anbietet. Gleichzeitig ist die Lohndiskriminierung im öffentlichen Sektor deutlich schwächer ausgeprägt, die Aufstiegschancen dagegen sind deutlich höher als im privaten Sektor. Da Frauen im EU-Schnitt niedrigere Einkommen haben, einer höheren Armutsgefährdung unterliegen und einen Großteil der unbezahlten Arbeit erledigen, profitieren sie stärker von ausgebauten Sozialstaaten. Damit ist von einer erhöhten Betroffenheit durch die geschnürten Sparpakete auszugehen.

## **Verteilungswirkungen von Einnahmenerhöhungen**

Beträchtliche Steuererhöhungen in den Jahren 2009 bis 2015 sehen vor allem Staaten vor, in denen großer Konsolidierungsbedarf besteht (Irland, Portugal, Island oder Griechenland). Die am häufigsten genannte einnahmeseitige Maßnahme ist die Erhöhung von Konsumsteuern, die in 75% aller Staaten vorgesehen ist bzw. bereits realisiert wurde. Die Erhöhung der Verbrauchssteuern ist dabei in vielen Staaten auch die größte geplante oder realisierte steuerliche Maßnahme. 65% der Staaten sehen Erhöhungen der Einkommensteuer vor, viele erhöhen im Gleichklang dazu auch die Körperschaftsteuer. Maßnahmen im Bereich der Vermögensbesteuerung wurden bisher nur in einem Drit-

tel der OECD-Staaten beschlossen. Die Besteuerung des Finanzsektors wird gar nur von rund einem Viertel der Staaten als Maßnahme genannt. Durch die Eurokrise hat die Politik der Privatisierung öffentlichen Eigentums in den Krisenstaaten einen neuen Schub erfahren. Griechenland ist hier Spitzenreiter und plant Privatisierungen im Wert von 50 Mrd. Euro. Erfolgte Privatisierungen gingen bislang mit massivem Beschäftigungsabbau einher und es wird generell eine Erhöhung der Strom- und Wasserpreise erwartet. Die stärkere Belastung der Bevölkerung mit höheren Konsumsteuern und die Privatisierungen von Elektrizitätsversorgungsunternehmen, der Wasserversorgung und des öffentlichen Verkehrs sind verteilungspolitisch eindeutig negativ zu beurteilen. Sie treffen einkommensschwache Haushalte viel stärker als Besserverdienende. Positiv hingegen sind Vermögensteuern und eine stärkere Progression bei Einkommensteuern zu bewerten. Wobei es natürlich eine genauere Analyse der Ausgestaltung der Einkommenssteuererhöhung in den einzelnen Ländern braucht, um die tatsächliche Verteilungswirkung der Maßnahme beurteilen zu können.

Zentral wird es sein, ob es gelingt, den Finanzsektor zu besteuern und Steueroasen zu schließen, da damit den Reichen ein Beitrag zur Budgetkonsolidierung abverlangt werden könnte. Leider deuten die bisherigen Reformen in eine andere Richtung.

### **Gesamtwirkung der Budgetkonsolidierungen**

Da die Sparpakete im OECD-Durchschnitt zu zwei Dritteln ausgabenseitig und hier schwerpunktmäßig bei Sozialausgaben (Sozialleistungen, Gesundheit, Pensionen) ansetzen und einnahmenseitig am stärksten bei Konsumsteuern, ist in der Gesamtsicht eine negative Verteilungswirkung der Sparpakete zu konstatieren. Die negativsten Verteilungswirkungen mit besonders tiefen Einschnitten in soziale Leistungen und Belastungen für breiteste Bevölkerungsschichten sind dabei in jenen Staaten zu beobachten, die von der Finanz- und Wirtschaftskrise am stärksten betroffen sind. Ohne Stopp dieses massiven Sozialabbaus wird die Armut in diesen Staaten explodieren. Aus geschlechterspezifischer Sicht ist gleichzeitig davon auszugehen, dass insbesondere in diesen Staaten »unbezahlte«, informelle Frauenarbeit stark ansteigen wird, da nicht zuletzt der öffentliche Sektor als attraktiver Arbeitgeber – gerade für Frauen –, aber auch als sozialer Dienstleister massiv zurückgebaut wird. Die Krise führt also zu einem Anstieg der Ungleichheit. Umso wichtiger ist es, eine stärkere Verteilungsgerechtigkeit im Steuersystem einzufordern. Dazu muss das Steuersystem progressiv wirken. Um dies zu erreichen, ist es wichtig, Kapital stärker zu besteuern.

ern und den Anteil des Aufkommens der vermögensbezogenen Steuern deutlich zu erhöhen. Dazu müssen Steuerschlupflöcher und Steueroasen geschlossen werden. Elf EU-Mitgliedstaaten haben Ende 2012 im Rahmen der »Verstärkten Zusammenarbeit« beschlossen, eine Finanztransaktionssteuer einzuführen, die beträchtliche Erträge erbringen könnte. Dies kann aber nur ein Anfang sein.

## Literatur

- Busch, Klaus/Hermann, Christoph/Hinrichs, Karl/Schulten, Thorsten (2012): Eurokrise, Austeritätsmodell und das Europäische Sozialmodell – wie die Krisenpolitik in Südeuropa die soziale Dimension der EU bedroht, FES-Studie, Berlin, <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/09444.pdf> (Zugriff 27.3.2013).
- Eichhorst, Werner/Dolls, Mathias/Marx, Paul/Peichl, Andreas, et al. (2010): The Role of Social Protection as an Economic Stabiliser: Lessons from the Current Crisis, IZA Research Reports 31, Institute for the Study of Labor (IZA), [http://www.iza.org/en/webcontent/publications/reports/report\\_pdfs/iza\\_report\\_31.pdf](http://www.iza.org/en/webcontent/publications/reports/report_pdfs/iza_report_31.pdf) (Zugriff 27.3.2013).
- Eurostat: Armutsgefährdung: [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/income\\_social\\_inclusion\\_living\\_conditions/data/main\\_tables](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/income_social_inclusion_living_conditions/data/main_tables) (Zugriff: 7 April 2013).
- IMF (2012): Growth Forecast Errors and Fiscal Multipliers, IMF Working Paper by Olivier Blanchard and David Leigh, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2013/wp1301.pdf> (Zugriff: 7 April 2013).
- National Women's Council of Ireland (NWCI) (2011): Annual report, [http://www.nwci.ie/download/pdf/final\\_annual\\_report\\_2011\\_2.pdf](http://www.nwci.ie/download/pdf/final_annual_report_2011_2.pdf).
- OECD (2012): Restoring public finances, 2012 Update. OECD Publishing, [http://www.keepeek.com/Digital-Asset-Management/oecd/governance/restoring-public-finances-2012-update\\_9789264179455-en](http://www.keepeek.com/Digital-Asset-Management/oecd/governance/restoring-public-finances-2012-update_9789264179455-en) (Zugriff: 7 April 2013).
- OECD (2012b), Economic Policy Reforms 2012: Going for Growth, OECD Publishing, [http://www.keepeek.com/Digital-Asset-Management/oecd/economics/economic-policy-reforms-2012\\_growth-2012-en](http://www.keepeek.com/Digital-Asset-Management/oecd/economics/economic-policy-reforms-2012_growth-2012-en) (Zugriff: 7 April 2013).
- Tax Justice Network (2012): The Price of Offshore Revisited. New Estimates for »missing« Global Private Wealth, Income, Inequality, and Lost Taxes, [http://www.taxjustice.net/cms/upload/pdf/Price\\_of\\_Offshore\\_Revisited\\_120722.pdf](http://www.taxjustice.net/cms/upload/pdf/Price_of_Offshore_Revisited_120722.pdf) (Zugriff: 7 April 2013).
- Women's Budget Group (WBG) (2011): The Impact on Women of the Budget 2011, [http://www.wbg.org.uk/index\\_7\\_282363355.pdf](http://www.wbg.org.uk/index_7_282363355.pdf) (Zugriff: 15. April 2013)
- Women's Resource Centre (WRC) (2011): Women and The Cuts, <http://thewomensresourcecentre.org.uk/wp-content/uploads/women-and-the-cuts.pdf> (Zugriff: 15. April 2013)



# »Sparen am Klima kostet nichts«



*»In finanziell schwierigen Zeiten muss überall gespart werden. Investitionen in den Klimaschutz bieten sich als Sparziel an, da Kürzungen beim Klimaschutz keine Kosten verursachen. Denn Umweltschutz ist ein Luxusgut, auf das in Krisenzeiten verzichtet werden kann.«*

## **Wie viel kostet der Klimawandel?**

Laut Berechnungen des ehemaligen Weltbank-Chefökonomens Nicolas Stern würden Investitionen zur Begrenzung des Klimawandels jährlich etwa 1% der globalen Wirtschaftsleistung kosten.

Unter Begrenzung des Klimawandels wird dabei im Allgemeinen das Ziel verstanden, die Erhöhung der globalen Durchschnittstemperatur unter 2 Grad Celsius zu halten. Da aber insbesondere aufgrund verschiedener Rückkoppelungseffekte unklar ist, welche Konzentration an Treibhausgasen in der Atmosphäre mit welcher Temperaturerhöhung (man spricht hierbei auch von Klimasensitivität) einhergeht, beziehen sich solche Berechnungen meist auf eine bestimmte Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre und nicht auf eine bestimmte Temperaturerhöhung. Die Kosten von 1% der Weltwirtschaftsleistung wurden dabei mit dem Ziel, die Konzentration an Treibhausgasen in der Atmosphäre auf 500- 550 ppm (parts per million) an CO<sub>2</sub>-Äquivalenten in der Atmosphäre zu begrenzen, errechnet, wobei viele WissenschaftlerInnen davon ausgehen, dass zur Erreichung des 2-Grad-Celsius-Ziels noch größere Anstrengungen notwendig wären.

Die wesentliche Annahme hinter den Berechnungen ist, dass weltweit die effizientesten Möglichkeiten zur Treibhausgasreduktion gewählt werden. Wäre das nicht der Fall, wären die Kosten zur Begrenzung des Klimawandels deutlich höher. Je nachdem, welche Annahmen über die technische Entwicklung klimafreundlicher Technologien getroffen werden, können die errechneten Kosten natürlich auch geringer oder höher ausfallen.

Auf den ersten Blick mag 1% der Wirtschaftsleistung nach einer gewaltigen Summe klingen; sinnvolle Aussagen darüber, ob das viel oder wenig ist, können aber erst getroffen werden, wenn dieser Betrag den Kosten der Schäden bzw. den Anpassungskosten an ein verändertes Klima gegenübergestellt wird. Daher müssen wir uns die Frage stellen, was passieren würde, wenn wir nichts zur Verlangsamung des Klimawandels unternehmen würden. Im Folgenden konzentrieren wir uns insbesondere auf die monetären Auswirkungen. Trotzdem soll nicht

vergessen werden, dass der Klimawandel auch viele negative Folgen verursacht, deren Kosten kaum sinnvoll monetär bewertet werden können, wie z.B. das Aussterben von Tier- und Pflanzenarten.

Die Landwirtschaft ist der vom Klimawandel am stärksten betroffene Wirtschaftssektor. In nördlichen Regionen könnten die Ernteerträge bei einem schwachen Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur (2-3°C) sogar leicht steigen, bei einem darüber hinausgehenden Klimawandel (auf den wir derzeit vermutlich hinsteuern) würden aber selbst in nördlichen Gegenden die Agrarerträge wieder zu sinken beginnen. Vor allem in Afrika könnten fallende Ernteerträge für hunderte Millionen Menschen Hunger bedeuten.

Besonders problematisch wären zunehmende Extremwetterereignisse in Folge des Klimawandels. Hurrikane und Taifune wären sowohl deutlich häufiger als auch stärker, was beides auch zu finanziellen Schäden führen würde. In Europa könnten Hitzeperioden, wie die von 2003, bei der 35.000 Menschen starben, bis 2050 zur Normalität werden. Besonders stark würden sich Städte aufheizen; in Österreich wäre Wien besonders betroffen. Alleine die Kosten zunehmender Wetterextreme könnten bereits in der Mitte dieses Jahrhunderts bei 0,5-1% des weltweiten BIP liegen.

Hinzu kommen noch steigende Meeresspiegel, die nicht nur kleine Inselstaaten, sondern auch, insbesondere in Südostasien, Küstenregionen und Millionenstädte wie New York, London oder Tokyo bedrohen würden. Auch dies verursacht natürlich gewaltige Kosten.

Schmelzende Gletscher würden einerseits das Überflutungsrisiko in Regenzeiten erhöhen und andererseits die Wasserversorgung für viele Menschen in Trockenzeiten deutlich reduzieren. Im Alpenraum, der von den klimatischen Veränderungen besonders betroffen ist, bedeuten auftauende Berghänge und schmelzende Gletscher eine erhöhte Gefahr von Erdbeben. Außerdem gefährden sie den Wintertourismus im Alpenraum.

Eine Ausbreitung von tropischen Krankheiten, wie der Malaria, würde nicht nur vermehrtes Leid, sondern auch Kosten für das Gesundheitssystem bedeuten.

Rechnet man alle Kosten, die der ungebremste Klimawandel verursachen würde, zusammen, so ergibt dies laut dem Ökonomen Nicolas Stern jährliche Kosten von zumindest 5% der weltweiten Wirtschaftsleistung.

Neben den finanziellen Folgen des Klimawandels müssen wir aber auch bedenken, dass unterlassene Klimaschutzinvestitionen auch anderweitig Kosten verursachen. So bedeuten geringere Investitionen in

den klimafreundlichen öffentlichen Verkehr eben auch eine Einschränkung der Mobilität vieler BürgerInnen, wovon Ärmere besonders stark betroffen sind. Weniger Investitionen in erneuerbare Energien bedeuten auch, dass mehr Geld für Importe von fossilen Brennstoffen ausgegeben werden muss, und mangelnde Dämmmaßnahmen an Gebäuden führen dazu, dass mehr Menschen frieren müssen.

Klimaschutzmaßnahmen, die helfen könnten, diese negativen Folgen zu vermeiden, würden wie erwähnt nur ca. 1% der weltweiten Wirtschaftsleistung kosten. Auch wenn man über einzelne Zahlen immer gut diskutieren kann, sind sich doch die meisten UmweltökonomInnen darin einig, dass es global betrachtet deutlich billiger ist, in den Klimaschutz zu investieren, als nichts zu tun und einfach abzuwarten, was passiert.

### **Warum wird dann nicht mehr Geld in den Klimaschutz investiert?**

Angesichts dieser Fakten kann man sich fragen, warum dann nicht mehr in den Klimaschutz investiert und damit Geld gespart wird. Dafür dürften insbesondere drei Faktoren ausschlaggebend sein.

Erstens ist die derzeitige investitionsfeindliche → Austeritätspolitik vieler Staaten zu nennen. Damit wird auf sinnvolle Investitionen, die sich mittel- oder langfristig rechnen würden, verzichtet, um kurzfristige Sparziele zu erreichen (siehe auch »Schulden kann man nicht mit noch mehr Schulden bekämpfen«, S. 29ff.). Investitionen in den Klimaschutz, die heute getätigt werden, helfen schwer schätzbare Schäden zu vermeiden, die oft erst in einigen Jahrzehnten und teilweise sogar erst in Jahrhunderten auftreten würden.

Eine Schwierigkeit bei der Abschätzung der Kosten liegt nun darin, wie diese zukünftigen (durch den Klimaschutz vermeidbaren) Schäden eingerechnet werden sollten. Dazu ist es Standard, dass zukünftige Schäden nicht voll, sondern abgezinst berücksichtigt werden. Dies wird unter anderem damit erklärt, dass die meisten Menschen eine Präferenz dafür haben, Güter sofort zu konsumieren. Außerdem steht zukünftigen Schäden aufgrund des Wirtschaftswachstums ja auch ein höherer Gesamtwohlstand entgegen. In der erwähnten Studie von Nicolas Stern wurden zukünftige Schäden dabei stärker als in den meisten anderen Studien berücksichtigt (es wurde also deutlich weniger abgezinst). Aber auch wenn man mehr abzinsen würde, bliebe die grundlegende Aussage die gleiche: Investitionen, die jetzt in den Klimaschutz getätigt werden, sparen global betrachtet mittel- und langfristig Geld und vermeiden Schäden.

Der zweite Grund für die zu geringen Investitionen in den Klimaschutz ist ein klassisches Trittbrettfahrerproblem: Einzelne Haushalte, Unternehmen oder auch Länder alleine sind kaum in der Lage, das eigene Klima spürbar zu beeinflussen. Für jedeN einzelneN wäre es daher die beste Strategie, wenn alle anderen in den Klimaschutz investieren würden, während man selbst weniger bis nichts unternimmt: Dann kann etwa eine Person oder ein Staat, ohne sich in Form von zusätzlichen Investitionen finanziell zu beteiligen, davon profitieren, dass der Klimawandel verlangsamt wird. Wenn nun alle so handeln, passiert aber nichts.

In der Klimaschutzdebatte muss drittens auch beachtet werden, dass gerade die EinwohnerInnen in den ärmsten Staaten der Erde besonders stark von den Folgen des Klimawandels betroffen wären. Ein Grund dafür liegt darin, dass diese meist in Regionen liegen, wo die Durchschnittstemperatur bereits heute recht hoch ist. Hinzu kommt, dass ärmeren Staaten ein geringeres Budget zur Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen (z.B. Errichtung höherer Dämme) zur Verfügung steht. Außerdem ist der besonders betroffene Wirtschaftssektor Landwirtschaft gerade in armen Staaten von hoher Bedeutung.

Aufgrund der geringeren Mobilität und der kaum vorhandenen Möglichkeiten, individuelle Anpassungsmaßnahmen zu finanzieren, sind in allen Staaten sozial Schwächere von den Folgen des Klimawandels besonders stark betroffen. Dies ist besonders ungerecht, wenn man bedenkt, dass historisch betrachtet 75% aller Treibhausgasemissionen von den Industrieländern stammen. Damit ist auch das zweite Vorurteil (Klimaschutz ist ein Luxusgut) entkräftet. Während die Einkommensstärksten den Klimawandel überproportional stark verursachen, haben die Ärmsten besonders stark unter den Folgen des Klimawandels zu leiden. Wer am Klimawandel spart, entlastet damit gerade die Einkommensstärkeren und trifft die Ärmsten.

### **Wie kann in den Klimaschutz investiert werden?**

Doch das sind nicht die einzigen Gründe, weshalb in den Klimaschutz investiert werden sollte. Denn gerade in Zeiten mit steigender Arbeitslosigkeit sind Investitionsmöglichkeiten, die helfen könnten, neue Arbeitsplätze zu schaffen, sehr sinnvoll. So würden beispielsweise Investitionen in die thermische Sanierung von Gebäuden nicht nur tausende neue Jobs schaffen, sondern auch helfen, die Treibhausgasemissionen spürbar zu senken.

Eine weitere Möglichkeit, positive Beschäftigungseffekte mit dem Klimaschutz zu verbinden, liegt im Ausbau des öffentlichen Verkehrs

oder in der Förderung erneuerbarer Energien. Alle drei Maßnahmen würden darüber hinaus auch dabei helfen, die Importabhängigkeit Europas im Bereich der fossilen Energieträger zu reduzieren, und könnten so auch einen Beitrag zur Verbesserung der → Leistungsbilanz erbringen.

Eine solche nachhaltige Politik, die sowohl auf soziale als auch ökonomische und ökologische Ziele Rücksicht nimmt, könnte noch durch Arbeitszeitverkürzungen und verstärkte Umverteilung unterstützt werden. Denn Produktivitätsgewinne können entweder in Form einer Produktionsausweitung oder einer Arbeitszeitverkürzung konsumiert werden. Eine Arbeitszeitverkürzung bedeutet dabei einen geringeren Ressourcenverbrauch und weniger Treibhausgasemissionen. Hinzu kommt, dass mehr Freizeit auch Anreize für einen zeitintensiven, aber dafür energiesparenden Lebensstil setzt (z.B. Zeit, um zu Fuß zu gehen, statt mit dem PKW zu fahren). Starke Arbeitszeitverkürzungen stellen damit eine wichtige Umweltmaßnahme dar.

In Gesellschaften mit stark ungleich verteilten Einkommen versuchen viele Menschen durch lange Arbeitszeiten ihren Status in der Gesellschaft zu halten. Das Problem dabei ist aber, dass, wenn alle mehr arbeiten, niemand seinen sozialen Status verbessern kann. Die Umweltverschmutzung steigt aber natürlich trotzdem mit der infolge der langen Arbeitszeiten gestiegenen Produktion mit. Eine ungleiche Einkommensverteilung verhindert damit Arbeitszeitverkürzungen und trägt so nicht nur zu sozialen Problemen, sondern auch zu mehr Umweltverschmutzung bei.

Umverteilung hilft der Umwelt aber nicht nur, indem sie eine wesentliche Bedingung für Arbeitszeitverkürzungen darstellt, sondern sie hat auch noch einen zweiten positiven Effekt: Umweltfreundliches Verhalten ist letztlich oft eine Form des → Altruismus, da die positiven Auswirkungen teilweise auf der individuellen Ebene nicht spürbar sind. (Ob jemand mehr oder weniger Treibhausgasemissionen verursacht, ändert kurzfristig nichts an seinem oder ihrem Klima.) → Altruistische Verhaltensweisen sind aber in egalitäreren Gesellschaften deutlich häufiger, da diese als gerechter erlebt werden. Daher ist in Ländern mit einer egalitäreren Einkommensverteilung die politische Zustimmung zu Umweltschutzmaßnahmen größer.

## **Literatur**

Bowles, Samuel/Park, Yongjin (2005): Emulation, Inequality, and work hours: was Thorsten Veblen right?, in: *The Economic Journal*, 115 (November), F397-F412.

- Nordhaus, William (2007): A review of the Stern Review on the economics of climate change, in: *Journal of Economic Literature* 45: 606-782.
- Stern, Nicolas (Hrsg.) (2007): *The Economics of Climate Change: The Stern Review*, Cambridge University Press, New York.
- Sturn, Simon/van Treeck, Till (2010): Wachstumszwang durch Ungleichheit und Ungleichheit als Wachstumsbremse, in: *SPW* (2010) 2: 15-20.
- Wilkinson, Richard/Pickett, Kate (2010): *The impact of income inequalities on sustainable development in London*, a report for the London Sustainable Development Commission on behalf of the Equality Trust, London, <http://www.londonsdc.org/documents/The%20impact%20of%20income%20inequalities%20on%20sustainable%20development%20in%20London.pdf> (Zugriff: 27.3.2013).

# »Auch RentnerInnen müssen zur Haushaltssanierung beitragen!«



*»Die Alterung der Gesellschaft führt zu steigenden Altersaufwendungen. Diese setzen die ohnehin angespannten öffentlichen Haushalte weiter unter Druck. Durch die hohen Altersaufwendungen fehlen auch Budgetmittel für die Zukunftsbereiche. Da die Renten- bzw. Pensionsysteme<sup>1</sup> in Deutschland und Österreich ohnehin recht generös sind, ist die Sanierung der öffentlichen Haushalte durch deutlich verringerte Altersaufwendungen möglich.«*

Die vergangenen zwei Jahrzehnte standen im Zeichen von Renten- bzw. Pensionsreformen. Die in allen → OECD- und EU-Ländern durchgeführten Reformen verfolgten das Ziel der Leistungskürzungen in den gesetzlich verpflichtenden Systemen. Für den Rückbau dieser Systeme dienen zumindest folgende drei Argumentationslinien:

1. Demografische Argumente: Es müssen finanzielle Vorkehrungen getroffen bzw. Leistungskürzungen durchgeführt werden, damit die Altersaufwendungen gedämpft werden, die durch den wachsenden Anteil von Menschen im Alter von 65 und mehr Jahren entstehen.
2. Finanzierungs- und Wettbewerbsargumente: Die umlagefinanzierten Systeme (bei denen die aktuellen Renten- bzw. Pensionsbeiträge der Beschäftigten sofort auf die Altersleistungen umgelegt werden) mit der paritätischen Finanzierung durch ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen führen zu hohen Lohnkosten und damit zu Wettbewerbsnachteilen.
3. Finanzmarktargumente: Durch den Ausbau betrieblicher und privater Vorsorgeprodukte (beispielsweise der Riester-Rente in Deutschland und der Zukunftsvorsorge in Österreich) kann nicht nur die entstandene Leistungslücke in der gesetzlichen Rentenversicherung geschlossen werden, sondern es können auch die (propagierten) Vorteile der prosperierenden Kapitalmärkte für die Alterssicherung genutzt werden.

---

<sup>1</sup> Der Begriff »Pension« in Österreich entspricht dem Begriff der »Rente« in Deutschland. Das gesetzliche Pensionsversicherungssystem (Österreich) und die Gesetzliche Rentenversicherung (GRV) (Deutschland) umfasst jeweils die verpflichtende und gesetzlich geregelte Alterssicherung in den beiden Ländern.

Angesichts der negativen Erfahrungen mit kapitalgedeckten Systemen (so wurden bzw. werden beispielsweise in Ungarn und Argentinien die kapitalgedeckten Systeme wieder in umlagefinanzierte Systeme rückgeführt) oder der in der Riester-Rente eingeführten »dritten« Säule« der privaten Vorsorge (an der vor allem die Intransparenz der Kostenstruktur und die Nichtleistbarkeit dieser Vorsorge für Niedriglohnbeschäftigte kritisiert wird) sowie der Finanzmarktkrise treten in der gegenwärtigen Reformdiskussion die demografischen Argumente und in den Mitgliedsländern der Europäischen Union vor allem die budgetpolitisch motivierten Leistungskürzungsargumente wieder in den Vordergrund.

### **Alterung der Gesellschaft und Staatsschulden**

Die »Alterung der Gesellschaft« meint die Verschiebung der Alterszusammensetzung einer Bevölkerung bzw. den prognostizierten steigenden Anteil der über 65-jährigen Menschen an der Gesamtbevölkerung: Gemäß dem Europäischen Statistischen Zentralamt lag der Anteil der über 65-Jährigen in Deutschland 2008 bei 20,6% und steigt bis 2060 auf 32,8%, in Österreich von 17,6% bis 2060 auf 29,2%. Insgesamt sind demografische Projektionen mit großen Unsicherheiten behaftet. Allein zwischen 2008 und 2010 veränderte sich die Bevölkerungsvorausschätzung für Deutschland für das Jahr 2060 von geschätzten 70,8 Mio. auf 66,2 Mio. EinwohnerInnen. Innerhalb von zwei Jahren wurde also die Schätzung für das Jahr 2060 um 4 Mio. Menschen nach unten revidiert, die Altersstruktur wurde gleich gelassen. Ein konstanter Anteil der über 65-jährigen Bevölkerung im Jahr 2060 bezogen auf die genannten geschätzten zwei unterschiedlichen Bevölkerungsgrößen ergibt eine Differenz von rund 1,5 Mio. über 65-jährigen Menschen für Deutschland (2060).

In zahlreichen Arbeiten werden die Auswirkungen des steigenden Anteils der über 65-Jährigen und der tendenziell sinkende Anteil der Bevölkerung im Erwerbsalter (15-64) an der Gesamtbevölkerung auf zukünftige Aufwendungen der öffentlichen Hand simuliert (Ageing Report 2009 und 2012 etc.). Die geschätzten demografischen Verschiebungen werden in den meisten Berechnungen nicht als Rahmen für mögliche Entwicklungen der öffentlichen Haushalte, sondern vielmehr als Grund für höhere Altersaufwendungen gesehen: Steigt der Anteil der Älteren an der Bevölkerung, steigen quasi parallel dazu auch die Altersaufwendungen. Qualitative Aspekte bleiben unberücksichtigt: Haben die Älteren dann auch tatsächlich Zugang zu Altersleistungen? Wie hoch sind diese Leistungen? Sinkt durch eine schrumpfende Zahl

der Menschen im Erwerbsalter, also der 15-64-Jährigen, automatisch auch die Zahl der Beschäftigten? Oder hängt die Zahl der Beschäftigten nicht vielmehr von ökonomischen Gegebenheiten (Umfang und Art der wirtschaftlichen Produktion, Arbeitsteilung, Produktivität etc.) ab? Bedeuten steigende Beschäftigungsquoten auch tatsächlich steigende Renten- bzw. Pensionsbeiträge? Wie entwickeln sich die zukünftigen Löhne in einem Land? Durch die Ausblendung dieser nur knapp skizzierten ökonomischen Zusammenhänge und Wechselwirkungen gewinnen demografische Bilder (auf dem Kopf stehende Bevölkerungspyramide) an Macht. Sie können somit als Motivation und Rechtfertigung für weitere Renten- und Pensionsreformen, genauer Kürzungen eingesetzt werden. Gleichzeitig bleibt mit diesem demografielastigen Zugang die ökonomische und sozialpolitische Gestaltbarkeit der Alterssicherungssysteme ausgeblendet. Und da demografische Entwicklungen (Fertilität, Migration und Lebenserwartung) nur teilweise direkt politisch beeinflussbar sind, ist dieser Zugang politisch sehr bequem.

### **Welche Altersleistungen können wir aus heutiger Sicht erwarten?**

Die Renten- bzw. Pensionsreformen der letzten zwei Jahrzehnte mit dem Ziel der Ausgabendämpfung kommen voll zum Tragen: In Zukunft wird die Durchschnittspension deutlich langsamer wachsen als das Durchschnittseinkommen, wobei in den Langfristsimulationen für die kommenden Jahrzehnte ein deutlich geringeres Lohnwachstum angenommen wird als in den vergangenen Jahrzehnten. In den Mitgliedsländern der EU sinkt die relative Höhe der Pensionen und Renten gegenüber Einkommen aus aktiver Beschäftigung bis 2060 um fast ein Fünftel, die einzige Ausnahme war bis zuletzt zumindest Zypern (European Commission 2012). Besonders in Ländern, die einen Umstieg auf ein Drei-Säulen-Modell<sup>2</sup> (Estland, Polen, Slowakei) beschlossen haben, fallen die Pensionen/Renten noch deutlicher zurück. Die Reformen der Alterssicherungssysteme führen dazu, dass zukünftige PensionistInnen bzw. RentnerInnen mit gleichen Beschäftigungsverläufen wie ihre Vorfahren einen geringeren Anteil ihres Lebenseinkommens als Alterseinkommen beziehen werden.

---

<sup>2</sup> In diesem Modell kommen die Alterstransfers neben der umlagefinanzierten ersten Säule auch aus kapitalfinanzierten, meist freiwilligen betrieblichen und privaten Altersvorsorgeprodukten.

Kapitalgedeckte Säulen der Alterssicherung bieten hier keine Lösung des Problems: Sie sind zum einen mit hohen Kosten und Gebühren für die SparerInnen verbunden. Ihr »Versprechen« einer hohen Zusatzleistung bei geringen Beiträgen konnten sie schon vor der Finanzmarktkrise nicht annähernd halten.

Zum anderen hängt die Fähigkeit zur Privatvorsorge vom laufenden Einkommen ab: Die Zunahme der atypischen Beschäftigungsformen, die Zunahme der Arbeitslosigkeit und der steigende Anteil von Niedriglohnbeschäftigten bedeuten für einen größer werdenden Teil der Menschen bereits im Erwerbsalter eine steigende Armutsgefährdung. Sie sind ökonomisch auch nicht in der Lage, Ersparnisse zu bilden. In Deutschland ist aus den genannten Gründen bereits ein knappes Fünftel der Riester-Verträge ruhend gestellt. Darüber hinaus entwickeln sich die Renditen der kapitalmarktfinanzierten Vorsorgeprodukte bei weitem nicht in den versprochenen Höhen, die Versicherungsbranche fordert derzeit sogar die Streichung des »Garantiezinses« (versprochene Mindestrendite).

Die in den vergangenen Jahrzehnten durchgeführten Reformen manifestieren einen Systemwechsel: Im 20. Jahrhundert war das Ziel der gesetzlichen Systeme die Sicherung des Lebensstandards der Bevölkerung. Mittlerweile dominiert das Ziel der Beitragsorientierung (die geleisteten Renten- bzw. Pensionsbeiträge bestimmen die Renten/Pensionshöhe), geringe Einkommen führen zu Niedrigstepensionen. Jetzt also ernten wir die ersten Reform-Früchte: Wir haben eine steigende ökonomische und soziale Ungleichheit in allen europäischen Ländern, eine steigende Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung und eine wieder steigende Altersarmut.

### **Ansatzpunkte für nachhaltige und hochwertige Renten- bzw. Pensionssysteme**

Ist eine hochwertige und nachhaltige Alterssicherung sowie Armutsvermeidung das Ziel der Alterssicherungssysteme, brauchen wir jedenfalls eine strukturelle Neuausrichtung vieler Bereiche. Die politischen AkteureInnen wie die Europäische Union oder die nationalstaatlichen Politiken agieren hier mehrdeutig: Die Generaldirektion (GD) für Beschäftigung und soziale Eingliederung hielt schon im Jahr 2010 (vgl. Europäische Kommission 2010) fest, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise die Budgetkonsolidierungsmaßnahmen (und damit auch die leistungssenkenden Rentenreformen) der letzten 20 Jahre zunichtemachte. Sie setzt sich im Rahmen der Europa-2020-Strategie (dieses Wirtschaftsprogramm der EU für den Zeitraum von 2010 bis 2020 ist

das Nachfolgeprogramm der Lissabon-Strategie, welche von 2000 bis 2010 galt) für die Reduktion der Armut und sozialen Ausgrenzung in Europa ein. Die GD für Wirtschaft und Finanzen (DG-ECFIN) forciert hingegen weitere strukturelle Maßnahmen zur Senkung der Staatsverschuldungen und adressiert damit auch die Alterssicherungssysteme. Von politischer Seite wird argumentiert, dass nur mit Hilfe von heutigen Pensionskürzungen zukünftige weitere Kürzungen der Pensionen verhindern werden können.

Pensionskürzungen spielen daher eine zentrale Rolle in Sparprogrammen zur Schuldenreduktion auf Länderebene. Darüber hinaus setzten kurzfristige Gewinninteressen der Finanz- und Realwirtschaft umlagefinanzierte Alterssicherungssysteme ebenfalls unter Druck. Die offensichtlichen Zielkonflikte bewegen sich zwischen sozialer Inklusion, Solidarität zwischen den Generationen und Budgetkonsolidierung durch sinkende öffentliche Ausgaben (für Altersaufwendungen), wobei rechtliche Vorgaben und Sanktionen (Europäischer Fiskalpakt) nur für die Budgetkonsolidierung vorgesehen sind.

Der Pro-Kopf-Wohlstand gemessen am Volkseinkommen, das ist die Summe aller Lohn- und Nichtlohneinkommen (Selbstständigen-, Zins-, Mieteinkommen etc.) innerhalb eines Jahres, wird in Europa im Schnitt weiterhin zunehmen. Aus dieser Perspektive heraus ist eine angemessene Alterssicherung trotz eines steigenden Anteils von älteren Menschen ökonomisch machbar wie auch notwendig. Allerdings haben sich die »Quellen« des Wohlstandes in der Vergangenheit stark verändert: Die Lohnquote (Summe der Einkommen aus unselbstständiger Arbeit in Relation zum Volkseinkommen) sank, während die Gewinnquote (Anteil der Nichtlohneinkommen) stark zulegte.

Diese Entwicklung fand in allen Ländern der Eurozone statt. Allein zwischen 2000 und 2007 (dem Jahr vor der Krise) stiegen die Nicht-Lohneinkommen in Österreich und Deutschland um rund 60%, während die ArbeitnehmerInnenentgelte in Österreich um schwache 20% und in Deutschland nur um 7% zulegten. Die Finanzierungssituation lohnbasierter Alterssysteme verschlechterte sich alleine durch diese Verschiebungen deutlich und unabhängig von den demografischen Veränderungen. Umlagefinanzierte flächendeckende Systeme mit einer Finanzierung durch ArbeitnehmerInnen- sowie ArbeitgeberInnenbeiträge und Steuermittel bilden die Grundlage für sichere Zukunftsrenten. Allerdings sind aus einer gesamtwirtschaftlichen Sicht umfangreiche Maßnahmen umzusetzen, die zur Erhöhung der Lohnquote führen und die auch die Einbindung der Nicht-Lohneinkommen in die Systemfinanzierung erreichen.

Die Ansatzpunkte im Einzelnen sind:

1. Reduktion der Arbeitslosigkeit durch Zunahme der bezahlten Beschäftigung: Beschäftigungswachstum stellt sowohl für die Betroffenen als auch für die Wirtschaft sowie für soziale Sicherungssysteme einen zentralen Schritt zur Nachhaltigkeit dar. Die Reduktion der Arbeitslosigkeit braucht eine Umverteilung der bezahlten (und damit auch der unbezahlten) Arbeit, Veränderungen in den Arbeitsplatzbedingungen und -anforderungen, neue Arbeitszeitmodelle, eine stärkere betriebliche Weiterbildungs- und Gesundheitsförderung etc.
2. Adäquate Lohnhöhen und Lohnentwicklungen: Steigende Beschäftigungsquoten in Verbindung mit adäquaten Löhnen und eine Lohnentwicklung, die der Produktivität entspricht, Rückbau des Niedriglohnsektors und der prekären Beschäftigungsverhältnisse stärken nicht nur die Kaufkraft, sondern auch die Renten- bzw. Pensionsysteme.
3. Anpassung der Beitragssätze in der gesetzlichen Rentenversicherung: Die in Deutschland geltende Deckelung des Rentenbeitragsatzes auf 20% (2020) bzw. 22% (2030) bei steigender Produktivität bedeutet relativ konstante Lohnkosten und steigende Gewinnanteile. Die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung kann entweder mit steigenden Beitragssätzen oder aber mit entsprechenden jährlichen Lohnzuwächsen erreicht werden. Ein weiterer Ansatzpunkt dafür ist auch die Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze in Deutschland bzw. der Höchstbeitragsgrundlage in Österreich für die ArbeitgeberInnen.
4. Einbindung der Nicht-Lohneinkommen (Vermögenseinkommen) in die Systemfinanzierung: Im Sinne der »Leistungsfähigkeit« braucht es eine systematische steuerliche Einbindung jener Einkommensbereiche, die in der Vergangenheit deutlich an Bedeutung gewonnen haben. Besonders in Österreich sind Vermögenseinkommen und Vermögensübertragungen steuerlich weniger belastet als Erwerbseinkommen. Zweckbindungen dieser Mittel zur Finanzierung gesellschaftlich wichtiger Tätigkeiten (Erziehungs-/Pflegezeiten in der Renten- bzw. Pensionsversicherung) und der Mindestsicherungselemente in der Rentenversicherung tragen jedenfalls zur Nachhaltigkeit der Alterssicherungssysteme bei.
5. Streichung der staatlichen Förderungen für kapitalgedeckte Altersvorsorgeprodukte: Personen mit hohen Einkommen bzw. Ersparnissen sind eher am Kapitalmarkt aktiv. Staatliche Förderungen kapitalfinanzierter Altersvorsorge kommen damit überwiegend den

oberen Einkommensgruppen zugute. Sozialpolitisch sollte eine zielgerechte Verwendung staatlicher Mittel zur Bekämpfung steigender Altersarmut Priorität bekommen.

Die Frage, welche Absicherung im Alter wir in Zukunft haben werden, ist in erster Linie eine Frage der Produktion (von Gütern und Dienstleistungen) und der Verteilung dieser Produkte auf die verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Erst in zweiter Linie ist es eine Frage der Finanzierung. Unabhängig davon, wie die Altersausgaben (also die finanziellen Mittel zur Deckung des Lebensunterhalts im Alter) finanziert sind, ob dies durch die gesetzliche Renten- bzw. Pensionsversicherung, Betriebspensionen oder private Altersvorsorgeprodukte erfolgt, steigen in einer alternden Gesellschaft die Aufwendungen für diese Bevölkerungsgruppe.

Ein zukunftstaugliches Alterssicherungssystem kann nicht durch die politisch propagierte Erhöhung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters erreicht werden. Vielmehr braucht es die skizzierten vielschichtigen Maßnahmen in den Bereichen der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Steuer- und Finanzpolitik zur Herstellung eines hochwertigen, verteilungsgerechten und nachhaltigen Alterssicherungssystems.

## Literatur

European Commission (2012): The 2012 Ageing Report, Economic and budgetary projections for the 27 EU Member States (2010-2060), European Economy 2/2012.

Europäische Kommission (2010): Angemessene, nachhaltige und sichere europäische Pensions- und Rentensysteme, Brüssel.



**ZONE**



# »Nur ein Euroaustritt der schwachen Länder löst die Probleme im Euroraum«



*»Es war ein Fehler, die Währungsunion mit Ländern zu bilden, die sich so unterschiedlich in ihrer Wettbewerbsfähigkeit entwickeln. Die Euro-Zone muss nun auf einen Kern von Ländern verkleinert werden, die funktionsfähig sind. Die Politik schiebt aber diese notwendige Lösung über die jeweils nächste Wahl hinaus, indem sie über die aufgespannten Rettungsschirme → EFSF und → ESM und auch über die → EZB immer neue Geldmittel in die schwachen Länder transferiert. Damit wird nur Zeit gewonnen, ohne die strukturellen Probleme zu lösen, und die eingesetzten Steuermittel drohen für immer verloren zu gehen. Kern- und Peripheriestaaten sitzen in der Falle, solange an der Währungsunion in der jetzigen Form festgehalten wird.«*

Hans Werner Sinn, Leiter des deutschen ifo Instituts für Wirtschaftsforschung, bringt die gängigen Vorurteile auf den Punkt: »Die Patienten in Südeuropa sind von einer Droge abhängig geworden. Jetzt heißt es, wir müssten noch mehr Drogen geben, sonst wären die Entzugserscheinungen zu groß. So kann es nicht gehen.« (Augsburger Allgemeine Zeitung, 22.11.2012: 8)

Hinter dieser Sichtweise verbergen sich mindestens drei Annahmen: Erstens wird die schwierige Lage der so genannten Krisenstaaten ausschließlich mit mangelnder Wettbewerbsfähigkeit in Verbindung gebracht. Zweitens wird unterstellt, dass die Hilfszahlungen über die Rettungsschirme den Empfängerländern tatsächlich zugutekommen. Drittens wird suggeriert, dass eine Abwertung der Währungen der so genannten Krisenstaaten die Probleme der Eurozone lösen kann. Doch was steckt wirklich hinter diesen Annahmen?

## **Eurokrise als Folge mangelnder Wettbewerbsfähigkeit der Krisenstaaten?**

Fehldiagnosen von Krisenursachen sind überaus gefährlich, weil sie dazu verleiten, falsche Rezepte gegen die Krise anzuwenden.

Die prekäre Lage, insbesondere der Peripherieländer, hat sicherlich zu einem beträchtlichen Teil mit unterdurchschnittlichen und rückläufigen Produktivitätswachstumsraten zu tun. Die Währungsunion zu schaffen und gleichzeitig den Ländern wichtige Instrumente der Konjunktursteuerung und der Industriepolitik aus der Hand zu nehmen, hat mit dazu beigetragen. Erwähnt werden muss aber auch,

dass die steigenden → Leistungsbilanzdefizite dieser Länder zum Teil durch Importe getrieben und nicht nur Ausdruck von Deindustrialisierung, Produktivitätsschwäche und rückläufigen Exporten waren. Vielmehr hängen steigende Importe unmittelbar auch mit der Deregulierung des Finanzsystems zusammen, in deren Folge das über Kapitalimporte finanzierte starke Kreditwachstum den Konsum und so wiederum die Importe angeheizt hat. Zudem hat der starke Anstieg des Euro im Jahr 2008, als der Euro-Wechselkurs auf 1,6 US-\$ geklettert ist, die Wettbewerbsfähigkeit dieser Länder erheblich beeinträchtigt, da dadurch die Importe aus anderen Ländern billiger wurden. Auch die fehlende europäische Koordinierung der Lohnpolitik hat die relative Wettbewerbsposition einiger Peripheriestaaten geschwächt, da die Überschussländer (insbesondere Deutschland, Österreich und die Niederlande) über → Lohnmoderation Wettbewerbsvorteile gegenüber diesen Ländern erzielen konnten.

Was aber in den Ländern die ökonomische und soziale Lage hat eskalieren lassen, sind die Wirkungen der dysfunktionalen wirtschaftspolitischen Koordinierungsarchitektur in Europa, die letztlich die Krisenländer in einer Abwärtsspirale (Kapitalflucht, steigende Zinsen, steigende Staatsschulden, Rezession) gefangen halten und die Divergenzen zwischen dem Kern der Eurozone und den Peripheriestaaten noch größer werden lassen. Dabei sind drei Aspekte relevant:

Zum einen hat die *enge Verschränkung von Risiken des nationalen Bankensystems mit jenen von Staaten* die ohnehin schwächsten Glieder der Währungsunion besonders getroffen. Gerät ein Bankensystem eines Landes in Schwierigkeiten, steigen automatisch die Risikoprämien auf die Staatsanleihen, da die FinanzmarktakteurInnen einen Bailout antizipieren, also davon ausgehen, dass der Staat den Banken aus der Klemme hilft.

Umgekehrt kommt ein solides nationales Bankensystem unter Druck, wenn die Staatsfinanzen des jeweiligen Landes in Probleme geraten, weil die Staatsanleihen in den Büchern der Banken an Werthaltigkeit verlieren. Wäre die erst 2012 verabschiedete → Bankenunion (in Verbindung mit einem europaweiten Insolvenzrecht für Banken) schon viel früher eingerichtet worden, wie dies ja in den ursprünglichen Konzepten für den Vertrag über die Wirtschafts- und Währungsunion vorgesehen war, so wären die Triebkräfte der Abwärtsspirale in den Krisenländern nie so stark wirksam geworden. Die → Bankenunion sieht dabei eine zentrale Beaufsichtigung der Kreditinstitute sowie die Möglichkeit der geordneten Abwicklung und Kapitalisierung von Finanzinstituten vor, die nicht primär über die nationalen Budgets er-

folgen sollte, sondern über einen EU-Fonds, der aus Beiträgen der Finanzindustrie gespeist wird.

Schließlich stellt der so genannte *Recyclingmechanismus* ein fundamentales institutionelles Problem der Eurozone dar: Der Kapitalabfluss in die Kernwährungsländer, der in der Währungsunion ohne Transaktionskosten und Wechselkurseffekte erfolgen kann, führt zu einer erheblichen Schwächung des Bankensystems der Peripheriestaaten. Die AnlegerInnen und Banken der Kernwährungsländer waren ab einem bestimmten Zeitraum nicht mehr bereit, die sich ausweitenden → Leistungsbilanz- und Staatsdefizite in den Krisenländern zu finanzieren. Der Kapitalabfluss bzw. schleichende Run auf die Banken kann dabei durchaus als rationale Antwort der InvestorInnen auf den Umstand interpretiert werden, dass der Bestand der Währungsunion laufend in Frage gestellt wurde. Die Kernwährungsländer erhielten Kapital zu negativen Realzinsen, während die Zinssätze in den Krisenländern anstiegen. Auch damit wurde und wird die Auseinanderentwicklung zwischen den Kernwährungs- und Peripheriestaaten größer. Die → EZB und die nationalen Notenbanken halten dabei den Geldkreislauf über Liquiditätsspritzen an die Banken in Gang. Eine potenzielle Alternative dazu wäre die Wiedereinführung von Kapitalverkehrskontrollen, die aber im Widerspruch zur Kapitalverkehrsfreiheit der EU steht.

Die EU hat in den letzten Monaten mit der Bankenunion und dem Programm der EZB, Staatsanleihen in unlimitierter Höhe zu kaufen (*»Outright Monetary Transactions«*), Maßnahmen gesetzt, um die Abwärtsspirale zu durchbrechen. Beides stellen wichtige Maßnahmen bei der Bewältigung der Krise dar, denn erst sie vermochten, die Risikoauflage für die Staatsanleihen sämtlicher so genannter Krisenstaaten etwas zu senken.

### **Wer sind die EmpfängerInnen der Hilfszahlungen?**

Vielfach wird suggeriert, die Hilfsgelder fließen in die Krisenstaaten und werden dort für unproduktive Bereiche verschwendet (z.B. Zahlung von Pensionen, BeamtInnengehälter, Soziales etc.) und nicht für die notwendige Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit eingesetzt. Einige meinen gar, Geld werde verbrannt.

Dabei ist zunächst einmal zu fragen, was sich hinter den Hilfszahlungen verbirgt. Im Zentrum jeder Liquiditätskrise steht die plötzliche Weigerung von privaten InvestorInnen, bestehende auslaufende Kredite, die an Staaten vergeben wurden, zu refinanzieren, oder das Bestreben, Staatsschuldtitel rasch zu veräußern. Passiert dies, kann eine Liquiditätskrise (Abzug von Kapital) schnell zu einer Solvenzkrise (Zah-

lungsunfähigkeit) werden. Die Eurokrise wurde schließlich dadurch ausgelöst, dass private InvestorInnen plötzlich Kapital in großem Umfang abgezogen haben, wodurch die Zinsen stark angestiegen sind. Damit kommt es zum dramatischen Anstieg des Zinsendienstes und der Staatsschulden. Um zu verhindern, dass dies zur Insolvenz der Staaten führt, wurde zunächst über bilaterale Kredite für Griechenland und Irland und später über den → EFSF (Europäische Finanzstabilisierungsfazilität) und den → ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus) die Finanzierung im Rahmen von Programmen für Griechenland, Irland und Portugal unter strengen Auflagen übernommen. Die EZB hat im Rahmen des *Securities Market Program* Staatsanleihen am Sekundärmarkt, an dem Anleihen gehandelt werden können, erworben und später mit dem *Outright Monetary Transactions-Program* den unlimitierten Ankauf von Staatsanleihen unter strengen Auflagen angekündigt. Ziel ist, im Jargon der Notenbanken, die Wiederherstellung des Transmissionsmechanismus der Geldpolitik, d.h. die Reduktion der Zinsen auf Staatsanleihen auf ein Niveau, das die Nachhaltigkeit der Staatsfinanzen nicht gefährdet.

Der Finanzierungsbedarf der Staaten lässt sich dabei grob in die Finanzierung des Primärdefizits (Budgetdefizit ohne Zinszahlungen), in die Zinszahlungen für die Staatsschuld und in die Refinanzierung der Staatsschuld (Finanzierung auslaufender Anleihen) gliedern. Diese Unterscheidung ist extrem wichtig: Nur jener Teil der Hilfgelder, der für die Finanzierung des Primärdefizits verwendet wird, fließt unmittelbar in den realen Wirtschaftskreislauf der betroffenen Länder. Der Rest dient dem Zinsendienst an die GläubigerInnen des In- und Auslands (Banken, Versicherungen, Hedgefonds, → IWF, EU, → EZB) sowie der Refinanzierung der Staatsschuld, wenn Staatsanleihen auslaufen und daher zurückbezahlt werden müssen. Die relative Bedeutung der Verwendung der Finanzierung ist in den Ländern unterschiedlich, wobei in Griechenland zusätzlich ein großer Teil der Hilfgelder dafür verwendet werden musste, um für die Kosten, die im Zuge der Restrukturierung der griechischen Staatsschuld entstanden sind (Privatsektorbeteiligung), aufzukommen. Betrachtet man den Finanzierungsbedarf Griechenlands für das Jahr 2012, so zeigt sich, dass von den ca. 118 Mrd. Euro Hilfgeldern der EU und des → IWF, die in diesem Jahr an Griechenland überwiesen wurden, etwa 3 Mrd. Euro für die Finanzierung des Primärdefizits und ca. 7 Mrd. Euro für den Zinsendienst verwendet wurden. Der Rest wurde für die Refinanzierung der Staatsschuld (ca. 9 Mrd. Euro), sonstige kurzfristige Finanzierungen (ca. 5,4 Mrd. Euro), und für sämtliche Kosten aufgewendet, die dem

griechischen Staat im Zusammenhang mit der Privatsektorbeteiligung und dem Schuldentrückkauf entstanden sind (ca. 94,1 Mrd. Euro). Von diesen 94,1 Mrd. Euro wurden ca. 50 Mrd. Euro für die Rekapitalisierung des griechischen Bankensystems verwendet, 11 Mrd. Euro für den Rückkauf eigener Staatsanleihen. Indem die Staatsanleihen zu einem Preis von etwa einem Drittel der Nominale zurückgekauft wurden, konnte der griechische Staat damit seinen Schuldenstand um ca. 20 Mrd. Euro reduzieren. Gleichzeitig haben damit einige Hedgefonds profitiert, weil sie ihre griechischen Staatspapiere zu einem Preis verkaufen konnten, der weit über dem Ankaufspreis lag (»Greek Bond Bet Pays Off«, *Financial Times*, 18. Dezember 2012).

Dieses Beispiel zeigt, dass der überwiegende Teil der so genannten Hilfgelder wieder an die GläubigerInnen zurückfließt. Die Schutzschirme sichern die Stabilität und Profitabilität des Finanzsystems der GläubigerInnenländer. In Griechenland wurde auch ein großer Teil für die Rekapitalisierung des griechischen Bankensystems verwendet, das in der Folge der jahrelangen Rezession, des Abzugs von KundInnengeldern sowie der Privatsektorbeteiligung stark in Mitleidenschaft gezogen wurde. Was letzteres betrifft, so haben im Zuge der Umstrukturierung der griechischen Staatsschuld, bei der die privaten GläubigerInnen auf ca. 50% ihrer Forderungen verzichteten, auch die griechischen GläubigerInnenbanken Abschreibungen auf ihre griechischen Staatsanleihen vornehmen müssen, wodurch wiederum Rekapitalisierungen des heimischen Bankensystems notwendig wurden.

### **Lassen sich durch einen Euroraumaustritt der Krisenländer die Probleme der Eurozone tatsächlich lösen?**

Die diskutierten Szenarien reichen dabei vom Euroraumaustritt eines Landes über die Trennung in einen Nord- und Südeuro bis hin zum Auseinanderbrechen der Währungsunion und der Wiedereinführung nationaler Währungen.

Das Argument lautet, der Euro habe als zu strenges Korsett gewirkt; die Wettbewerbsfähigkeit der Peripheriestaaten des Euroraums sei dadurch zunehmend untergraben worden. Die den Programmländern durch die → Troika nun verordnete »interne Abwertung« über drastische Einkommensenkungen habe diese erst recht in die Tiefe gezogen. Mit der Wiedereinführung eigener Währungen und deren nomineller Abwertung könne, so die Argumentation, preisliche Wettbewerbsfähigkeit gewonnen werden. Oft wird auf die Erfahrungen Argentiniens verwiesen, das in der Dekade bis 2001 eine ähnliche makroökonomische Entwicklung nahm wie Griechenland in den zehn

Jahren nach dem Euroeintritt 2002: mit einem fixen Wechselkursystem durch die Bindung des Peso an den US-Dollar (analog zur Eurobindung Griechenlands), dem Einbruch der Wirtschaftsleistung um 16% (Griechenland: -20%) nach einer Phase kräftigen, überwiegend auslandsfinanzierten Wachstums und dem Aufbau von hohen → Leistungsbilanzdefiziten. Argentinien wertete den Peso Anfang 2002 stark ab. In der Folge konnte das Land seine Wirtschaftsleistung innerhalb von nur zehn Jahren beinahe verdoppeln und das Leistungsbilanzdefizit reduzieren.

Die Gründe, warum diese positiven Erfahrungen der Abwertung z.B. nicht auf Griechenland übertragbar sind, liegen zum einen in den weitaus höheren makroökonomischen Ungleichgewichten, mit denen Griechenland zu kämpfen hat. So sind die Leistungsbilanzdefizite und die Staats- und Auslandsverschuldung bedeutend höher als in Argentinien. Auch ist die Finanzmarktverflechtung mit den Ländern des Euroraums viel stärker. Dies gilt für sämtliche Peripheriestaaten. Eine Abwertung der Währungen wäre mit erheblichen Bilanzeffekten verbunden: Die Schuldenlast in neuer Währung würde mit dem Ausmaß der nominellen Abwertung steigen. Zahlungsunfähigkeit und Insolvenzen wären die Folge. Kommt es zu einem Auseinanderbrechen der Währungsunion, sind eine Rezession und ein dramatischer Anstieg der Arbeitslosigkeit sowohl in den Kernwährungs- als auch in den Peripherieländern die Folge. Manche Schätzungen verweisen gar auf negative zweistellige Wachstumsraten. Es sind weniger die Wirkungen der Wechselkursschocks auf den Außenhandel, die hier für die Länder bedeutend sind, sondern vielmehr die Folgen, die vom Finanzsektor ausgehen. Die Bilanzeffekte, die durch die Umrechnung der Schuldenstände der Peripheriestaaten auftreten und zu Zahlungsausfällen führen, treffen vor allem die Kernwährungsländer stark. Aus diesen Gründen ist die Europäische Währungsunion, wie schon Barry Eichengreen im November 2007 warnend angemerkt hat, irreversibel: Ein Euroaustritt »*would trigger the mother of all financial crises*« (Eichengreen 2007). Die Europäische Union hat letztlich im Eigeninteresse die Schutzschirme im Krisenverlauf über verschiedene Mechanismen gestärkt. Ein Euroaustritt Griechenlands wurde als Option aufgrund der möglichen Übertragungswirkungen auf andere Länder als apokalyptisches Szenario verworfen. Hinzu kommt, dass positive makroökonomische Wirkungen der Abwertungen zweifelhaft sind.

Ob eine Abwertung die preisliche Wettbewerbsfähigkeit mittel- bis langfristig herstellt, ist grundsätzlich fraglich. Eine Abwertung verteuert die Importe und verbilligt die Exporte, wodurch das → Leistungs-

bilanzdefizit sinken sollte. In Griechenland spielt aber die Exportindustrie nur eine untergeordnete Rolle. Der Anteil der Exporte von Gütern und Dienstleistungen am BIP lag im Jahr 2009 bei ca. lediglich 20% und die Exporttätigkeit findet hauptsächlich in Branchen mit niedriger und mittlerer Technologieintensität statt. Die Inflation, die über steigende Importpreise hervorgerufen wird, könnte die preisliche Wettbewerbsfähigkeit wieder verschlechtern.

### Was tun?

Nicht die gemeinsame Währung ist allein für die Probleme im Euroraum verantwortlich, sondern der Umstand, dass die Währungsunion geschaffen wurde, ohne die lohn-, → fiskal- und sozialpolitische Koordination entscheidend zu vertiefen. Wesentlich für die heutigen Probleme ist auch die fehlende → »*Lender of last Resort*«-Funktion der → EZB. Damit ist der Euroraum gegenüber Ländern wie den USA oder Großbritannien benachteiligt. Die Fed, das Zentralbanksystem der USA, und die *Bank of England* greifen im Notfall liquiditätsunterstützend ein, auch durch den Aufkauf von Staatsanleihen.

Notwendig sind also folgende Schritte zur Stabilisierung der Währungsunion:

#### 1. *Alternatives Wirtschafts- und Entwicklungsmodell*

Die → Austeritätspolitik ist kontraproduktiv, das heißt, sie erhöht in den Peripheriestaaten die → Staatsschuldenquoten, weil die Wirtschaft stark einbricht. Ein Wachstumspakt für Europa sollte öffentliche Infrastruktur, Reindustrialisierung, Daseinsvorsorge, Innovation, Bildung und ökologische Modernisierung fördern und die Ungleichgewichte im Euroraum sukzessiv beseitigen helfen. Zudem sind aktive Arbeitsmarktpolitik, Industriepolitik, wachstumsorientierte Steuerpolitik und Verteilungsgerechtigkeit von zentraler Bedeutung, ebenso die Beseitigung des Niedriglohnsektors und letztlich die Stärkung der gewerkschaftlichen Institutionen. Die Kernwährungsländer müssen über expansive Impulse die Rolle eines Konjunkturmotors im Euroraum einnehmen.

#### 2. *Harmonisierung und Koordinierung der Steuerpolitik*

Einen der zentralen Ansatzpunkte zur Finanzierung einer wachstums-, beschäftigungs- und verteilungsgerechten Strategie bildet dabei die EU-weite Harmonisierung und Koordinierung der Einnahmenseite der Budgets (z.B. Mindestsätze für Unternehmens- und Vermögenssteuern, Finanztransaktionssteuern).

### 3. Ergänzung des Binnenmarkts durch einen verbindlichen Sozialpakt

Grundsätzlich soll es in allen Mitgliedstaaten verpflichtende und sanktionierbare Mindestvorschriften für soziale Sicherungsinstrumente geben. Zudem müssen die sozialen Dienste ausgebaut werden. Die öffentlichen Dienstleistungen, insbesondere im Bereich der Daseinsvorsorge, dürfen dabei nicht den strengen Wettbewerbs- und Binnenmarktregeln unterworfen werden.

### 4. Entwicklung der Fiskalunion zur Solidarunion

Die Fiskalunion wurde zuletzt als *Disziplinierungsunion* im Rahmen der Stärkung der budgetären nationalen Disziplin ausgebaut. Das zweite Element einer Fiskalunion, die *Solidarunion*, ist, mit Ausnahme der finanziellen Stabilisierungsinstrumente (→ EFSF/→ ESM) schwach entwickelt und muss gestärkt werden: zum einen durch die Ausweitung eines demokratisch legitimierten EU- oder Euroraumbudgets, um die unterschiedliche Wirtschaftsentwicklung in den Ländern der Währungsunion auszugleichen. Auch der Aufbau eines europäischen Arbeitslosenversicherungssystems wäre ein weiterer stabilisierender Faktor, der den Abbau der Divergenzen zwischen den Staaten unterstützt. Des Weiteren hilft diese solidarische Haftung von Teilen von Staatsschulden durch alle Mitglieder einer Währungsunion, die Spekulation gegen Staaten zu beenden.

### 5. Effiziente Regulierung, Aufsicht und Kostenbeteiligung des Finanzsektors

Wenngleich im Bereich der Finanzmarktregulierung zahlreiche Reforminitiativen bereits umgesetzt wurden, hat sich an der Funktionsweise des Finanzsystems wenig geändert, da in zentralen Bereichen Reformen noch ausstehen. Dazu zählen die Regulierung des Schattenbankensystems, das Schließen von Steuer- und Regulierungslochern, die Besteuerung des Finanzsektors bzw. von Finanzaktivitäten, das Verbot von riskanten Finanzprodukten sowie die strikte Trennung zwischen traditionellem Banken- und Investmentbankengeschäft. Eine demokratisch kontrollierte Europäische Bankenunion muss parallel zur zentralen Aufsicht durch die → EZB ein europäisches Bankenrestrukturierungsrecht mit zentralen Durchgriffsrechten der Aufsicht gegenüber Banken umsetzen. Damit soll auch sichergestellt werden, dass die GläubigerInnen und EigentümerInnen für eine notwendige Sanierung eines Finanzinstituts aufkommen müssen. Nie wieder soll die Allgemeinheit für die Verluste Privater herangezogen werden.

## Literatur

- Eichengreen, Barry (2007): The euro: love it or leave it?, 17. November 2007, <http://www.voxeu.org/index.php?q=node/729> (Zugriff 2.3.2013)
- European Commission (2012): The Second Economic Adjustment Programme for Greece. First Review December 2012, [http://ec.europa.eu/economy\\_finance/publications/occasional\\_paper/2012/pdf/ocp123\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/occasional_paper/2012/pdf/ocp123_en.pdf) (Zugriff: 7 April 2013).
- Koo, Richard (2003): Balance Sheet Recession: Japan's Struggle with Uncharted Economies and Its Global Implications. Hoboken: John Wiley&Sons.



EVERY  
DAY

E

E

# »Europa muss Deutsch lernen!«



*»Deutschland hat sich von der Krise schnell erholt und die Exporte steigen weiter. Auch die Auswirkungen der Krise auf die Arbeitslosigkeit waren schnell überwunden und weniger stark als in anderen Ländern. Die Gründe dafür sind die Reformen des Sozialsystems, wie die Hartz-Gesetze, und die durch Lohnzurückhaltung verbesserte Wettbewerbsfähigkeit. Nun sollen andere Länder sich an der deutschen Politik orientieren und die Reformen übernehmen.«*

»Aus Sicht der Bundesregierung braucht der Nachbar [Frankreich und auch andere Länder] so etwas wie Hartz IV *à la française*: → Lohnzurückhaltung, Sozialkürzungen, Ausgabensenkungen – und die Deutschen sprechen ihre Meinung neuerdings auch offen aus«, schreibt Die Zeit am 15.11.2012. Und auch Claude Trichet, ehemaliger Präsident der → Europäischen Zentralbank, lobt Deutschland: »Die Art und Weise, in der Deutschland ein sehr wachsames Auge auf die Produktionskosten hatte und Reformen umsetzte, um die Flexibilität der Wirtschaft zu erhöhen, kann als Beispiel für alle seine Nachbarn dienen.« (vgl. Trichet, zitiert in van Treeck/Sturn 2012)

Innerhalb weniger Jahre stiegen die → Leistungsbilanzüberschüsse Deutschlands stark an, von einem nahezu ausgeglichenen Außenbeitrag im Jahr 2000 zu einem Überschuss von 7% im Jahr 2007 (2011: 5,1%), wozu nicht nur die gestiegenen Exporte beitrugen, sondern auch die Tatsache, dass befördert durch die schwache inländische Nachfrage und die Zurückhaltung staatlicher Investitionen die Importe kaum gestiegen sind. Als entscheidend für das Wirtschaftswachstum und die Exporte Deutschlands werden aber meist, wie auch von Trichet, die Lohnzurückhaltung, die Steuerreformen Anfang der 2000er Jahre sowie die Reformen der Agenda 2010, unter anderem die Hartz IV-Reform, genannt und nun ähnliche Maßnahmen von anderen EU-Staaten gefordert.

## **Sparen für die Wirtschaft: Runter mit Löhnen und Steuern**

Der Anstieg der Löhne in Deutschland blieb nach 2000 weit hinter jenem anderer EU-Mitgliedsstaaten zurück. Während in den meisten EU-Mitgliedsstaaten die Reallöhne im letzten Jahrzehnt stiegen, gab es in Deutschland sogar Reallohnverluste. Dies hat mehrere Ursachen. So ging die → Tarifbindung deutlich zurück; die effektiven Löhne blieben dadurch weit hinter den tarifvertraglichen Lohnerhöhungen zurück. Nur noch 51% der Beschäftigten unterliegen einem Branchen-, 8%

einem Firmen-Tarifvertrag. Damit sind 41% der Beschäftigten ohne Tarifvertrag, 1998 waren es nur 26%. Teilweise sind die Tariflöhne selbst extrem niedrig. Auch flexiblere Regelungen für atypische Beschäftigungsverhältnisse wie geringfügige Beschäftigung oder Leiharbeit, die häufig schlechter entlohnt werden als Normalarbeitsverhältnisse, wurden erleichtert. Immer mehr Arbeiten werden, gerade im Handel, in schlechter bezahlte Tarifverträge ausgegliedert oder sind nicht mehr → tarifgebunden. Ein wichtiger Erklärungsfaktor für die steigende Lohnungleichheit ist auch, dass sich die Lohnunterschiede zwischen und auch innerhalb der Wirtschaftszweige erhöht haben. Mit dem Dienstleistungssektor oder dem Leiharbeitssektor wuchsen Bereiche, in denen häufig niedrige Löhne bezahlt werden, besonders stark.

Im Jahr 2000 wurde von der deutschen Bundesregierung eine Steuerreform beschlossen, durch die unter anderem die Körperschaftsteuer gesenkt und der Spitzensteuersatz verringert wurde – das entspricht einer Entlastung von höheren Einkommen und Profiteinkommen bei gleichzeitigen Einsparungen an Sozialausgaben, von denen vor allem niedrige Einkommen profitieren würden. Die Gesamteinnahmen des Staates gingen als Folge der von 2001 bis 2005 schrittweise eingeführten Reform von 46,2% des BIP im Jahr 2000 auf 43,6% zurück. Die Steuerreform und der Wegfall der Einnahmen waren entscheidend für die darauffolgenden Einsparungen: Sozialabbau, Einschränkung bei der Versorgung mit öffentlichen Gütern, Senken der öffentlichen Investitionen, wie auch Abbau von Personal und → Lohnzurückhaltung im öffentlichen Dienst.

Nach der Jahrtausendwende blieb die Entwicklung der Staatsausgaben in Deutschland hinter der anderer EU-Staaten zurück. Die realen Staatsausgaben fielen um 0,2% pro Jahr. Die Gesamtausgaben des Staates sind von rund 48% des BIP vor den Reformen auf 45% im Jahr 2011 gesunken. Seit 2000 wurde somit die ausgleichende, regulierende und investierende Rolle des Staates eingeschränkt, es lassen sich jedoch keine positiven Wirkungen dieser Reformen auf das Wirtschaftswachstum zeigen (vgl. Truger 2009). Durch niedrige staatliche Investitionen und eine gedämpfte Binnennachfrage war auch das Wirtschaftswachstum geringer, als es bei einer mehr auf den Binnenmarkt orientierten Politik hätte sein können.

### **Reformen und ihre Folgen**

Zusätzlich zur zunehmenden Ungleichheit der Einkommen sank die Umverteilung durch den Staat durch die oben beschriebenen Steuerreformen und durch Reformen des Sozialstaats. Die Hartz-Reformen

sollten durch niedrigere Leistungen, geringeren Qualifikationsschutz oder stärkeren Druck Arbeitslose in Deutschland dazu bringen, auch niedrig bezahlte Jobs anzunehmen. So wurden im Rahmen der Hartz IV-Reformen die Zumutbarkeitskriterien für das → Arbeitslosengeld II geändert: Jede Arbeit ist zumutbar, egal ob sie geringfügig oder untertariflich bezahlt ist oder den Qualifikationen nicht entspricht, und muss daher angenommen werden. Auch die untere Schwelle der Erwerbsfähigkeit wurde auf drei Stunden reduziert.

Die Zahl der Erwerbslosen ist nach den Reformen deutlich gesunken, ob letztere dafür ursächlich waren, ist jedoch wenig eindeutig, denn es kam gleichzeitig zu einem Wirtschaftsaufschwung.

Eindeutig ist jedoch, dass die Zahl der Working Poor stark anstieg, also jener Menschen, die trotz Arbeit unter der Armutsgrenze leben. Sie verdienen häufig so wenig, dass sie auf Sozialleistungen angewiesen sind. Im Jahr 2011 waren 30% der → Arbeitslosengeld II-EmpfängerInnen in Deutschland erwerbstätig, 2007 waren es nur 23%. Sie mussten also, teilweise sogar trotz eines Vollzeit-Jobs, einen Teil ihres Einkommens an Arbeitslosengeld beziehen. Die Gefahr, in Arbeitslosigkeit und Armut »abzustürzen«, hat auch Auswirkungen auf die Beschäftigten. Der Lohndruck und die Angst, den Job zu verlieren, nehmen zu. Der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten stieg in den letzten zehn Jahren von knapp 18% auf über 22%. Damit liegt Deutschland unter den → EU-15-Ländern an trauriger erster Stelle, knapp vor dem Vereinigten Königreich. 2010 arbeitete somit fast jedeR Vierte in Deutschland Beschäftigte zu einem Niedriglohn, bei Geringqualifizierten sogar mehr als die Hälfte.

Betroffen von niedrigem Lohn und prekärer Beschäftigung sind vor allem Frauen. So erhalten 29% der beschäftigten Frauen nur einen Niedriglohn (im Vergleich zu 17% der Männer). Die Mehrheit der beschäftigten Frauen arbeitet in atypischen Beschäftigungsverhältnissen, wie Teilzeit- oder Minijobs, und sie arbeiten häufiger in schlechter bezahlten Branchen und Berufen (Dienstleistung, Gesundheit etc.). In einzelnen Berufsgruppen arbeiten fast 90% in Niedriglohtätigkeiten.

Im Gefolge der Reformen und der Ausbreitung von Niedriglöhnen stieg auch das Armutsrisiko an. Die Tabelle 2 zeigt das Ansteigen der → Armutsrisikoquote seit 2000: Ein immer größerer Anteil der Bevölkerung hat ein Äquivalenzeinkommen, das mehr als 60% unter dem mittleren Einkommen liegt. Nicht nur die gesamte Armutsrisikoquote ist gestiegen, sondern auch das Armutsrisiko der Erwerbstätigen: Es stieg von 2000 bis 2009 von 6,7% auf 8,7%.

**Tabelle 2: Armutsrisikoquote in Deutschland 2000-2009**

	2000	2003	2006	2009
Armutsrisikoquote (ARQ) <sup>1</sup>	11,7	13,4	13,4	15,3
ARQ vor Sozialtransfers i.e.S.	19,6	21,6	22,0	23,0
Reduktion der ARQ durch Sozialtransfers	40,0	37,8	39,1	33,3

<sup>1</sup> Äquivalenzeinkommen kleiner als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung (in Privathaushalten)

Quelle: Entwurf des 4. Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung, Stand 17.9.2012; SOEP 2010

Der niedrige Lohn führt nicht nur heute zu Armut trotz Arbeit, sondern bildet auch einen direkten Weg in Altersarmut. Außerdem hat die Ausdehnung dieser Beschäftigungsverhältnisse negative Folgen auf Steuereinnahmen und die Finanzierung der sozialen Sicherung, denn in der Regel fallen keine oder geringe Steuern an. Die niedrige Kaufkraft der GeringverdienerInnen dämpft zudem den inländischen Konsum.

### **Fokus auf Exporte: Absatzmarkt am Mars**

Folgen der immer ungleicheren Verteilung und der Sparmaßnahmen bei den Staatsausgaben waren und sind negative Effekte auf den privaten Konsum und Investitionen, die hinter anderen Ländern Europas zurückblieben. Trotz des Wirtschaftswachstums wurde der deutsche Binnenmarkt nicht gestärkt und wenig Impulse für Investitionen und Wachstum gesetzt. Drei Viertel des deutschen Wirtschaftswachstums der vergangenen Jahre sind den Exporten zuzuordnen, was negative Auswirkungen (→ Leistungsbilanzdefizite) auf andere Staaten hat (vgl. Lehndorff 2012). Von Deutschland selbst gingen somit wenige Impulse aus, die eigene Nachfrage zu erhöhen und Einkommen zu stärken. Deutschland profitiert als Trittbrettfahrer von den Ländern, die aus Deutschland importieren, und nutzt den eigenen Importspielraum nicht aus.

Die steigende Ungleichheit und Fokussierung auf Exporte trugen somit zur jetzigen Wirtschaftskrise und den wachsenden Ungleichgewichten zwischen den Mitgliedsstaaten bei – denn rund 69% der deutschen Ausfuhren gehen 2012 in europäische Länder, davon 57% in andere EU-Länder (wobei der Anteil während der Krise von rund 64% auf 57% sank). Immer mehr Stimmen fordern ein Umdenken

Deutschlands, die politischen Forderungen nach »Reformen« und einer Einschränkung der Staatsausgaben zeigen jedoch eher in die andere Richtung. Joseph Stiglitz, Wirtschaftsnobelpreisträger, schreibt über die starken Ungleichgewichte zwischen den EU-Mitgliedsstaaten: »Dieses Problem ist nach wie vor ungelöst; tatsächlich ist Deutschlands Versäumnis, etwas gegen seinen chronischen Außenhandelsüberschuss zu tun, ein zentraler Faktor der Eurokrise.« (Joseph Stiglitz, Der Standard, 15./16.12.2012)

Nun sollen auch andere Länder diese Politik umsetzen: Arbeitsmarktreformen, Flexibilisierung, Lohnzurückhaltung und Einsparungen bei den öffentlichen Ausgaben. Folgen jetzt alle Staaten der Forderung nach Sparmaßnahmen und wollen damit Exportüberschüsse wie Deutschland erzielen, bleibt jedoch die große Frage offen: Woher soll das Wachstum kommen, wenn alle Staaten sparen und weder die eigenen Produkte kaufen noch importieren? Es müssen also schnell neue HandelspartnerInnen gefunden werden, die nichts gegen → Leistungsbilanzdefizite haben – vielleicht auf dem Mars!

### **Mehr Staat statt mehr Sparen**

Gerade in der Krise wurde deutlich, wie wichtig Sozialsysteme sind. Sie haben maßgeblich dazu beigetragen, dass die Wirtschaft nicht weiter eingebrochen ist, die Arbeitslosigkeit nicht weiter anstieg und die private Nachfrage nicht stärker zurückging. Konjunkturpakete trugen zusätzlich dazu bei, die Auswirkungen der Krise gering zu halten, gerade auch in Deutschland. Im Zuge der »Schuldenkrise« sind die Wohlfahrtssysteme nun erneut unter Beschuss geraten. Um die Staatsschulden zu reduzieren, wird vor allem auf der Ausgabenseite gespart. Es werden Leistungen, Pensionen oder Löhne gekürzt, öffentliche Beschäftigung verringert, Arbeitsmarktregulierungen gelockert, weitere Privatisierungen durchgeführt und immer weitere Sparmaßnahmen gefordert. Problem und Ausgangspunkt der Krise war nicht der Staat, sondern die wachsende Ungleichheit und der Finanzsektor. Nun werden die Staatsschulden als Möglichkeit genutzt, den Staat weiter zurückzudrängen. Die Einsparungen haben einerseits negative Effekte auf Löhne, Nachfrage und damit auf das Wachstum, andererseits verstärken sie auf längere Frist die Ungleichgewichte in der Einkommens- und Vermögensverteilung. Und zusätzlich werden durch die Sparpolitik die Möglichkeiten verringert, weitere Krisen abzufangen.

Zur Bewältigung der aktuellen Krisen (wachsende Ungleichheit, Ungleichgewichte, Klimawandel; siehe Einleitung) und deren Ursachen werden jedoch andere Lösungen gebraucht. »Der von den »Defizitfal-

ken« und Befürwortern der Sparpolitik vorgegebene Kurs schwächt die aktuelle Konjunktur und untergräbt die Zukunftsaussichten« (Joseph Stiglitz, Der Standard 15./16.12.2012). Besonders Deutschland, aber auch Österreich und die Niederlande müssen jetzt bereit sein, mehr auszugeben, die Löhne zu erhöhen und die steigende Ungleichheit zu bekämpfen, anstatt auf Kosten anderer Staaten Außenhandelsüberschussrekorde zu sammeln.

### **Literatur**

- Kalina, Thorsten/Weinkopf, Claudia (2012): Niedriglohnbeschäftigung 2010: Fast jede/r Vierte arbeitet für Niedriglohn, IAQ-Report 1/2012.
- Lehndorff, Steffen (Hrsg.) (2012): Ein Triumph gescheiterter Ideen, Warum Europa tief in der Krise steckt – zehn Länder-Fallstudien, Hamburg: VSA.
- Truger, Achim (2009): Ökonomische und soziale Kosten von Steuersenkungen: Das Beispiel der rot-grünen Steuerreformen, in: PROKLA Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, 154: 27-46.
- vanTreeck, Till/Sturn, Simon (2012): Income inequality as a cause of the Great Recession? A survey of current debates. Conditions of work and employment series No. 39, International Labour Organization.

# »Nur eine marktkonforme Demokratie ermöglicht eine Lösung der Krise«



*»Die Europäisierung und Globalisierung der Wirtschaft hat eine Komplexität nach sich gezogen, die schnell handelnde Fachleute und entschlossene Regierungen erfordert. Demokratische und rechtsstaatliche Verfahren sind zwar weiterhin von Bedeutung, sie dürfen aber nicht dazu führen, dass es zu einer Beunruhigung der Märkte und ihrer Gesetze kommt. In einer grenzüberschreitenden Krise muss die europäische Exekutive gestärkt werden und im Notfall auch Recht setzen können.«*

Die Rede von der Notwendigkeit einer beschränkten Demokratie ist nicht neu. Vielmehr begleitet die Forderung nach einer gestärkten Exekutive die Geschichte kapitalistisch strukturierter Gesellschaften und wird in deren Krisen besonders lautstark erhoben. Um zu verhindern, dass die bisherige → Entwicklungsweise grundsätzlich in Frage gestellt wird, werden die Ursachen der Krise nicht thematisiert beziehungsweise naturalisiert. Damit gerät aus dem Blick, dass Krisen letztlich das Ergebnis sozialer Verhältnisse sind, die sich gegenüber den Menschen verselbstständigt und sich darüber ihrer unmittelbaren Gestaltung entzogen haben. Durch diese Umdeutung wird der → Logos einer umfassenden Demokratisierung verstellt und der Mythos bedient, dass allein Experten und starke Männer über das Wissen und die Durchsetzungsfähigkeit verfügen, die als Naturkatastrophe verklärte Krise zu lösen.

## **Der starke Staat gegen die soziale Demokratie**

Um einen starken Staat zu rechtfertigen, der in der Lage ist, ein wirtschaftspolitisches »Weiter wie bisher« trotz der Krise der bisherigen → Entwicklungsweise durchzusetzen, erfolgte auch eine Umdeutung der Ursachen der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre: Schuld an der Krise hätten nicht die Marktkräfte, sondern – so Walter Eucken, einer der Gründerväter des »neuen Liberalismus« – die Eingriffe der parlamentarischen Massengesellschaft. Durch die Demokratisierung des Staates hätte sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts ein Wirtschaftsstaat herausgebildet, in dem die Trennung zwischen Ökonomie und Staat schrittweise aufgehoben wurde und die »Politisierung der Wirtschaft« einsetzte. Dies sei höchst folgenreich, denn nicht mehr der freie Unternehmer würde mit Erfolg belohnt, sondern diejenigen, die sich am

machtvollsten gegenüber dem Staat durchsetzen und seine Maßnahmen gestalten könnten. Der Wirtschaftsstaat sei ein *schwacher Staat*, der sich des Ansturms der Interessen nicht mehr erwehren könne und von ihnen »auseinandergerissen« werde. Daher müsse ein *starker*, unabhängiger Staat geschaffen werden. Erst ein solcher Staat sei in der Lage, die Verflechtung von Wirtschaft und Politik zu lösen und sich allein auf die Bereitstellung eines *nicht-interventionistischen Ordnungsrahmens* zu beschränken: »Der neue Liberalismus [...] fordert einen starken Staat, einen Staat oberhalb der Wirtschaft, oberhalb der Interessen.« (Rüstow 1932: 172) Die Annahme, dass der → Neoliberalismus generell auf eine Schwächung des Staates ausgerichtet sei, ist daher falsch und hat zu vielen Fehleinschätzungen geführt: Schwach soll lediglich der Sozialstaat sein, stark hingegen der Ordnungs- und Sicherheitsstaat, um den Rahmen einer liberalen Eigentumsordnung durchzusetzen.

Damit ist ein Demokratieverständnis umrissen, das bis heute (neo-)konservatives und → neoliberales Denken bestimmt und das in der gegenwärtigen Krise der Weltwirtschaft und ihrer Entfaltung in der Eurozone neuen Auftrieb erhält. Demokratie ist dieser Auffassung zufolge nach ihrer Vereinbarkeit mit Marktgesetzen zu bemessen und muss nötigenfalls beschränkt werden: »Wenn der Liberalismus daher die Demokratie fordert, so unter der Voraussetzung, daß sie mit Begrenzungen und Sicherungen ausgestattet wird, die dafür sorgen, daß der Liberalismus nicht von der Demokratie verschlungen wird.« (Röpke 1933/1962: 124).

Angesichts der in den 1930er Jahren zunehmend erhobenen Forderung nach Wirtschaftsdemokratie (vgl. dazu schon Naphtali 1928) und der sich beschleunigenden Krise hatte in diesem Rahmen auch eine »befristete Diktatur« des Reichskanzlers Platz – denn die Exekutive müsse gegenüber der »unendlich langsamen« parlamentarischen Demokratie gestärkt werden. Damit schließt sich der Bogen zur neo-konservativ-autoritären Staatstheorie Carl Schmitts: Allein Notverordnungen und Formen der kommissarischen Regierung, so Schmitt, könnten angesichts des Ansturms der »besitzlosen Massen« in der spätestens 1929 einsetzenden Krise »Dauer, Kontinuität und Stabilität« gewährleisten. Wesentlicher Angelpunkt einer Revision der sozialen und demokratischen Errungenschaften war letztlich auch die Regelung des Ausnahmezustandes in der Weimarer Verfassung. Durch rechtswissenschaftliche Arbeiten, die darauf zielten, den einschlägigen Tatbestand möglichst weit auszulegen, leistete Schmitt den wesentlichen Beitrag zur damaligen Einsetzung von Experten- und Präsidialkabinet-

ten durch Notverordnungen, die auf eine Umgehung der parlamentarischen Arena hinausliefen.

Nachdem die Krise der 1930er Jahre ein gigantisches Loch in den öffentlichen Haushalt gerissen hatte, unternahm deutsche Industrieverbände und die Intellektuellen des → Neoliberalismus den Versuch, die Krise als eine der Staatsschulden neu zu erzählen. Die »Überbeanspruchung« des Staates durch die Sozialpolitik und der Wirtschaft durch die Steuerlasten würde eine »Totalrevision« des Budgets notwendig machen. Als die große Koalition am Widerstand der SPD-Basis gegen eine *ausgabenseitige* Konsolidierung gescheitert war und mit der Ernennung von Reichskanzler Brüning am 28. März 1930 die Zeit der »Präsidialkabinette« ohne Mehrheit im Reichstag begann, war die Zeit für ein *unmittelbares* Wirksamwerden der schmittianischen Theorie gekommen. Mit vier großen Sparpakten in nur zwei Jahren, die er durch *Notverordnungen auf Basis des Ausnahmezustandes* durchsetzte, betrieb Brüning mit Schmitt als zumindest mittelbarem Berater (Noack 1993: 126-132) eine rabiante Sparpolitik, die dramatische soziale Konsequenzen nach sich zog. Mit Notverordnungen wurden unter anderem »Schuldenbremsen« für Reich, Länder und Gemeinden eingeführt. Diese durch *exekutives* Ausnahmerecht vorgenommenen, offenkundig verfassungswidrigen Eingriffe in das parlamentarische Budgetrecht rechtfertigten die Beamten mit der Lehre Schmitts zur Durchbrechung der Verfassung im Ausnahmezustand.

### **Ökonomische und politische Krisen: Zwang statt Zustimmung**

Dieser kurze Rückblick (siehe dazu ausführlich Oberndorfer 2012) zeigt, dass Ideen zur Beschränkung der Demokratie vor allem dann vorgebracht werden, wenn der Konsens für die bisherige → Entwicklungsweise zunehmend wegbricht und dadurch eine → Hegemoniekrise entsteht. Ökonomische Einbrüche und ihre Kosten (z.B. Bankenrettung) verkleinern die Spielräume für materielle Zugeständnisse und lassen ideelle Leitmotive (»liberalisierte Märkte sind gut für alle«) brüchig werden. Um die bisherige Entwicklungsweise trotz ihres Scheiterns fortzusetzen, kommt es zu einer Neuzusammensetzung des Verhältnisses von Zwang und Konsens: Entdemokratisierung und Autoritarisierung ersetzen die wegbrechende Zustimmung.

Dies bedeutet aber nicht, dass sich das Verhältnis zwischen Zwang und Konsens allein in → Hegemoniekrisen verändert. Kleinteilige Veränderungen finden ständig statt, und auch zur Durchsetzung einer neuen Entwicklungsweise kommt es mitunter zu drastischen Verschiebungen. So kam es zu einer starken Zunahme staatlicher Repression,

um die → Neoliberalisierung der Gesellschaft durchzusetzen, woran die Bilder der Polizeigewalt gegen den britischen Bergarbeiterstreik 1984/85 stellvertretend erinnern. Und erst die Internationalisierung des Staates (z.B. in Form von WTO und EU) ermöglichte es, sensible Politikfelder auf Druck der Unternehmerverbände durch räumliche Verlagerung (wie z.B. im Fall der Europäisierung der Geld- und Wettbewerbspolitik) derart von Zustimmungserfordernissen zu entfernen, dass neoliberale Politiken auch gegen Kompromissgleichgewichte auf nationalstaatlicher Ebene durchgesetzt werden konnten. Im Gegensatz zu anderen (z.B. faschistischen) Theorien verherrlicht neoliberales Denken Zwang und Autoritarismus allerdings nicht. Vielmehr ist das Verhältnis zur Demokratie strategisch: Je nach Lage der Kräfteverhältnisse bewegen sich die neoliberalen Intellektuellen auf der Klaviatur der Demokratie nach links oder rechts. Es überrascht daher nicht, dass nach 1945 an den autoritären Liberalismus der Weimarer Zeit zunächst nicht wieder angeknüpft und die Fahne der Demokratie gegen den Ostblock hochgehalten wurde. Ab den 1970er Jahren wiederum wurden zur Abwehr sozialistischer Revolutionen im Westen und zur Durchsetzung des Neoliberalismus auch Diktaturen (z.B. in Chile) in Kauf genommen.

### **Die Durchsetzung einer neoliberalen Wirtschaftsverfassung und der »Rat der Weisen«**

In diesen Zusammenhang fällt auch Hayeks in den 1970er Jahren entwickeltes Modell einer liberalen Wirtschaftsverfassung. Diese müsse als Grundsatzentscheidung einer demokratischen Infragestellung entworfen sein. Zur Absicherung dieser Verfassung müsste die parlamentarische Demokratie daher durch »einen Rat der Weisen« beschränkt werden, denn sie sei nichts anderes als eine »unbegrenzte« Demokratie (Hayek 1977: 22), die nicht über so wichtige Fragen wie die Steuergesetzgebung bestimmen dürfe. Dieser Rat der Weisen solle aus »reifen« Männern und Frauen bestehen, die sich im gesellschaftlichen Leben bewährt hätten, die Probleme in langer Sicht betrachten und nicht von den Leidenschaften einer wandelbaren Masse abhängig seien. Daher müssten seine Mitglieder auch auf 15 Jahre gewählt werden.

Dass sich das Modell einer neoliberalen Wirtschaftsverfassung nahezu vollständig im Rahmen der Europäischen Union (EU) verwirklichen konnte, lässt sich leicht nachweisen. Am besten rufen wir dazu einen Zeugen auf, der nicht verdächtig ist, dem Neoliberalismus kritisch gegenüberzustehen – den ehemaligen Geschäftsführer des 1954 gegründeten Walter Eucken Instituts, das zu Recht als eine der älte-

sten neoliberalen Denkfabriken beschrieben wurde. Er meint, dass die Durchsetzung »einer liberalen Wettbewerbsordnung dort am ehesten verlässliche Hüter zu finden scheint, wo Pflichten Organen anvertraut sind, die [...] weniger Rücksichten auf Wahlrestriktionen zu nehmen haben als politische Parteien. [...] Nicht trotz, sondern gerade wegen eines letztlich gewollten »Demokratiedefizits« konnte die Europäische Kommission eine Marktöffnungspolitik beschreiben und die Europäische Zentralbank eine Geldpolitik betreiben, die sich Europas nationale Parlamente (aber auch das Europaparlament) wohl nur sehr selten zugetraut hätten.« (Wohlgemuth 2007: 12)

### **Entdemokratisierung im Zuge der »Wirtschafts- und Eurokrise«**

Die Maßnahmen, die in Folge der Wirtschaftskrise 2008ff. im Rahmen der → Hegemoniekrise der EU durchgesetzt worden sind, um ihre neoliberale Integrationsweise trotz zunehmenden Protests aufrechtzuerhalten, stellen allerdings eine neue Qualität in der marktkonformen Beschränkung und Durchbrechung formaler Demokratie dar. Mit dem Beschluss der so genannten *Economic Governance* (auch bekannt als Sixpack, da es sich dabei um insgesamt sechs EU-Rechtsakte handelt, siehe den Mythos »Schuldenbremsen bremsen Schulden«, S. 43ff.) wurde nicht nur der Stabilitäts- und Wachstumspakt verschärft, sondern auch ein Verfahren zum – beschönigend formulierten – Abbau makroökonomischer Ungleichgewichte entwickelt, das in der Praxis zur wettbewerblichen Restrukturierung der Arbeitsmärkte und Löhne dient. Im Rahmen der *Economic Governance* kann die europäische Exekutive (vor allem die besonders neoliberal und männlich zusammengesetzte Generaldirektion für Wirtschaft und Finanzen) unter Ausschluss des Europäischen Parlaments eigenmächtig wesentliche Teile der europäischen Wirtschaftspolitik festlegen. Wenn die Parlamente dieser Politik nicht folgen, kann die Kommission de facto alleine empfindliche Strafzahlungen verhängen.

Eine weitere »Krisenmaßnahme«, der Fiskalpakt, der zu Beginn des Jahres 2013 in Kraft getreten ist, sieht vor, dass die Nationalstaaten eine europäische Schuldenbremse in ihrer Rechtsordnung verankern müssen. Wenn die »Schuldenbremse« nicht eingehalten wird, soll »automatisch«, das heißt ohne weitere Entscheidung der Parlamente, ein »Korrekturmechanismus« ausgelöst werden. Die genauere Gestaltung dieses Korrekturmechanismus wird dabei im Fiskalpakt nicht festgelegt, sondern in die Hände der Kommission gelegt: Diese soll »insbesondere Art, Umfang und Zeitrahmen der zu ergreifenden Korrekturmaßnahmen« und die »Rolle und die Unabhängigkeit der

auf einzelstaatlicher Ebene für die Überwachung der Einhaltung der Vorschriften zuständigen Institutionen« definieren. Zugespielt bedeutet dies nichts anderes, als dass die Überwachung des Korrekturmechanismus in die Hände eines »Rats der Weisen« gelegt werden soll. Jene Mitgliedstaaten, die »Gegenstand eines Defizitverfahrens« sind, müssen dem Fiskalpakt zufolge zusätzlich zu den schon bisher bestehenden Bestimmungen ein Programm mit Strukturreformen zur Korrektur ihres Defizits vorlegen, das durch die europäische Exekutive im weiteren Sinn (Kommission und Rat) genehmigt werden muss. Die angesprochenen Krisenmaßnahmen haben gemein, dass sie die europäische Exekutive gegenüber den Parlamenten massiv aufwerten und punktuell zur *exekutiven* Rechtssetzung ermächtigen. Gleichzeitig besteht in den Europarechtswissenschaften weitgehende Einigkeit darüber, dass diese Maßnahmen rechtswidrig erlassen worden sind, da zu ihrer Beschlussfassung eigentlich eine Änderung der europäischen Verträge notwendig gewesen wäre.

Entsprechendes vollzieht sich auch auf der nationalstaatlichen Ebene. Die »Schocktherapien« im europäischen Süden, die massive Einschnitte bei der sozialen Sicherung (Arbeitsrecht, Pensionen, etc.) nach sich zogen, konnten nur mittels massiver Polizeigewalt, der Durchbrechung der nationalstaatlichen Verfassungen und der Europäischen Konvention der Menschenrechte (z.B. hinsichtlich des Rechtes auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit) ermöglicht werden. Gleichzeitig kam es durch die → Troika-Memoranda zu einer empfindlichen Beschneidung der parlamentarischen Arena, die sich nicht zuletzt in der Einsetzung von ExpertInnenregierungen ausdrückt. Auch wenn diese Regierungen letztlich durch entsprechende Mehrheiten abgesegnet wurden, geht ihre Inthronisierung auf den Druck der internationalen GeldgeberInnen und der Finanzmärkte zurück. Dies und der Umstand, dass zentrale Akteure dieser neuen Regierungen ein langjähriges Verhältnis zu internationalen Investment-Banken aufweisen, oder sogar, wie im Fall von Mario Monti, Träger des Hayek-Preises sind, verdeutlicht, dass auch »FachexpertInnen« immer politisch handeln.

### **Autoritärer oder progressiver Konstitutionalismus?**

Die angesprochenen Ähnlichkeiten mit der Krisenpolitik in der Weimarer Republik sind nicht zufällig, sondern das Ergebnis der größten Krise des Kapitalismus seit den 1930er Jahren, die sich zu einer tiefgehenden Krise der → neoliberalen Integrationsweise der EU entfaltet hat. Da *diese* Art und Weise der Integration nicht mehr auf den Konsens der Menschen in Europa trifft, wird ihre Fortsetzung durch eine

zunehmende Durchbrechung formaler Demokratie und des Rechts durchgesetzt, die es rechtfertigten, von dem Entstehen eines autoritären Konstitutionalismus zu sprechen (Oberndorfer 2013).

Dies gilt umso mehr, als sich in der 2012 losgebrochenen Debatte um eine weitere Integration der EU bereits die nächsten Beschränkungen der Demokratie ankündigen. Angela Merkel nimmt Bezug zu den neoliberalen Intellektuellen der Weimarer Republik, wenn sie in diesem Zusammenhang festhält, »dass wir Wege finden werden, wie die parlamentarische Mitbestimmung so gestaltet wird, dass sie trotzdem auch marktkonform ist«. Und der Präsident des europäischen Rates Herman Van Rompuy paraphrasiert Carl Schmitt, wenn er in seinem Abschlussbericht für den »Weg zu einer echten Wirtschafts- und Währungsunion« (vgl. Van Rompuy 2012) meint, dass es essentiell ist, auf europäischer Ebene Möglichkeiten für eine *exekutive* Rechtssetzung im Bereich der Wirtschaftspolitik zu schaffen.

Der Mythos einer beschränkten Demokratie, in der Experten und durchsetzungsfreudige Männer exekutiv jene Maßnahmen setzen, die zur Lösung der Krise notwendig sind, lässt sich als autoritärer Konstitutionalismus dechiffrieren, in dem wenige über viele herrschen, um die → neoliberale → Entwicklungsweise fortsetzen zu können. Dem gilt es den → Logos entgegen zu setzen, dass es gerade die gegenüber den Menschen verselbständigten Verhältnisse sind, die zu tiefen gesellschaftlichen Krisen führen. Wer die Krise(n) überwinden will, muss daher für eine umfassende Demokratisierung eintreten. Ein progressiver Konstitutionalismus (Marterbauer/Oberndorfer 2013: 81), der den Menschen in Europa die Möglichkeit gibt, über Alternativen zu streiten und ihre gemeinsame Zukunft zu gestalten, könnte einen Einstieg dazu bieten.

## Literatur

- Butterwegge, Christoph/Lösch, Bettina/Ptak, Ralf (2007): Kritik des Neoliberalismus. Wiesbaden.
- Hayek, Friedrich A. (1977): Drei Vorlesungen über Demokratie, Gerechtigkeit und Sozialismus. Tübingen.
- Marterbauer, Markus/Oberndorfer, Lukas (2013): Federating Competition States vs. Building Europe from Below, in: Queries 76 (auch online verfügbar unter: <http://bit.ly/oberndorfer>).
- Naphtali, Fritz (1928): Wirtschaftsdemokratie: Ihr Wesen, Weg und Ziel. Herausgegeben im Auftrag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Berlin.
- Noack, Paul (1993): Carl Schmitt – Eine Biographie. Berlin.
- Oberndorfer, Lukas (2012): Die Renaissance des autoritären Liberalis-

- mus?, in: PROKLA 168: 413-431 (auch online verfügbar unter: <http://bit.ly/oberndorfer>).
- Oberndorfer, Lukas (2013): Vom neuen, über den autoritären zum progressiven Konstitutionalismus? Pakt(e) für Wettbewerbsfähigkeit und die europäische Demokratie, in: *juridikum* 2013, 76 (auch online verfügbar unter: <http://bit.ly/oberndorfer>).
- Röpke, Wilhelm (1933/1962): Epochenwende, in: Ders., *Wirrnis und Wahrheit*. Erlenbach-Zürich/Stuttgart.
- Rüstow, Alexander (1932): Interessenpolitik oder Staatspolitik?, in: *Der deutsche Volkswirt* 6: 169-172.
- Van Rompuy et al. (2012): Auf dem Weg zu einer echten Wirtschafts- und Währungsunion. [http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/de/ec/134206.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/134206.pdf); Zugriff: 7. April 2013).
- Wohlgemuth, Michael (2007): Einheit in Vielfalt – Fünfzig Jahre europäische Ordnungspolitik, in: *FAZ* v. 17.3.: 11

# »Mehr sparen – weniger streiken!«



*»Bei der griechischen Krise handelt es sich primär um eine Staatsschulden-Krise. Die unverantwortliche Staatsausgabenpolitik ist die zentrale Krisenursache. Im Fall Spanien ist möglicherweise auch die starke Expansion der privaten Verschuldung eine weitere Krisenursache. Aber trotz dieser uneinheitlichen Diagnose der Krisenursachen für die südeuropäischen Euro-Zonen-Länder gibt es nur eine funktionierende Rezeptur: Der Weg aus der Krise kann nur über eine strikte Sparpolitik gehen. Dieser Weg ist alternativlos, deshalb sind soziale Proteste illegitim.«*

In offiziellen EU-Dokumenten und seitens des → Internationalen Währungsfonds (IWF) wird – wenn überhaupt – nur im Kleingedruckten ein zentrales gemeinsames makro-ökonomisches Kennzeichen der südeuropäischen Euro-Zonen-Länder erwähnt: die sehr hohen → Leistungsbilanzdefizite. In Portugal bewegte sich dieses in den Vorkrisenjahren relativ konstant um 10% des Bruttoinlandsproduktes (BIP), während es in Spanien und Griechenland von niedrigeren Ausgangswerten bis 2008 auf knapp 10% bzw. sogar 14,9% des BIP stieg. Die hohen Leistungsbilanzdefizite waren vor allem auf hohe Importüberschüsse zurückzuführen. Im Extremfall Griechenland deckten die Exporte 2008 nur mehr 28,6% der Importe ab – gegenüber bereits marginen 35,1% im Jahr 2000.

## **Entwicklung der Unterentwicklung**

Die äußerst defizitären Leistungs- und Handelsbilanzen spiegeln den avancierten Grad der De-Industrialisierung der drei südeuropäischen Länder wider. Sie gehörten in Europa zu den spät industrialisierenden Ländern. Die mit dem EU-Beitritt verbundene Außenöffnung und Handelsliberalisierung führte zu einer ersten Welle der De-Industrialisierung. Die EU-Mitgliedschaft schränkte die nationalstaatlichen Möglichkeiten einer Industriepolitik ein, ohne dass auf EU-Ebene spezielle industriepolitische Programme für die peripheren Regionen konzipiert und eingeführt worden wären. An solchen Programmen hatten die exportorientierten Zentrumsländer wie die Bundesrepublik Deutschland kein Interesse, und im Süden Europas waren die einheimischen Industrieinteressen politisch relativ schwach.

Der Beitritt zur Euro-Zone bedeutete eine weitere Schwächung der industriellen Strukturen, im Fall Griechenlands sogar der landwirtschaftlichen Produktion. Mit dem Beitritt zur Währungsunion

ging die Möglichkeit der Abwertung verloren. Sie war der letzte verbliebene Schutzmechanismus für die einheimische Produktion. Durch eine Währungsabwertung werden Importe verteuert, was die bestehende einheimische Produktion schützt. Exporte werden tendenziell begünstigt.

Die polarisierenden Wirkungen wurden durch die deutsche Politik der → Lohndeflation noch verstärkt. Deutschland war das einzige Land, in dem die Reallöhne (das heißt die Löhne im Verhältnis zum Preisniveau) über Jahre hinweg sanken. Diese Entwicklung war einer gezielten Politik der bewussten Schaffung eines Niedriglohnssektors und einer systematischen Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung, wie sie von der rot-grünen Bundesregierung initiiert und später von den Merkel-Regierungen fortgesetzt wurde, geschuldet. Damit wurde die Inflationsrate des größten EU-Industrielandes unter den EU-Durchschnitt gedrückt. Die Wirkung einer derartig restriktiven, deflationär konzipierten Politik ist ähnlich einer Währungsabwertung. Die Exportüberschüsse – Kern des deutschen neo-merkantilistischen Modells – stiegen spiegelbildlich zu den Importüberschüssen der süd-europäischen Länder an. Auch einige kleinere Zentrumsländer, wie die Niederlande oder Österreich, verfolgten eine ähnlich restriktive Lohnpolitik – und erzielten gleichfalls → Leistungsbilanzüberschüsse.

In dieser Konstellation fiel Portugals Wachstum hinter jenes der → EU-15-Staaten zurück. Griechenland und Spanien holten hingegen beim BIP formal auf, galten sogar als Wirtschaftswunderländer. Allerdings war das Wachstum nicht auf Expansion der produktiven Kernsektoren, sondern auf kredit-getriebenen Konsum (Griechenland) bzw. eine enorme Finanzblase im Immobiliensektor und eine frenetische Bautätigkeit (Spanien) gegründet. Tourismus und Immobilien wurden zu wirtschaftlichen Leitsektoren. Das Wachstum war import- und kreditbasiert. Die infolge des Euro-Beitritts deutlich gefallen Zinsen stimulierten die Kredite. Während in Spanien und Portugal die Schulden überwiegend Privatschulden waren, erreichte in Griechenland der Anteil der Staatsschulden an den Gesamtschulden einen im EU-Vergleich besonders hohen Anteil (dieser ging allerdings im Verhältnis zum BIP aufgrund des Wirtschaftswachstums in den unmittelbaren Vorkrisen-jahren sogar zurück). Selbst bei Spanien und Griechenland handelte es sich um eine Pseudo-Konvergenz mit den Kernländern, denn strukturell entwickelten sich Peripherie- und Zentrumsländer in der EU immer weiter auseinander.

Die hohen → Leistungsbilanzdefizite wurden primär durch Auslandskredite, vor allem französischer und deutscher Banken, finanziert. Das

Wachstumsmodell hing völlig vom ständigen Zufluss von Auslandskapital – konkret von stetig steigender Auslandsverschuldung – ab. Die Last der (öffentlichen und privaten) Auslandsschulden erreicht äußerst hohe Werte: Im Jahr 2010 betrug sie in Griechenland 179,6% des BIP, in Spanien 165,3% und in Portugal sogar 231,5%.

### **Krisendynamik in Südeuropa**

Ein derartiges auf hohem Waren- und Kapitalimport basierendes Wachstumsmodell ist extrem krisenanfällig und auf die Dauer nicht durchhaltbar. Das zeigte auch die aktuelle Krise – allerdings nicht sofort in aller Dramatik. Die Schrumpfung des BIP war in den drei südeuropäischen Ländern Griechenland, Portugal und Spanien 2009 sogar eher noch relativ milde ausgeprägt. Die Exporte spielten für die Ökonomien keine große Rolle – und damit konnte auch der Exportrückgang keine dramatischen Folgen haben. Dank der Mitgliedschaft in der Euro-Zone versiegten auch die Kapitalzuflüsse – trotz der zuge-spitzten internationalen Lage – noch nicht. Allerdings zeitigte der Kollaps der heimischen Immobilienblase in Spanien bereits relativ deutliche Wirkungen. Die ersten wirtschaftspolitischen Reaktionen auf die Krise waren noch relativ verhalten.

Ab Anfang 2010 wurden die strukturellen Verwundbarkeiten dann allerdings doch schlagend. Griechenland geriet als erstes Land der Euro-Zone unter den Druck der FinanzanlegerInnen. Dass die Krise der peripheren Euro-Zonen-Länder mit Griechenland begann, war kein Zufall. Hier war das → Leistungsbilanzdefizit das höchste in der Euro-Zone – entsprechend war auch die Abhängigkeit von äußeren Kapitalzuflüssen hier am größten. Das Image des Landes war durch die gerade öffentlich bekannt gewordene Manipulation der Statistiken zum Budgetdefizit angeschlagen. Und die spezifische Struktur der griechischen Schulden mit ihrem für die EU untypischen extrem hohen Gewicht der Staatsschuld bot zudem willkommene politische Angriffsflächen.

Die Kapitalzuflüsse in die südeuropäischen Euro-Zonen-Länder trockneten aus – zunächst in Griechenland, dann auch in den anderen Ländern sowie in Irland mit seinem völlig überdehnten Bankensektor. Die verlangten Zinsen stiegen stark an. Die Wirtschaftsmodelle der peripheren Euro-Zonen-Länder wurden in ihrem Kernbereich – der Abhängigkeit von permanenten Kapitalzuflüssen – getroffen. Damit gerieten sie – wie bereits Ende 2008/Anfang 2009 einige osteuropäische EU-Länder mit hoher Abhängigkeit von Auslandskrediten (vor allem die baltischen und südosteuropäischen Staaten sowie Ungarn) – unter extremen ökonomischen und politischen Druck. Die unter Regie

von → Internationalem Währungsfonds (IWF) und EU in Ungarn, Lettland und Rumänien durchgesetzten Strukturanpassungsprogramme mit ihrer extrem restriktiven Budget- und offensiven Lohnsenkungspolitik, die sich ihrerseits an den gescheiterten IWF-Programmen der 1990er Jahre in Südamerika orientierten, sollten dann auch das Modell für die EU-/IWF-Politik in Südeuropa abgeben. Die Krise sowie die EU/IWF-Politik in Griechenland hatten tiefe Rückwirkungen auf Zypern mit seinem überdimensionierten Finanzsektor, der stark in Griechenland engagiert war.

### **(Anti-)Modell Lettland**

Als besonders erfolgreich wird im Hinblick auf die osteuropäische Sparpolitik unter Regie von EU und IWF von hochrangigen Offiziellen Lettland gelobt. Lettland galt bis zur Krise als ein → neoliberales Musterland. Allerdings war das zeitweilige hohe Wachstum der Vorkrisenjahre primär von einer massiven Kreditblase, zu der schwedische Banken maßgebliche Beiträge lieferten, getragen. 2009 verzeichnete Lettland dann allerdings einen Rekordeinbruch von 18% beim BIP. Der private Konsum brach im selben Jahr sogar um 22,8% ein. Die Rezession dauerte bis 2010 und während der gesamten Rezessionsperiode fiel das lettische BIP um mehr als 20%. Das BIP überschritt 2010 kaum den Wert von 1990. Es waren also zwei verlorene Entwicklungsdekaden zu verzeichnen. Die offizielle Arbeitslosigkeit verdoppelte sich in der Krise binnen kurzer Zeit. Die sozialen Dienste wurden in drastischer Manier abgebaut. Laut Eurostat litten 2011 30,9% der lettischen Bevölkerung unter »erheblicher materieller Entbehrung«, was nach Bulgarien mit 43,6% der zweithöchste Wert in der EU war. Um einen extrem hohen sozialen Preis wurde das → Leistungsbilanzdefizit vorübergehend in ein Plus umgedreht. Die Last der Auslandsschulden im Verhältnis zum BIP stieg hingegen zwischen 2008 und 2010 von 129,2% auf 165,0%. 2011 und 2012 verzeichnete die lettische Ökonomie – ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau – wieder ein Wirtschaftswachstum. Getragen wird dieses Wachstum erneut zumindest teilweise von der Verschuldung der privaten Haushalte. Mit dem Wachstum hat sich die Leistungsbilanz gleich wieder verschlechtert. Dies ist auch kein Wunder, da die produktive Struktur des Landes nicht verbessert worden ist. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit auf gut 14% im Sommer 2012 gegenüber mehr als 20% auf dem Höhepunkt der Krise sollte nicht vorschnell auf eine Entspannung der sozialen Lage schließen lassen. Seit 2008 haben Niedriglöhne und hohe Arbeitslosigkeit den Massenexodus aus Lettland erneut beschleunigt. Laut offiziellen Angaben sol-

len allein innerhalb des letzten Jahrzehntes fast 10% der Bevölkerung dem Land den Rücken gekehrt haben. So sieht für EU-Offizielle, aber auch die lettische Regierung eine Erfolgsgeschichte aus.

### **Sparpolitik in der Sackgasse**

Die Beteiligung des → IWF an der Strukturanpassungspolitik in Südeuropa war in der EU zunächst umstritten. Sie wurde bereits sehr früh von der niederländischen Regierung – unter Verweis auf die einschlägige Expertise des IWF – ins Spiel gebracht. Später machte sich die deutsche Bundesregierung diese Forderung zu eigen und setzte sie – gegen die Widerstände anderer EU-Länder, zum Beispiel der widerstrebenden französischen Regierung – durch. Damit verzichtete die EU auf eine autonome Krisenbekämpfungspolitik.

Wie in den Strukturanpassungsprogrammen der 1990er Jahre in Südamerika und den vergleichbaren Programmen in Osteuropa 2008/09 wurde die zumindest zeitweilige Bewahrung des Wechselkurses – im Fall der südeuropäischen Länder in Form der Mitgliedschaft in der Euro-Zone – zum Kernziel der Anti-Krisen-Politik. Im Fall eines Austritts der peripheren Länder aus der Euro-Zone und einer folgenden Abwertung drohten den westeuropäischen Banken empfindliche Verluste und die Geschäftsgrundlage für die neo-merkantilistische Exportpolitik der EU-Kernländer wäre in Frage gestellt worden. Die Ersetzung privater durch öffentliche Kredite mittels neu geschaffener Kreditfazilitäten – erst den provisorischen → EFSF, dann den permanenten → ESM – ermöglichte es den westeuropäischen Banken, ihre Außenstände in den südeuropäischen Randländern abzubauen.

Die Regierungen der westeuropäischen Kernländer lehnten eine deutlich expansiv orientierte Budget- und Lohnpolitik in den Kernökonomien, welche den Konkurrenzdruck auf die Peripherie abgemildert hätte, ab, wandten sich aber auch gegen den Austritt südeuropäischer Länder aus der Euro-Zone mit einer nachfolgenden Abwertung, die einen Schutzmechanismus für die Peripherieländer schaffen würde. Stattdessen drängten sie auf eine Politik der so genannten inneren Abwertung. Dies ist eine beschönigende Formel für eine Deflationspolitik. Deren Kernbestandteile sind eine extrem restriktive Budgetpolitik sowie Kürzungen der Löhne, Pensionen und sonstigen Sozialleistungen. Zur dauerhaften Schwächung der Gewerkschaften schreiben die IWF-/EU-Strukturanpassungsprogramme im Süden Europas aber auch tiefe Eingriffe in das → Tarifvertragsrecht vor. Eine derartige Politik entspricht in den Kernzügen auch den Vorstellungen der Rechtsparteien in Südeuropa. Mit Rückendeckung durch die EU und den IWF

sehen sie sich in der Lage, eine Radikalisierung der → neoliberalen Politik gegen innere Widerstände leichter durchzusetzen.

Regierende sozialdemokratische Parteien haben sich in die Brüsseler/Washingtoner Vorgaben gefügt. In der Euro-Zone haben die Regierungen Griechenlands, Irlands und Portugals Strukturanpassungsabkommen mit IWF und EU abgeschlossen. Die spanische Regierung hat allein ein sektorales, auf den Finanzsektor bezogenes Abkommen mit der EU getroffen. Die zypriotische Linksregierung hat zwar 2012 einen Antrag auf Gelder aus dem → ESM gestellt, verhandelt aber härter als die anderen genannten Regierungen und hat sich als einzige Regierung auch um eine alternative Finanzierung – in diesem Fall aus Russland – bemüht. Daher wartete die EU mit dem Abschluss der Verhandlungen ab, bis ein neuer, aus der politischen Rechten stammender Präsident gewählt war. Diesmal ging die EU über die üblichen Sparmaßnahmen hinaus. Laut einer ersten Vereinbarung von Mitte März 2013 sollten auch die SparerInnen der zypriotischen Banken bluten: Eine Sondersteuer von 6,75% auf Einlagen unter 100.000 Euro bzw. von 9,9% jenseits dieser Grenze sollte erhoben werden. Von EU-PolitikerInnen hieß es, ein solcher Eigenbeitrag Zyperns sei unerlässlich. Außerdem sei das zypriotische »Geschäftsmodell«, das ausländische Einlagen mit hohen Zinsen und niedrigen Steuern anziehe, nicht haltbar. Medial wurde besonders herausgestrichen, dass es sich bei den Geldanlegern in Zypern vor allem um russische Oligarchen handelte. Im Fall Irlands mit einem ähnlich gestalteten Wirtschaftsmodell – allerdings einem hohen Engagement westeuropäischer Finanzinstitute – wurden ähnliche Forderungen nicht erhoben. Die Heranziehung von Depositen von unter 100.000 Euro widersprach im Übrigen einer früheren feierlichen Garantie der EU für alle Einlagen bis zu 100.000 Euro. Angesichts starker sozialer Proteste lehnte das zypriotische Parlament den Vorschlag einmütig ab. Die Regierung suchte erneut um eine Alternativfinanzierung in Russland an – war dabei aber diesmal nicht erfolgreich. Allerdings wurde das ursprüngliche Abkommen nun modifiziert. Die GläubigerInnen und EinlegerInnen mit mehr als 100.000 Euro bei den beiden größten zypriotischen Banken werden nunmehr als Ersatz für die Sondersteuer zur Ader gelassen. Die zweitgrößte Bank des Landes wird liquidiert. Die Verteilungswirkungen sind damit weniger krass.

Die EU hat tatsächlich einen Schlag gegen das zypriotische »Geschäftsmodell« gelandet – allerdings ohne jede systematische Maßnahme gegen Steuerparadiese und Finanzoasen und auch ohne jeden Ansatz für ein alternatives ökonomisches Modell für Zypern. Die Spa-

rerInnen in anderen Krisenländern haben eine klare Botschaft erhalten, was sie im Falle einer erneuten Krisenzuspitzung erwarten können. Damit hat die EU panikartige Abhebungen von Konten für die Zukunft wahrscheinlicher gemacht. Mit den Eingriffen in das Banksystem steht Zypern in Südeuropa noch als Sonderfall da. Ansonsten entspricht die EU/IWF-Politik allerdings einem einheitlichen Muster. Mit der restriktiven Budget- und Lohnsenkungspolitik sollen dauerhaft die Binnennachfrage und damit die Importe abgesenkt werden. Vorrangiges Mittel der Senkung des → Leistungsbilanzdefizits ist die Importreduktion. Allerdings hegen die → neoliberalen ÖkonomInnen auch die Hoffnung, dass die Lohnsenkungen irgendwann zu Exportsteigerungen führen werden. Wird das Leistungsbilanzdefizit reduziert, sinkt der externe Finanzierungsbedarf. Eine Rezession ist unvermeidliche Folge einer stark dosierten Politik der »inneren Abwertung«. Eine Rezession verschärft allerdings die Schuldenproblematik, da sich das Verhältnis öffentliche bzw. private Schulden zum BIP zumindest tendenziell verschlechtert. Die EU-/→ IWF-Politik ist geeignet, Leistungsbilanzdefizite vorübergehend zu mindern (ohne re-industrialisieren zu müssen) und die Kräfteverhältnisse strukturell zu Ungunsten der Lohnabhängigen zu verändern, nicht aber, wie offiziell proklamiert wird, zur Behebung der Schuldenkrise. Genau das zeigen auch die bisherigen Folgen dieser Politik.

Die Folge der Strukturangepassungspolitik ist eine ausgeprägte Rezession. Diese ist stärker ausgefallen, als vom IWF ursprünglich angenommen. »Laut dem »Memorandum« (Vereinbarung der Troika mit Griechenland) hätte man mit einem Rückgang der griechischen Wirtschaftsleistung von ungefähr 8,6% des BIP zwischen den Jahren 2009 und 2012 rechnen müssen«, ruft der frühere sozialdemokratische Premierminister Konstantinos Simitis in einem Ende 2012 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung publizierten Artikel in Erinnerung. »Die tatsächliche Rezession fiel aber viel stärker aus. Sie wird bis Ende dieses Jahres etwa 23% und in den beiden kommenden Jahren etwa 30% betragen.« Das ist in der Euro-Zone ein Rekordrückgang des BIP. Einen ähnlich erschreckenden Einbruch des BIP hatte in der EU das → IWF/EU-Musterland Lettland zu verzeichnen. Mit dem Strukturprogramm ist auch Portugal in die Rezession zurückgefallen, gleiches gilt für Spanien mit seiner ähnlich angelegten Politik. Besonders negativ stehen in Südeuropa – auch im Vergleich zu Osteuropa – die niedrigen öffentlichen Investitionen heraus. In Griechenland machten sie 2011 gerade einmal 1,6% des BIP aus, gegenüber 2,6% in Portugal und 4,2% in Lettland.

Durch die Rezession ist die Arbeitslosigkeit auf Rekordniveau angestiegen: In Griechenland und Spanien überschreitet sie selbst offiziell die 25%-Marke, in Portugal beträgt die Arbeitslosenquote 16% (bei doppelt so hoher Jugendarbeitslosigkeit). Die Reallöhne und Pensionen sind zum Teil sehr stark gekürzt worden. Damit sind die Masseneinkommen massiv gesenkt worden. Soziale Dienstleistungen sind, speziell im Gesundheitsbereich, stark eingeschränkt und verschlechtert worden. In Portugal steht selbst die Einführung von Schulgebühren an öffentlichen Schulen zur Diskussion. BezieherInnen niedriger Einkommen verlieren so den Zugang zu sozialen Grunddiensten, während die Mittelschicht in private Dienstleistungen und damit verbundene Verschuldung gedrängt wird.

Die starke Beschränkung der Binnennachfrage hat tatsächlich zu einem Rückgang der Importe und → Leistungsbilanzdefizite – bei den oben beschriebenen negativen Auswirkungen auf die Bevölkerungen – beigetragen. Allerdings betrug das Leistungsbilanzdefizit in Griechenland 2011 im vierten Jahr der Rezession immer noch 9,8% des BIP, was weit über dem als kritisch geltenden Wert von 5% liegt. Dies ist ein Indikator für den Grad der Unterentwicklung der produktiven Sektoren. In Portugal und speziell in Spanien war der Rückgang des Leistungsbilanzdefizites mit Werten von 6,5% bzw. 3,5% des BIP rascher. Allerdings ist er in keinem der Länder auf eine Stärkung der produktiven Struktur zurückzuführen. Die osteuropäischen Länder zeigen, dass ein Anziehen des Wachstums rasch wieder zu einer Verschlechterung der Leistungsbilanz führen würde. Der Kern des Problems, die schmale industrielle Basis, ist ungelöst.

Die Entwicklung von Budgetdefizit und öffentlicher Schuldenlast stellte sich tendenziell ungünstiger als in den Prognosen von → IWF-/EU-Programmen angenommen dar. Die durch die Sparpolitik verschärfte Rezession schlug auf die Staatseinnahmen negativ durch. Zwischen dem 3. Quartal 2010 und 2011 wiesen die drei Euro-Zonen-Länder mit IWF-/EU-Strukturanpassungsprogrammen die stärksten Steigerungen des Verhältnisses der öffentlichen Schulden zum BIP auf. Daher beschloss die EU im Februar 2012 einen Schuldenschnitt für die privaten GläubigerInnen Griechenlands. Noch im selben Jahr wurde offen diskutiert, dass auch dieser Schnitt nicht ausreichen dürfte. Die daraufhin beschlossenen Maßnahmen (Zinssenkungen, Schuldenrückkauf Griechenlands) schafften der EU bei Griechenlands Finanzproblemen Luft bis nach den deutschen Bundestagswahlen im Herbst 2013. Danach dürfte die Frage erneut auf die Tagesordnung kommen – und möglicherweise reale Zahlungen statt Kreditzusagen fällig werden. Das

würde dann die Diskussion in den Kernländern anfachen, Griechenland doch aus der Euro-Zone hinauszudrängen – und zwar in einem → neoliberal geprägten Politikkontext.

### **Soziale Proteste**

Gegen die Sparpolitik haben sich starke soziale Proteste entwickelt, vor allem in Griechenland. Sie werden hauptsächlich von Gewerkschaften, speziell des öffentlichen Dienstes, getragen. Es hat zudem in allen drei Ländern Generalstreiks gegeben. Besonders zahlreich waren die Streiks in Griechenland, aber auch in Portugal und Spanien haben die Streikaktivitäten zugenommen. Weitere zentrale TrägerInnen der Proteste sind die Jugendlichen, die zwar oft gut ausgebildet, aber ohne berufliche Perspektive sind. In Griechenland haben zusätzlich bestimmte Gruppen von kleinen Selbstständigen, die sich durch die Deregulierung ihrer Bereiche bedroht fühlen, sehr aktive Proteste lanciert. In Portugal und Spanien hat es punktuelle Erfolge gegeben. In Griechenland hingegen haben die Proteste, obwohl sie stark und anhaltend sind, keine ernsthafte Modifikation der Sparpolitik erreichen können. Allerdings ist die linke Oppositionspartei Syriza aus den Protesten heraus zur stärksten Oppositionspartei und potenziellen Regierungspartei avanciert.

### **Alternativen: Euro-Keynesianismus oder linker Austritt aus der Euro-Zone**

Sollte Syriza an die Regierung kommen, sähe sie sich vor schwierige Alternativen gestellt. Eine zentrale Frage ist die Mitgliedschaft Griechenlands in der Euro-Zone. Syriza ist in dieser Frage gespalten. Eine Mehrheit der Partei befürwortet, dass Griechenland in der Euro-Zone verbleibt, und zielt auf eine euro-keynesianische Wirtschaftspolitik, eine Minderheit favorisiert eine linke Strategie des Austritts aus der Euro-Zone. Ein euro-keynesianisches wirtschaftspolitisches Programm wird beispielsweise von der EuroMemo-Gruppe linker europäischer ÖkonomInnen vertreten. Sie setzen sich für eine expansivere Lohn- und → Fiskalpolitik in den Kernländern, aber auch für einen Ausbau der Regionalpolitik bei Setzung deutlicher industriepolitischer Akzente in den Peripherieländern ein. Einer solchen Politik stehen allerdings gewaltige politische und institutionelle Hindernisse entgegen. Durch die Rechtssetzungen (z.B. Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes) und vertraglichen Regelungen in den Krisen Jahren sind die ohnehin schon geringen Möglichkeiten für → keynesianische Wirtschaftspolitik weiter massiv eingeschränkt worden. Die Entschei-

dungszentren auf EU-Ebene sind von gesellschaftlichem Druck und demokratischer Kontrolle institutionell wirksam abgeschirmt. Die Krisendynamik ist in der EU sehr ungleich und damit ist auch die Mobilisierung gegen die Sparpolitik in der EU unterschiedlich. Sie verbleibt zudem stark im nationalstaatlichen Rahmen. Damit ist die Durchsetzung euro-keynesianischer Politik sehr unwahrscheinlich. Zudem ist fraglich, ob selbst eine expansive Politik in den Zentren in Verbindung mit einer aktiven Industriepolitik in der Peripherie eine ausreichende Re-Dynamisierung der produktiven Sektoren in den EU-Peripherieländern überhaupt erreichen könnte.

Als weitere Alternative bleibt eine von den Schuldnerländern ausgehende Erklärung der Zahlungsunfähigkeit in Verbindung mit einem Austritt aus der Währungsunion, Abwertung, Sozialisierung des Bankensektors und Förderung der produktiven Sektoren. Ein Austritt aus der Euro-Zone wird auch von einigen linken Strömungen gefordert. Relativ detailliert argumentiert eine Gruppe von linken ÖkonomInnen um den aus Griechenland stammenden Costas Lapavistas in stark beachteten Studien für eine solche Politik. Die BefürworterInnen einer solchen Politik erwarten sich hiervon eine Erweiterung der Handlungsoptionen und halten den Schutzmechanismus, den eine Abwertung für die produktiven Sektoren bieten kann, für eine wichtige Voraussetzung, um eine Re-Industrialisierung in Gang zu setzen. Eine gewisse Referenz stellt hierfür Argentinien 2001/2002 dar, das sich aus der Dollar-Bindung löste, eine erhebliche Schuldenreduktion durchsetzte und dessen Wirtschaftsdynamik in den letzten Jahren relativ stark durch die binnenorientierten Industriesektoren getragen war.

Kurzfristig massive Probleme, die durch ein Abgehen vom Euro entstünden, räumen die linken BefürworterInnen einer solchen Option ein, sehen eine derartige Politik jedoch als Voraussetzung für alternative Entwicklungswege. Sie müsste durch Maßnahmen wie strikte Kapitalverkehrskontrollen sowie wieder eingeführte Grenzkontrollen flankiert werden. Zudem würde sie sich größeren Hindernissen als im Fall Argentiniens – geringerer gesellschaftlicher Konsens, schwierigeres internationales Umfeld – ausgesetzt sehen. Angesichts des fortgeschrittenen Grades der De-Industrialisierung speziell in Griechenland wären die positiven Wirkungen der Industrialisierung schwächer als in Argentinien. Die Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte in der EU sind allerdings so stark, dass die Alternativen unvermeidlich mit hohen sozialen Kosten verbunden sind.

## Literatur

- Becker, Joachim (2012): Blindstellen: ungleiche Entwicklung und ungleiche Mobilisierung in der EU, in: Prokla, Nr. 168: 467-476.
- EuroMemo Group (2013): The deepening crisis in the European Union: The need for a fundamental change. Euro Memorandum 2013. [www.euromemo.eu/euromemorandum/euromemorandum\\_2013/index.html](http://www.euromemo.eu/euromemorandum/euromemorandum_2013/index.html) (deutschsprachige Fassung: EuroMemo Gruppe: EuroMemo 2013. Die Krise in der Europäischen Union verschärft sich: Ein grundlegender wirtschaftspolitischer Wandel ist notwendig. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 3/2013; [http://www2.euromemorandum.eu/uploads/euromemorandum\\_2013\\_german.pdf](http://www2.euromemorandum.eu/uploads/euromemorandum_2013_german.pdf))
- Frangakis, Marica (2012): »Die Staatsschuldenkrise in Griechenland und das europäische Projekt«, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung. 23 (92): 163-177
- Lapavitsas, Costas et al. (2012): Crisis in the Euro Zone. London/New York.



# »Die Europäische Zentralbank heizt die Inflation an«



*»Die expansive Geldpolitik der letzten Jahre entspricht einem rückhaltlosen »Anwerfen der Geldpresse«. Dieses Vorgehen birgt einen hohen Inflationsdruck in sich. Zur Erhaltung der Geldwertstabilität ist es daher notwendig, dass die Europäische Zentralbank ihre expansiven Maßnahmen einstellt und damit die wirtschaftliche Stabilität sicherstellt. Hierdurch könnte in der Folge auch die Konjunktur in Europa wiederbelebt werden.«*

## **Wo kommt der Mythos her? – »Geldpresse« und Inflation**

Die Inflationsangst ist in vielen europäischen Staaten ein Schreckgespenst, weil sie historische Erfahrungen wachruft. Auch Österreich und Deutschland hatten in den 1920er Jahren mit Hyperinflation zu kämpfen (vgl. BEIGEWUM/ATTAC 2010: 77ff.), die eine Höhe von mehreren 10.000% pro Monat erreichte und verheerende Folgen für Haushalte und Unternehmen hatte. Daher folgt heute die → Europäische Zentralbank (EZB), im Gegensatz zu vielen anderen Notenbanken, wie etwa der FED (Federal Reserve Bank) der USA, streng ihren engen Zielvorgaben von 2% Inflation. Angesichts der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008, die auch in einer Liquiditätskrise des Bankensektors deutlich wurde – das heißt, zahlreiche Geschäftsbanken standen vor dem Problem, nicht ausreichend sichere liquide Mittel in ihren Bankenbilanzen aufweisen zu können –, war die EZB jedoch angehalten, durch eine Ausweitung der Geldmenge oder/und das Senken des Zinsniveaus eine Gegenstrategie zu entwickeln. Schließlich gibt es ebenfalls historische Beispiele, wie ein zu zaghaftes Eingreifen der Notenbanken Wirtschaftskrisen verstärken kann: die Wirtschaftskrise von 1929.

In diesem Dilemma zwischen den mahnenden Beispielen der Vergangenheit – Hyperinflation und Weltwirtschaftskrise – war die EZB gezwungen, auf die neuerliche Finanz- und Wirtschaftskrise zu reagieren. Die Argumentation, dass eine aktive Notenbank die Inflation anheizt, besitzt eine lange Tradition in der ökonomischen Theorie und hat sich daher verankert: Die Warnung vor einer Hyperinflation beruht vor allem auf einer ökonomischen Annahme, die postuliert, dass eine Erhöhung der Geldmenge direkt zu einer Erhöhung des Preisniveaus führt (dieses ökonomische Postulat wurde auch Quantitätsgleichung genannt), und auf der plakativen Darstellung von »helicoptermoney« des Monetaristen Milton Friedman. Fällt zusätzliches

Geld quasi vom Himmel, wie von einem Hubschrauber (»helicopter«) – oder wird es von der Nationalbank durch Anwerfen der Notenpresse in die Volkswirtschaft gebracht –, so werden die einzelnen AkteuerInnen, die das Geld aufsammeln, kurzfristig eine Besserstellung erfahren, doch für eine gesamtwirtschaftliche Betrachtung bedeutet es lediglich, dass mehr Geld und damit Einkommen vorhanden ist, was schließlich dazu führt, dass das Preisniveau steigt. Im Rahmen der genannten Quantitätstheorie des Geldes, die von der Gleichung (Identität) – Geldmenge multipliziert mit der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes ist gleich ökonomischer Output (Wirtschaftsleistung) mal Preis – ausgeht, wird ein direkter Zusammenhang zwischen der Geldmenge und dem Preisniveau postuliert. Der Grund, warum die Quantitätsgleichung greifen kann, ist, dass in der dahinterliegenden ökonomischen Theorie angenommen wird, dass die Wirtschaftsleistung bereits an ihrem Maximum ist und alle Ressourcen ausgelastet sind, das heißt z.B., dass alle ArbeitnehmerInnen beschäftigt sind. Die Schlussfolgerungen für die Geldpolitik sind in diesem ökonomischen Paradigma eindeutig: Die Geldmenge darf lediglich mit einer im Vorhinein bekannt gegebenen Rate steigen, sodass Unternehmen und Haushalte einerseits die Sicherheit haben, dass ausreichend Geld im System verfügbar ist, um das Güter- und Dienstleistungsangebot zu steigern, und diese andererseits auch vor drohender Inflation durch zu schnelles Wachstum der Geldmenge gewahrt sind.

Der Mythos, dass eine Steigerung der Geldmenge oder ein Sinken des Zinsniveaus zu einer Steigerung des Preisniveaus führt, findet sich jedoch auch in einem anderen ökonomischen Ansatz. Demnach kann durch die Geldpolitik die Wirtschaftsleistung gesteigert werden, aber eben auch das Preisniveau. Die davor angenommene Trennung zwischen Realwirtschaft und Geldwirtschaft ist aufgehoben. Die Bedeutung der Geschäftsbanken als KreditgeberInnen für Haushalte und Unternehmen steht dabei im Mittelpunkt.

Das bedeutet, dass Geschäftsbanken durch Kreditvergabe Geld schöpfen – also schaffen können – und die Geldmenge somit nicht ausschließlich durch die Notenbank bestimmt wird: Die Kreditvergabe der Geschäftsbanken ermöglicht bei einer Erhöhung der Geldmenge der Notenbank die Steigerung der in der Ökonomie verfügbaren Geldmenge um ein *Vielfaches*. Gleiches passiert, wenn die Notenbank statt durch eine Steigerung der Geldmenge durch ein Absenken des Zinsniveaus Geld und damit die Refinanzierung für Banken »billiger« macht (vgl. Jäger/Springler 2012: Kapitel 6). Der Unterschied zur oben beschriebenen Gleichung ist jedoch, dass in diesem Fall die-

se expansive Geldpolitik der Notenbank auch dazu führt, dass durch ein niedrigeres Zinsniveau Unternehmen eher bereit sind, Investitionen zu tätigen und sich auf diesem Weg auch Effekte auf die Realwirtschaft ergeben.

Damit lässt sich erklären, warum bei einer Finanz- und Wirtschaftskrise eine expansive Geldpolitik unmittelbar als wesentlicher Faktor für das Überwinden einer Krise, die mit einem Rückgang der Wirtschaftsleistung einhergeht, angesehen wird. Eine Notenbank soll also eingreifen, sie hat auch die Macht, die Geldmenge zu steuern. Doch die Frage, wie stark und wie lange eine expansive Geldpolitik wirken soll, löst das Dilemma zwischen positiven realwirtschaftlichen Effekten und Inflation nach dieser Argumentationslinie aus. Im Unterschied zum »traditionellen« Argument der Quantitätstheorie wird in diesem Fall durch gestiegene Nachfrage und wirtschaftlichen Aufschwung – über Investitionen oder Kreditvergabe an Haushalte – die Inflation angeheizt.

### **Welche Maßnahmen hat nun die EZB in der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ergriffen?**

Notenbanken sind in den letzten Jahrzehnten dazu übergegangen, durch eine geeignete Zinsstruktur Anreize zur Investitionstätigkeit zu schaffen, und konnten auf diesem Weg auch gute Ergebnisse bei der Einhaltung des Inflationsziels erreichen. Im Allgemeinen nennt man diese Notenbankpolitik *Zinssteuerung* im Gegensatz zu einer direkten *Geldmengensteuerung* – d.h. einer Steuerung durch das Drucken von Geld. Hierbei können folgende so genannte *konventionelle Maßnahmen* der Geldpolitik unterschieden werden: Offenmarktpolitik, ständige → Fazilität und die Mindestreservepolitik. Im Rahmen der *Offenmarktpolitik* kann die Notenbank durch den aktiven Ankauf oder Verkauf von Anleihen die in der Volkswirtschaft verfügbare Geldmenge verringern oder erhöhen. Wenn es zu einem Verkauf von Anleihen kommt, so fließen Geldmittel von den Geschäftsbanken zur Notenbank, wodurch die liquiden Geldmittel im Bankensystem verringert werden. Durch die Verringerung der liquiden Mittel im Bankensystem würde es entsprechend der oben vorgestellten Argumentation auch zu einem eingeschränkten *multiplikativen Prozess* der Geschäftsbanken kommen. Dies entspricht einer restriktiven Geldpolitik. Konsequenterweise führt ein Kauf von Anleihen zu einer Erhöhung der liquiden Mittel und einer expansiven Geldpolitik. Ähnlich kann mit dem zweiten Instrument, jenem der *ständigen* → *Fazilitäten*, agiert werden. Durch eine Senkung der Zinsen für die Übernachtsliquidität

der Geschäftsbanken setzt die Notenbank einen negativen Anreiz für Geschäftsbanken, »überschüssige« Mittel über Nacht bei ihr anzulegen; damit setzt sie wiederum den Anreiz, Kredite zu vergeben und auf diese Weise Investitionen zu fördern. Das dritte Instrument, die *Mindestreservepolitik*, stellt kein aktives Instrument der Geldpolitik dar, da es sich dabei um das Verhältnis zwischen Kreditvergabeolumina und zurückzubehaltenden Einlagen der Geschäftsbanken handelt. Geben Geschäftsbanken auf Basis der erhaltenen Einlagen Kredite, so dürfen sie dies nicht im vollkommenen Umfang der erhaltenen Einlagen machen, sondern sind verpflichtet, einen gewissen Anteil in der Bankenbilanz zurückzuhalten. Die Europäische Zentralbank hat diesen Anteil im Jahr 2012 von 2% auf 1% reduziert. Diese Entwicklung hat zwar die expansive Geldpolitik unterstützt, die Maßnahme ist jedoch kein Instrument des täglichen geldpolitischen Rahmens, sondern kann nur längerfristig geändert werden.

Als Reaktion auf die globale Finanz- und Wirtschaftskrise und die Tatsache, dass die oben beschriebenen so genannten konventionellen Maßnahmen zur Belebung der Investitionen an ihre Grenzen gestoßen sind – so sind die Zinsen im Rahmen der Übernachtsliquidität der ständigen Fazilität beispielsweise von 5,25% im Juli 2008 auf 1,5% im Juli des Jahres 2012 gesunken, hat die EZB im Rahmen von neuen, so genannten *unkonventionellen Maßnahmen* versucht, ihren geldpolitischen Spielraum zu steigern und positive Effekte auf Investitionen und letztendlich das Bruttoinlandsprodukt zu schaffen. Außerdem galt es, der mangelnden Liquidität am Bankensektor, die durch den Zusammenbruch des Interbankenmarktes – jenes Marktes, auf dem Geschäftsbanken einander gegenseitig Geld borgen – offensichtlich wurde, entgegen zu wirken. Diese geldpolitischen Maßnahmen umfassen einerseits die Verbreiterung des Anspruchs auf Refinanzierung durch die Notenbank von Seiten der Geschäftsbanken sowie die Fristenverlängerung des Anspruchs. Andererseits wurde versucht, unter anderem den europäischen Anleihenmarkt zu stützen, um das Vertrauen am finanziellen Sektor wiederherzustellen (vgl. unter anderem Springler 2012).

### **Besteht berechtigte Angst vor Hyperinflation in der Eurozone?**

Die unmittelbare Antwort bei Betrachtung der Inflationsraten in Europa lautet: Nein.

Betrachtet man die Entwicklung der Inflation anhand des harmonisierten Verbraucherpreisindex, so wird deutlich, dass vor dem Ausbruch der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise bis Mitte 2008 die

Staaten der Europäischen Union von steigender Inflation gekennzeichnet waren. Die Inflation lag in der Europäischen Union mit 3,7% und in der Eurozone mit 3,3% über dem von der Europäischen Zentralbank angestrebten Ziel von 2% jährlicher Inflation. Die folgende Krise hat jedoch zu einem Rückgang der Inflation geführt, sodass man statt der Gefahr einer Inflation hier von der Gefahr einer Deflation sprechen musste. Käme es europaweit zu einer Deflation, würde das bedeuten, dass keine Investitionen und Konsumausgaben getätigt werden und die Hoffnung auf weiter sinkende Preise die Wirtschaftsleistung weiter sinken lässt. In Griechenland ist dieser Fall 2012 bereits eingetreten.

Die aktive expansive Geldpolitik der Europäischen Zentralbank hat dazu geführt, dass der starke Einbruch der Inflation und die unmittelbare Gefahr von Deflation aus dem Jahr 2009 abgewendet werden konnte. Im Jahr 2012 hat sich die Inflation in der Eurozone mit 2,5% (nach einer Steigerung im Jahr 2011) wieder dem Zielwert von 2% angenähert. Die aktuellen Prognosen liegen sogar deutlich unter dem Zielwert. Im Vergleich zur Eurozone hatten die anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union eine höhere Inflationsrate. Somit lässt sich keine Gefahr für eine (Hyper-)Inflation erkennen. Darüber hinaus zeigen Studien, dass es wenig empirische Beweise für einen Zusammenhang zwischen Geldmengenwachstum und Inflation gibt, wie er im Rahmen der oben beschriebenen Quantitätstheorie postuliert wird.

### »Verpuffen« die expansiven Maßnahmen der Geldpolitik?

Wenn auch die expansiven Maßnahmen der Geldpolitik nicht unmittelbar in einer Steigerung der Inflation sichtbar werden und damit die Quantitätstheorie empirisch nicht belegt werden kann, so stellt sich die Frage, ob durch expansive Geldpolitik Investitionen unterstützt werden. Die wesentliche Frage dabei ist, welche Effekte eine Veränderung des engen Geldmengenbegriffs ( $M_1$ ), das heißt jener Geldmenge, die durch die Währung im Umlauf und die Einlagen der Geschäftsbanken bei der Notenbank bestimmt wird und die direkt von der Notenbank verändert werden kann, durch den multiplikativen Prozess der Geschäftsbanken auf den breiteren Geldmengenbegriff ( $M_3$ ) hat. Dieser breitere Geldmengenbegriff umfasst nicht nur die von der Notenbank gesteuerte Geldmenge, sondern unter anderem auch jenen Anteil, der von den Geschäftsbanken geschaffen wird. Auf diese Weise würde die Europäische Zentralbank indirekt durch den Geldschöpfungsmechanismus der Geschäftsbanken die Inflation über reale Ausweitungen bei Investitionen »anheizen«.

Vergleicht man die Entwicklung der beiden Geldmengenaggregate, wird deutlich, dass die expansive Geldpolitik der *konventionellen* und vor allem auch der *unkonventionellen* Maßnahmen der Europäischen Zentralbank nach einem Einbruch von 2010 auf 2011 in den letzten Monaten des Jahres 2012 zu einem starken Ansteigen – zwischen 5% und fast 7% – des engen Geldmengenbegriffs (M1) geführt hat. Allerdings zeigt der erweiterte Geldmengenbegriff (M3) nicht die »erwartete« multiplikative Reaktion; vielmehr steigt die Geldmenge (M3) mit einer weitaus geringeren Rate. Die expansiven Maßnahmen der EZB scheinen also zu einem hohen Anteil zu »verpuffen«. Liquide Mittel werden in den finanziellen Sektor gepumpt, doch es findet nur bedingt eine Umsetzung in die reale Wirtschaft statt. Die liquiden Mittel scheinen im finanziellen Sektor zu versickern. Sie stellen zwar eine Alternative zu der mangelnden Refinanzierung der Geschäftsbanken am Interbankenmarkt dar, erfüllen aber nicht die oben beschriebene Argumentationslinie.

Weiterer Beleg für die mangelhafte Umsetzung der expansiven Geldpolitik in Investitionssteigerung ist die seit dem Jahr 2010 kaum mehr wachsende Kreditvergabe in der Eurozone.

## Fazit

Für die Inflationsängste in den europäischen Staaten kann keine ökonomisch überzeugende Grundlage gefunden werden. Die expansive Geldpolitik der Europäischen Zentralbank seit dem Ausbruch der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise hat vielmehr dazu beigetragen, die Gefahr von Deflation und damit eine längerfristige Rezession oder sogar Depression abzuwenden und die Wirtschaft zu beleben.

Neben dem eingeschränkten Zusammenhang zwischen expansiver Geldpolitik und Inflation wird jedoch auch deutlich, dass Maßnahmen der Geldpolitik nicht ausreichend sind, um die negativen realwirtschaftlichen Effekte auszugleichen. Investitionen werden nur noch in einem eingeschränkten Umfang getätigt, sodass der Durchgriff der Geldpolitik auf die Realwirtschaft nur mangelhaft erfolgt. Dies zeigt, dass eine wirtschaftspolitische Stützung der Konjunktur nicht auf Basis geldpolitischer, sondern verstärkt durch → fiskalpolitische Maßnahmen (also z.B. durch Änderung des Steuersystems) zu erfolgen hat.

Expansive Geldpolitik hat nur bedingt Auswirkungen auf die Realwirtschaft, solange beispielsweise Geschäftsbanken das »billige« Geld, mit dem sie sich refinanzieren können, nicht für reale Investitionen (z.B. durch Kredite an die Realwirtschaft) weitergeben, sondern selbst spekulativ veranlagen. Das bedeutet in weiterer Konsequenz auch, dass

die ökonomische Annahme, dass die Geldpolitik *angebotsseitig* von der Notenbank gesteuert werden kann, zu überdenken ist. Vielmehr ist von Bedeutung, ob und in welchem Ausmaß Kredite von Unternehmen und Haushalten für reale Investitionen nachgefragt werden und diese von den Geschäftsbanken befriedigt werden, um positive konjunkturelle Auswirkungen nachweisen zu können.

### **Literatur**

- BEIGEWUM/ATTAC (2010): Mythen der Krise, Einsprüche gegen falsche Lehren aus dem großen Crash, Hamburg: VSA.
- European Central Bank (ECB) (2013): Monthly Bulletin – Euro Statistics Online, January 2013.
- Jäger, Johannes/Springler, Elisabeth (2012): Ökonomie der internationalen Entwicklung. Kritische Einführung in die Volkswirtschaftslehre, Wien: Mandelbaum.
- Springler, Elisabeth (2012): Effekte der geldpolitischen Maßnahmen im Zuge der Finanzkrise für ArbeitnehmerInnen, in: WISO, 2/12, 65-80.

DER PARK IST  
& GEÖFFNET

VON

BIS

6<sup>30</sup>

17<sup>30</sup>

EINLASS BIS 30 MINUTEN  
VOR PARKSPERRE

# Alternativen zur Spar-Orthodoxie

Es gibt keinen Zweifel: Die europäische Sparpolitik führt in eine gesellschaftliche wie auch ökonomische Sackgasse und verstärkt die Desintegrationstendenzen in der EU. Andere Ziele der Wirtschaftspolitik wie Vollbeschäftigung, Wohlstand, eine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung sowie eine ökologisch nachhaltige Wirtschaft werden hingegen von der Spar-Orthodoxie torpediert. Das hat schwerwiegende soziale und wirtschaftliche Folgen und widerspricht außerdem selbst den Zielen der Europa 2020-Strategie auf europäischer Ebene, die eigentlich als maßgebend für die Wirtschaftspolitiken – und damit auch die Budgetpolitik – in diesem Jahrzehnt definiert wurden. Insbesondere in den Ländern unter Kuratel der → Troika werden Jahrzehnte des sozialen und ökonomischen Fortschritts wieder zunichte gemacht, nicht zuletzt um die Ansprüche der FinanzmarktakteurInnen durchzusetzen. Deren Macht ist auch nach der Lehman-Pleite weitgehend ungebrochen, obwohl es im Rahmen der Bankenhilfen weitreichenden Spielraum für eine umfassende Umgestaltung des Finanzsektors gegeben hätte.

Entgegen der Darstellung von SpitzenpolitikerInnen und Medien handelt es sich bei der Wirtschaftskrise in Europa daher nicht vorrangig um eine Krise der öffentlichen Zahlungsfähigkeit, sondern um eine umfassende wirtschaftliche, politische, soziale und ökologische Krise. Alternativen können sich daher auch nicht allein auf das Budget beschränken, sondern müssen umfassender angelegt sein. Hier ist ein rascher Abbau der Rekordarbeitslosigkeit am dringlichsten, an welcher eine Vielzahl weiterer Probleme hängt: Armutsgefährdung, Lohndruck, Perspektivenlosigkeit, Staatsfinanzierung oder Kreditausfallswahrscheinlichkeiten, um nur einige zu nennen. Es ist allerdings festzuhalten, dass die Bedingungen für die Umsetzung umfassender Alternativen oder auch nur den Abbau der Arbeitslosigkeit nach wie vor schlecht sind.

## **Szenario »Weiterwursteln wie bisher«**

Das kurzfristig wahrscheinlichste Szenario ist deshalb auch ein fortgesetzter Versuch des »Weiterwurstelns« unter → neoliberalen Vorzeichen, wie es für die ersten Jahre der Krise prägend war: Ein »entscheidender Krisengipfel« jagt den nächsten. Die jeweiligen Ergebnisse führen bestenfalls zu einer kurzfristigen ökonomischen Stabilisierung, während die Spielräume für einen Kurswechsel ökonomisch, juristisch und ideologisch sehr beschränkt bleiben. Brennende soziale Probleme

werden ebenso ignoriert wie die Notwendigkeit einer längerfristigen Perspektive in Richtung sozialökologische Transformation. Insbesondere die Europäische Kommission, die → EZB und die deutsche Bundesregierung verteidigen den seit Beginn der 1990er Jahre dominanten Spar- und Wettbewerbskurs bzw. versuchen ihn mit politischen Projekten wie dem Euro-Plus-Pakt, dem Sixpack oder dem Fiskalpakt weiter zu festigen.

Wichtige Ursachen für die aktuellen Budgetprobleme verschiedener europäischer Länder bleiben ausgeklammert und erschweren so eine politische Bearbeitung. In Ländern wie beispielsweise Großbritannien, Irland, Spanien oder Slowenien haben die Budgetprobleme ihre Wurzeln in der exzessiven Kreditvergabe und risikoreichen Formen des Bankgeschäftes. Eine wirksame Form der Prävention gegen künftige Budgetkrisen, die ihre Ursachen in der Verstaatlichung privater Verluste und Stützung des Finanzsektors haben, wäre ein Verbot besonders risikoreicher Finanzgeschäfte, vor allem im Derivate-Bereich, und die Integration der so genannten Schattenbanken, die außerhalb der Bankenregulierung operieren, in das System der Bankenaufsicht. Entgegen gelegentlichen Ankündigungen von SpitzenpolitikerInnen ist hier sowohl auf nationalstaatlicher als auch auf EU-Ebene noch zu wenig passiert. Das gesamtwirtschaftliche Erpressungspotenzial sowie kurzfristige Gewinninteressen des Bankensektors stehen einer wirksamen Prävention entgegen.

Ebenfalls wird kaum thematisiert, dass die staatliche Finanzkraft in vielen Ländern bereits in den Vorkrisenjahren durch Steuergeschenke an UnternehmerInnen und BezieherInnen hoher Einkommen geschwächt worden ist. Damit fehlen Einnahmen gerade in Zeiten relativ hoher Defizite. In der EU wurden die nominellen Unternehmenssteuersätze zwischen 1995 und 2011 von durchschnittlich 35 auf 23% gesenkt – in Deutschland, Irland und Bulgarien noch sehr viel stärker (Schatzenstaller 2011). Auch die Reduktion der Spitzensteuersätze der Einkommensteuer war im Vorkrisenjahrzehnt weit verbreitet. Die Begünstigung der Wohlhabenden hat nicht allein die soziale Ungleichheit weiter verstärkt, sondern zusätzliche Mittel in den ohnehin schon an Liquidität überquellenden Finanzsektor kanalisiert.

Demgegenüber wird auf europäischer Ebene steigenden Staatsausgaben eine fälschlicherweise zu hohe Bedeutung beigemessen. Insbesondere die ökonomisch für eine Stabilisierung im Abschwung wichtigen Sozialausgaben werden in den Mittelpunkt der Kritik gerückt, ohne zu erwähnen, dass deren Höhe vor allem vom Ausmaß der Arbeitslosigkeit abhängt. Der öffentliche Konsum, also die Ausgaben für

direkt erbrachte öffentliche Leistungen bzw. die Verwaltung, war vor der Krise in Europa im Zuge des → neoliberalen Credos des »schlanken Staates« tendenziell sogar ebenso rückläufig wie die öffentlichen Investitionen. Zudem wird ausgeblendet, dass die Sparpolitik nicht nur zu Sozialabbau führt, sondern die wirtschaftliche Erholung verunmöglicht, da in Krisenzeiten die öffentlichen Haushalte der einzige Hebel sind, um die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu stabilisieren.

### **Spielräume für partielle Zugeständnisse**

In dem Maße, wie das Scheitern des verschärften → neoliberalen Kurses offensichtlich wird, sind aber auch unter den für politische Alternativen schlechten Bedingungen Aufweichungen möglich: Der → ESM, der durch Kredite die beschränkte gemeinschaftliche Finanzierung für notleidende Staaten sichert, kann optimistisch als erster Schritt in Richtung → Eurobonds verstanden werden. Der zahnlose, aber symbolisch wichtige Wachstumspakt im Sommer 2012 stellt eine homöopathische Dosis einer beschäftigungsorientierten Wirtschaftspolitik dar. Die Bereitschaft der → EZB, notfalls unlimitiert Staatsanleihen zur Senkung der Zinsbelastung zu kaufen, war ein wesentlicher Schritt zur Beschränkung der Zinskosten der staatlichen Kreditaufnahme.

Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, wie sie derzeit zumindest elf Staaten in der EU anvisieren, ist ebenfalls sinnvoll. Wie stark sie dämpfend auf Spekulationsgeschäfte wirken kann, wird aber von ihrer konkreten Ausgestaltung abhängen. Dafür ist nicht nur die Frage der Steuerhöhe relevant, sondern auch die Definition der Finanztransaktionen, die überhaupt einer Besteuerung unterliegen würden. Hier wäre es wichtig, auch den Großteil der Finanztransaktionen zu erfassen, die außerhalb der Börsen und damit noch intransparenter erfolgen. Eine Finanztransaktionssteuer allein ist allerdings bei weitem nicht ausreichend, um Spekulation wirksam zu begrenzen, und deshalb sind deutlich weitergehende Regulierungsmaßnahmen notwendig. Immerhin bildet sie aber ein wichtiges Element auf dem Weg zur Erbringung einer angemessenen Steuerleistung durch den Finanzsektor.

Lockerungen im neoliberalen Korsett bedeuten freilich noch keinen Kurswechsel. So blieb der Wachstumspakt weitgehend auf Finanzierungshilfen für Privatunternehmen beschränkt, die Finanztransaktionssteuer lückenhaft und → ESM sowie → EZB intervenieren nur für Staaten, die sich dem → Troika-Spardiktat unterwerfen. Insgesamt bleiben diese Maßnahmen daher unzureichend, um insbesondere das immer drängendere soziale und ökonomische Problem der Massenarbeitslosigkeit in Europa zu lösen. Ohne dessen Bewältigung bleibt die

Sanierung der Banken und der Staatsfinanzen ebenso unmöglich, da einerseits Langzeitarbeitslose auf Dauer ihre Kredite nicht bezahlen können, und andererseits ihre Einkommensteuern und Sozialbeiträge ausfallen, stattdessen aber Arbeitslosengelder oder Sozialhilfe zu bezahlen sind. Auch die für die süd- und einige osteuropäische Länder erforderliche, langfristig angelegte Politik der Stärkung der lokalen produktiven Strukturen kommt nicht vom Fleck, da das derzeitige europäische Patentrezept – der Abbau von ArbeitnehmerInnenrechten – nicht bzw. kontraproduktiv wirkt.

Die »Durchwursteln«-Strategie könnte deshalb direkt übergehen in ein Szenario der beschleunigten Desintegration, an dessen Ende das Ausscheiden einzelner Länder aus der Eurozone steht, begleitet von extremen sozialen, politischen und ökonomischen Verwerfungen. Als Auslöser ist einerseits vorstellbar, dass weitere pragmatische Zugeständnisse in einer neuerlich stark zugespitzten Krisensituation an der Zustimmung der deutschen Regierung und ihrer Verbündeten scheitern. Die letzten Entscheidungen vor allem im Zusammenhang mit dem zweiten Griechenland-Paket zeigen allerdings, dass bisher stets alles getan wird, um den gemeinsamen Währungsraum zu erhalten.

### **Ausweg Ausbruch aus der Eurozone ...**

Andererseits könnten linke Kräfte in der Peripherie gezwungen sein, angesichts der fortschreitenden Misere und der derzeit kaum durchsetzbar scheinenden progressiven Wirtschaftspolitik auf europäischer Ebene trotz des immensen Schadens beim Scheitern der Eurozone einen bewussten Schlussstrich zu ziehen. Der wachsende Widerstand gegen die europäische Spar- und Wettbewerbspolitik, der vor allem von Gewerkschaften und Jugendlichen – oft mit guter Ausbildung, aber ohne berufliche Perspektive – getragen wird und die Basis für linke Kräfte bildet, lässt sich mit → neoliberalen Versprechungen eines besseren Lebens in einer fernen Zukunft, nach dem Durchschreiten des sprichwörtlichen Tals der Tränen, nicht mehr abspesen. Damit und durch die wachsende Ablehnung der alten Eliten, die den Staatsapparat auch für eigene Zwecke gegen die Interessen breiter Bevölkerungsschichten missbrauchten, haben sich die politischen Kräfteverhältnisse etwa in Griechenland verschoben. So hat sich in Griechenland die Linkskoalition Syriza, die sich eindeutig gegen die Sparpolitik gestellt hat, zur stärksten parteipolitischen Oppositionskraft entwickelt. Im Fall eines zukünftigen Wahlsieges stünde Syriza allerdings vor enormen Herausforderungen und eingeschränkten Handlungsoptionen. Ein Teil der griechischen Linken hofft auf eine veränderte EU-Politik

und versucht entsprechende Bündnispartner zu gewinnen. Andere Strömungen vertreten hingegen die Position, dass nur eine gezielte Ausweitung nationalstaatlicher Handlungsspielräume und der Bruch mit der derzeitigen EU-Politik, die anti-parlamentarisch angelegt ist und Züge eines technokratischen Autoritarismus trägt, eine alternative Wirtschafts- und Sozialpolitik ermöglichen würden. Dieser Schritt hätte allerdings auch weitreichende Konsequenzen für andere Mitglieder der Eurozone, die aus einer gesamteuropäischen Perspektive zu berücksichtigen sind.

Und dieser Bruch ist schwer zu organisieren. Ein Austritt aus der Eurozone müsste von massiven Kapitalverkehrs- und Grenzkontrollen sowie einem Schuldenmoratorium mit nachfolgender Schuldenreduktion begleitet werden. Da dies geheim vorbereitet und in der Folge rasch und konsequent umgesetzt werden müsste, ist jedoch höchst fraglich, wie reibungslos und demokratisch eine solche Aktion durchgeführt werden könnte. Gelingt ein solcher Schritt, so könnten damit Spielräume für alternative wirtschafts- und entwicklungspolitische Ansätze zumindest in diesem Land geschaffen werden. Mit einer Währungsabwertung würde ein Schutzmechanismus für die Binnenwirtschaft aktiviert, auch der Export würde tendenziell Vorteile gewinnen. Für eine Stärkung der produktiven Sektoren wäre allerdings zusätzlich eine aktive Industrie- und Entwicklungspolitik erforderlich. Angesichts des ausgedünnten Industriesektors in den Krisenländern würde eine solche Politik wohl erst mittelfristig Erfolge erzielen können. Die positiven Wirkungen wären geringer als bei ähnlichen Politikanträgen in Südamerika (Argentinien/Uruguay) im Gefolge der dortigen Krise in den Jahren 1998-2002.

Kurzfristig wäre ein Austritt aus der Euro-Zone mit erheblichen Turbulenzen im Finanzsektor und Zahlungssystem verbunden. Vieles würde davon abhängen, ob durch die Wiedereinführung von Kapitalverkehrs- und Grenzkontrollen eine weitere Kapitalflucht rasch und effektiv unterbunden werden könnte. Zudem müsste ein Weg gefunden werden, wie die dann wohl ausbleibenden internationalen Kredite ersetzt werden können. Die Fixierung neuer Wechselkurse wäre nach innen und außen hoch konfliktiv. Ein begleitender Schuldenschnitt wäre unerlässlich. Derzeit wird die Austrittsoption wegen der sozialen Kosten und der mit einem solchen Schritt verbundenen erheblichen politischen Konflikte, die nicht zuletzt den Boden für rechtsextremistische Strömungen bereiten könnten, deshalb auch nur von Minderheitsströmungen der Linken in der Peripherie befürwortet. Ein unabhängig vom Austritt sinnvoller Schritt wären zielgerichtete Ka-

pitalverkehrskontrollen auf nationaler Ebene, um eine zukünftige – mehr oder weniger schleichende – Kapitalflucht von der Peripherie ins Zentrum, wie wir sie innerhalb der Eurozone seit etwa 2010 erleben, zu beschränken bzw. bereits frühzeitig zu verhindern.

### **... oder mit progressivem Kurswechsel auf europäischer Ebene?**

Als positives alternatives Szenario ist konzeptionell ein »grundlegender wirtschaftspolitischer Wandel« (EuroMemo Gruppe 2013) vorstellbar, auch wenn diese Option derzeit noch von unzähligen praktischen Hürden verstellt ist. So sind die EU-Institutionen vor politischem und sozialem Druck gut isoliert. Die aktuelle Rechtsordnung der EU ist klar anti-keynesianisch angelegt, insbesondere durch die Regeln für die Budgetpolitik sowie die Geldordnung seit den 1970er Jahren. Die starke Exekutivlastigkeit der Entscheidungsprozesse (siehe auch »Nur eine marktkonforme Demokratie ermöglicht eine Lösung der Krise«, S. 97ff.) in der EU begünstigt Wirtschaftsinteressen. Großkonzerne und ihre LobbyistInnen sind auf EU-Ebene viel handlungsfähiger als Gewerkschaften und soziale Bewegungen. Die Krise verläuft innerhalb der EU nach wie vor uneinheitlich, weshalb auch die Widerstände gegen die → neoliberale Politik bislang überwiegend nationalstaatlich begrenzt geblieben sind: Während beispielsweise beim europäischen Aktionstag im November 2012 auf der iberischen Halbinsel ein Generalstreik stattfand, tanzten in Österreich lediglich einige Dutzend AktivistInnen als »Zeichen der Solidarität« Sirtaki in der Wiener Innenstadt.

Es würde deshalb schon eine Art Neugründung der EU (vgl. Initiative »Europa neu begründen« 2012) notwendig sein, um auf europäischer Ebene eine alternative Wirtschafts-, Sozial- und Ökologiepolitik durchzusetzen (vgl. DGB 2012). Eine solche erscheint derzeit allerdings angesichts bestehender Kräfteverhältnisse wenig erfolgversprechend. Der Ausgangspunkt ist zunächst einmal eine Defensivposition, die eurooptimistische und -pessimistische VerfechterInnen einer alternativen, egalitär und demokratisch angelegten Politik eint: Die Verhinderung einer weiteren Vertiefung der vorherrschenden Art von Integration. So darf der permanente Sparzwang, der auf die Austrocknung und Demontage des Sozialstaates abzielt, nicht weiter vorangetrieben werden. Wesentlich wird auch die zunehmende Auseinandersetzung um die Gestaltungsmacht bei Tarifverträgen, die von der Europäischen Kommission ins Visier genommen werden bzw. schon Gegenstand der Strukturanpassungsprogramme der → Troika in den EU-Peripherieländern waren. Es bedarf einer Ausweitung oppositioneller Bündnisse und breiter sozialer Mobilisierung. Veränderungen

müssen aktiv eingefordert und mitgetragen werden. Das erfordert den Ausbau einer nationalstaatliche Grenzen überschreitenden Zusammenarbeit kritischer Kräfte.

### **Elemente einer progressiven europäischen Wirtschaftspolitik**

Im Mittelpunkt einer alternativen Wirtschaftspolitik muss eine europäische Binnenwirtschaft stehen, die auf ausreichend hochwertige Arbeitsplätze und eine möglichst gute gesamteuropäische und einzelstaatliche nachhaltige Nachfrageentwicklung orientiert sein muss, an der alle Teile der Gesellschaft partizipieren können. Hierfür ist zunächst einmal ein Bruch mit der kurzfristig orientierten Sparpolitik notwendig, die Nachfrage und Beschäftigung schädigt. Stattdessen bedarf es aktiver wirtschaftlich und sozial sinnvoller Maßnahmen zur Belebung von Konjunktur und Beschäftigung. Den Schwerpunkt müssen Investitionen mit kurzfristig besonders hohen Beschäftigungs- und langfristigen Wohlstandseffekten bilden: Der Ausbau sozialer Dienstleistungen in den Bereichen Kindergärten, Schulen, Pflege, die Ausweitung von Qualifizierungsmöglichkeiten v.a. für arbeitslose Jugendliche, die Verstärkung des sozialen Wohnungsbaus und andere Maßnahmen des ökosozialen Umbaus der Wirtschaft sind dafür besonders sinnvolle Ansatzpunkte.

Neben der Ausweitung der Beschäftigungsmöglichkeiten ist auch ihre Umverteilung anzustreben. Das Projekt einer europaweiten Arbeitszeitverkürzung hätte nicht nur positive Beschäftigungseffekte, sondern würde zudem emanzipatorisches Potenzial für eine gerechtere Verteilung der unbezahlten Arbeit zwischen den Geschlechtern schaffen. Weitere positive Effekte wären eine Reduktion der durch die wachsende Arbeitsbelastung verursachten Erkrankungen, eine allgemein egalitärere und damit potenziell auch ökologischere Gesellschaft. Darüber hinaus könnte ein solches Projekt die Europäisierung der Gewerkschaftsbewegung vorantreiben.

Zudem ist der innereuropäische Ausgleich zu stärken, indem Produktionsstrukturen in der süd- und osteuropäischen Peripherie unter anderem durch eine langfristig angelegte Re-Industrialisierung gefördert werden. Das ist einerseits realistisch, andererseits unter dem Gesichtspunkt der Minderung der Transportintensität auch ökologisch sinnvoll. Aus einer ökologischen Sicht sollte der Förderung dezentraler und erneuerbarer Energieformen im Bereich der Infrastruktur besondere Bedeutung zukommen. Initiativen müssten stark von der öffentlichen Hand getragen werden – zentrale Formen der Industriepolitik wie die Durchsetzung von sozialökologischen Kriterien für Produktion

bzw. den Zugang von Produkten am Binnenmarkt inklusive. Wenigstens vorsichtige Vorschläge in diese Richtung macht die aktuelle französische Außenhandelsministerin Nicole Bricq. In Frankreich hat hierzu zumindest eine Diskussion begonnen.

Innerhalb der Euro-Zone müssen Politiken zur Förderung eines Niedriglohnsektors durch eine koordinierte produktivitätsorientierte Lohnpolitik mit einem möglichst hohen Wohlstandsniveau für alle bei Wahrung der Autonomie der Sozialpartner ersetzt werden. Es kann nicht sein, dass gerade in Ländern mit stabilerer Ausgangslage und → Leistungsbilanzüberschüssen wie in Deutschland die Reallöhne über Jahre sinken und damit potenzielle Nachfrage für die Produkte der schwächeren Ökonomien in der europäischen Peripherie zerstört wird. Da die Wirtschaftsleistung von Deutschland und Österreich alleine fast ein Drittel der Eurozone umfasst, wäre eine expansivere Budget- und Lohnpolitik in diesen Ländern sowie in den Benelux- bzw. skandinavischen Staaten ein essenzieller Beitrag zur Überwindung der Krise. Schließlich war es auch die neomerkantilistische, auf die Erzielung von »Importdefiziten« (Feigl/Zuckerstätter 2012) respektive Exportüberschüssen ausgelegte Politik in diesen Ländern, die über viele Jahre ihre binnenwirtschaftliche Dynamik gedämpft bzw. Probleme innerhalb der EU geschaffen hat. Da den Importdefiziten der einen notwendigerweise Importüberschüsse anderer Länder gegenüber stehen, kann dieses neomerkantilistische Modell – das Modell Deutschland – nicht verallgemeinert werden. Und selbst wenn es durch eine plötzliche Vervielfachung des bislang relativ betrachtet irrelevanten Handels mit Drittstaaten möglich wäre, so wäre es nicht wünschenswert, weil dadurch nicht nur die Weltwirtschaft destabilisiert würde, sondern auch der Großteil der Menschen im Land durch Lohndruck ökonomisch und sozial zu leiden hätte.

Bezogen auf die öffentlichen Haushalte ist ein realistisch angelegter, differenzierter, koordinierter und beschäftigungsfreundlicher mittelfristiger Defizitabbau vor allem durch höhere Beiträge wohlhabenderer Bevölkerungsschichten anzustreben. Das kann einerseits durch eine konsequentere Bekämpfung von Steuervermeidung und -hinterziehung erreicht werden, andererseits durch eine Verschärfung der Steuerprogression durch substanzielle Erhöhung der vermögensbezogenen Steuern und Spitzeneinkommensteuersätze. Diese Maßnahmen sowie höhere Unternehmenssteuern sind aus Sicht der Stärkung der staatlichen Finanzkraft und der Krisenbekämpfung sinnvoll. Investitionen und Konsum würden durch derartige Steuern kaum tangiert und gleichzeitig würden Mittel für dringend erforderliche Infra-

struktur- und Sozialausgaben aufgebracht. Einzelne Regierungen in der EU, wie die sozialdemokratischen Regierungen in Frankreich und der Slowakei, haben jüngst auch tatsächlich Schritte in diese Richtung unternommen. So hat die sozialdemokratische Smer-Regierung in der Slowakei den einheitlichen Steuersatz bei der Einkommensteuer, bei der das Land für die gesamte Region als neoliberaler Schrittmacher galt, zum 1. Januar 2013 abgeschafft.

Ausgabenseitig ist hingegen wenig zu holen. Möglichen Einsparungen bei Militär- und Zinsausgaben stehen zusätzliche Kosten für eine sozialökologische Transformation gegenüber. Einen wesentlichen Beitrag zur Senkung der Zinsausgaben können → Eurobonds sowie Finanzierungsmöglichkeiten durch die EZB darstellen, sodass die derzeitige Macht der FinanzmarktakteurInnen gegenüber einzelnen Staaten gebrochen wird. Zusätzlich ist endlich eine wirksame und weitreichende Finanzmarktregulierung durchzusetzen, die eine ähnliche transnationale Krise verhindert.

Wichtige Voraussetzung einer koordinierten europäischen Haushaltspolitik ist die Rückführung der viel zu restriktiven Budgetregeln auf einige wenige grobe mittelfristige Orientierungsgrößen. Darüber hinaus muss zumindest für die Eurozone, innerhalb derer keine Wechselkursanpassungen möglich sind, ein zyklischer Ausgleichsmechanismus geschaffen werden, der Ländern in einer besonders schwierigen wirtschaftlichen Lage mit einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit finanzielle Hilfen zur Verfügung stellen muss. Diese Hilfen sollten aus zusätzlichen gemeinsamen Steuern finanziert werden, beispielsweise aus einem Anteil einer zu harmonisierenden Körperschaftsteuer.

### **Kein Kurswechsel ohne europäische Neugründung**

Solch ein wirtschaftspolitischer Kurswechsel bedarf nicht nur einer erheblichen Verschiebung der europäischen Kräfteverhältnisse (vgl. Alter Summit 2013), sondern auch einer Umgestaltung der europäischen Institutionen selbst. Auf rechtlicher Ebene muss gewährleistet sein, dass nicht länger die → neoliberale negative Freiheit von staatlicher Regulierung das Maß aller Dinge ist, sondern kollektiven sozialen Ermöglichungsbedingungen, etwa in Form sozialer Grundrechte bzw. Mindeststandards, Vorrang eingeräumt wird. Zudem muss die politische Willensbildung auf europäischer Ebene selbst durchlässiger für soziale Interessen werden.

Dazu ist eine Schwächung der Exekutiven im weiteren Sinne (Kommission, nationale Regierungen im Rat, → EZB, → Troika) bei gleichzeitiger Stärkung des europäischen Parlaments sowie der Partizipations-

möglichkeiten von Gewerkschaften und anderen sozialen Bewegungen notwendig.

Angesichts der Herausforderungen ist das Gelingen eines progressiven Kurswechsels alles andere als gesichert. Während in der europäischen Peripherie mit brutalen Strukturanpassungsprogrammen und einer weitreichenden neuen Privatisierungswelle harte Fakten geschaffen werden, ist man auf progressiver Seite noch mit transnationaler Verständigungsarbeit und Versuchen einer gemeinsamen europäischen Positionierung bzw. Aktionsfähigkeit beschäftigt. Gefragt ist heute einmal mehr, einen Weg aus der Krise mit dem »Pessimismus des Verstandes« und dem »Optimismus des Willens« zu finden (Gramsci 1991ff.: 1117). Denn letztlich wird die weitere europäische Entwicklung nicht von »den richtigen« Ideen abhängen, sondern davon, ob es in der aktuellen wirtschaftspolitischen Sackgasse gelingt, kritische Kräfte zu bündeln und die soziale Mobilisierung in Europa auszuweiten.

## Literatur

- Alter Summit (2013): »Aufruf zu einem Alternativgipfel«, <http://www.altersummit.eu/Aufruf-zu-einem-Alternativgipfel.html> (Zugriff: 7. April 2013).
- Deutscher Gewerkschaftsbund, DGB (2012): Ein Marshallplan für Europa. <http://www.dgb.de/themen/++co++985b632e-407e-11e2-b652-00188b4dc422> (Zugriff: 7. April 2013).
- EuroMemo Gruppe (2013): »Die Krise in der Europäischen Union verschärft sich: Ein grundlegender wirtschaftspolitischer Wandel ist notwendig«. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 3/2013, [http://www2.euromemorandum.eu/uploads/euromemorandum\\_2013\\_german.pdf](http://www2.euromemorandum.eu/uploads/euromemorandum_2013_german.pdf) (Zugriff: 7. April 2013).
- Feigl, Georg/Zuckerstätter, Sepp (2012): »Wettbewerbs(des)orientierung«, [http://wien.arbeiterkammer.at/bilder/d181/MWUG\\_117.pdf](http://wien.arbeiterkammer.at/bilder/d181/MWUG_117.pdf) (Zugriff: 7. April 2013).
- Gramsci, Antonio (1991ff.): »Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe«. Hamburg: Argument.
- Initiative »Europa neu begründen« (2012): »Europa neu begründen! Den Marsch in den Ruin stoppen! Die Krise durch Solidarität und Demokratie bewältigen!« (<http://www.europa-neu-begrunden.de/index.html>) (Zugriff: 7. April 2013).
- Schratzenthaler, Margit (2011): »Vom Steuerwettbewerb zur Steuerkoordination in der EU?« ([http://www.boeckler.de/wsimit\\_2011\\_06\\_schratzenthaler.pdf](http://www.boeckler.de/wsimit_2011_06_schratzenthaler.pdf)) (Zugriff: 7. April 2013).



# Glossar

**Abgabenquote:** gemessen als Einnahmen aus Steuern und Sozialabgaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Sie ist die wesentliche Maßzahl für das langfristige Potenzial an öffentlichen Leistungen und Transfers, da sonstige Einnahmen sowie die Fremdfinanzierung für gewöhnlich deutlich weniger relevant sind.

**Altruismus:** uneigennütziges, selbstloses Handeln und Denken.

**Arbeitslosengeld II (ALG II):** Grundsicherung für erwerbsfähige leistungsberechtigte Personen von 15 bis 65 Jahren in Deutschland, häufig auch als Hartz IV bezeichnet. Das ALG II ist an scharfe Bedingungen geknüpft, die zu hohem Druck zur Annahme jeglicher Arbeitsangebote führen, wodurch die Arbeitsbedingungen aller unter Druck geraten sind und die Herausbildung eines Niedriglohnssektors zumindest begünstigt wurde. Das ALG II wurde 2005 eingeführt und ersetzte die frühere Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für erwerbsfähige Personen. Die Höhe wird in »Regelbedarfen« festgelegt und sollte eigentlich das Existenzminimum absichern (was aber nicht immer der Fall ist).

**Armutrisikoquote:** Indikator zur Messung von relativer Einkommensarmut. Dahinter steckt die Idee, dass es ein Mindestmaß an Ressourcen braucht, um am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können bzw. sozial nicht ausgeschlossen zu sein. Meist definiert als Anteil der Personen, deren Äquivalenzeinkommen (ein auf Basis des Nettohaushaltseinkommens berechnetes Pro-Kopf-Einkommen pro Haushaltsmitglied) weniger als 60% des medianen Äquivalenzeinkommens der Bevölkerung beträgt.

**Austerität(-sprogramm)** leitet sich aus dem lateinischen Wort für Enthaltsamkeit, Dürsterheit bzw. Strenge ab; in der Ökonomie verwendet man den Begriff, um eine Politik zu bezeichnen, die bedingungslose Strenge und Enthaltsamkeit in Bezug auf den Staatshaushalt – insbesondere die Staatsausgaben – fordert. Austeritätspolitik bewirkt jedoch auch einen Rückgang des Wirtschaftswachstums. Dies wirkt sich negativ auf die Einnahmen des Staates aus. Eine radikale Austeritätspolitik erreicht daher ihr angekündigtes Ziel häufig nicht. Im Gegenteil, in vielen Fällen erschwert sie die angestrebte Konsolidierung des Staatshaushaltes.

**Automatische Stabilisatoren** sind Einnahmen- und Ausgabenkomponenten des öffentlichen Haushalts, die automatisch – d.h. ohne das aktive Setzen von wirtschaftspolitischen Maßnahmen durch die Re-

gierung – auf konjunkturelle Änderungen antizyklisch reagieren. Dadurch wird eine Stabilisierung von Wirtschaft und Beschäftigung erreicht. Das bekannteste Beispiel für einen automatischen Stabilisator ist die Arbeitslosenunterstützung: Bei einem Wirtschaftsabschwung steigen durch die höhere Arbeitslosigkeit die Ausgaben für Arbeitslosengelder sofort.

**Bankenunion:** medial geprägter Begriff für eine weitgehende Integration der nationalen Finanzsysteme innerhalb der Eurozone (oder auch der EU insgesamt). Die Vorschläge umfassen unter anderem die Sicherung der KundInnen-Einlagen, eine gemeinsame Aufsichtsbehörde mit Entscheidungsmacht bzw. einen einheitlichen Umgang mit Finanzinstituten in Zahlungsschwierigkeiten, der eine geordnete Abwicklung oder Rettung umfassen kann.

**Dogma:** eine grundlegende (Lehr-)Meinung oder Definition mit einem unumstößlichen Anspruch auf Wahrheit. Der Begriff wird oft gebraucht, wenn die Meinung Anspruch auf Wahrheit und Allgemeingültigkeit erhebt, aber nicht hinreichend fundiert und begründet ist.

**Entwicklungsweise:** eine über die Zeit relativ stabile Art und Weise des Wirtschaftens und der Regulation gesellschaftlicher Verhältnisse. Eine Entwicklungsweise umfasst ein institutionalisiertes Set von ökonomischen, sozialen und politischen Routinen, die das Handeln gesellschaftlicher Gruppen und Individuen vielfach orientieren. Die derzeitige Entwicklungsweise (der → neoliberale, finanzmarktgetriebene Kapitalismus) löste ab Anfang der 1980er Jahre den wohlfahrtsstaatlich geprägten Fordismus ab.

**EFSF – Europäische Finanzstabilisierungsfazilität:** Teil des vorübergehenden Euro-Rettungsschirms zur Sicherung der finanziellen Stabilität im Euroraum. Sie ist mit Garantien der Euro-Staaten abgesichert und vergibt Kredite an Euro-Mitgliedsstaaten. Harte und großteils kontraproduktive Auflagen (wie z.B. Strukturanpassungsprogramme, Kürzung der Sozialausgaben, Mehrwertsteuererhöhungen, Einschränkung und Verteuerung der öffentlichen Leistungen oder deren Privatisierung) sind allerdings die Bedingung für die Kreditvergabe. Deren Einhaltung wird laufend von der so genannten → Troika überwacht. Die EFSF wurde Ende 2010 gegründet und Mitte 2012 durch den → ESM abgelöst. Die alten Kreditprogramme für Irland, Portugal und Griechenland laufen allerdings noch weiter. Maximale Vergabekapazität: 440 Mrd. Euro (knapp 5% des BIP der Eurozone).

**ESM – Europäischer Stabilitätsmechanismus:** dauerhafte Finanzinstitution der Euro-Staaten, die Kredite an Staaten und voraussichtlich auch Banken mit Finanzierungsproblemen in der Eurozone vergibt. Wie bereits bei der → EFSF ist die Kreditvergabe an harte Auflagen der → Troika gebunden. Maximale Vergabekapazität: 500 Mrd. Euro (gut 5% des BIP der Eurozone).

**EU-15:** jene 15 EU-Mitgliedsstaaten, die vor 2004 der Europäischen Union angehörten: Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien, Vereinigtes Königreich.

**EU-27:** die 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, d.h. die → EU-15-Länder plus Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern (nach dem Beitritt von Kroatien als 28. Mitglied ab Juli 2013 wird zunehmend von EU-28 gesprochen werden).

**Eurobonds:** Anleihen, die die EU-Mitgliedsstaaten gemeinsam am Finanzmarkt aufnehmen. Die aufgenommenen Mittel teilen sie unter sich auf und bedienen sie dann eigenständig, allerdings würden sie gemeinsam für die Rückzahlungen bzw. die Zinsen der aufgenommenen Schulden haften. Stark limitierte Arten von Eurobonds wurden de facto mit der → EFSF bzw. dem → ESM eingeführt.

**EZB – Europäische Zentralbank:** gemeinsame Zentralbank der Mitgliedsstaaten der Europäischen Währungsunion, die für die Geldpolitik zuständig ist. Sie ist der demokratischen Kontrolle entzogen und vorrangig auf das Ziel der Preisstabilität und somit lediglich nachrangig auf eine ausgewogene Wirtschaftspolitik ausgerichtet. Ihre Aufgaben sind unter anderem die Festlegung und Durchführung der Geldpolitik, Devisengeschäfte, Verwaltung der offiziellen Währungsreserven der Mitgliedsstaaten und die Versorgung der Volkswirtschaft mit Geld. Gemeinsam mit den nationalen Zentralbanken in der Währungsunion bildet sie das Eurosystem, das für die Stabilität des Finanzsystems und die Förderung der Finanzmarktintegration in Europa verantwortlich ist.

**Fazilität:** Finanzierungs- (oder Einlagen-) -volumen, das Personen oder – staatliche oder private – Organisationen in Anspruch nehmen können. Beispielsweise gibt es die Spitzenrefinanzierungs- und Einlagefazilität der → Europäischen Zentralbank, die es Banken ermöglicht, über Nacht Geld zu leihen oder zu überlassen. Die → EFSF stellte eine

langfristige Finanzierungsmöglichkeit für Staaten mit Finanzierungsschwierigkeiten in der Eurozone bereit.

**Finanzialisierung** bezeichnet die Ausbreitung des Finanzsektors und einer finanziellen Logik in der Wirtschaft. Von der Unternehmensführung über die Inszenierung von Fusionen bis zur privaten Pensionsvorsorge konnte der Finanzsektor in den letzten beiden Jahrzehnten immer neue Aufgaben und infolgedessen auch Kapital an sich ziehen. Damit war insbesondere auch ein Trend zur Abwälzung von sozialen Risiken auf den/die Einzelne/n verbunden. So wurde der Finanzsektor z.B. in der Altersvorsorge als Risikoverwalter präsentiert, der seine Sache besser und lukrativer macht als der Staat. Der Prozess der Finanzialisierung hat dazu geführt, dass letztlich private Haushalte stark von der Finanzkrise betroffen waren und sind, sei es als AnlegerIn oder als SchuldnerIn.

**Fiskalpolitik** ist insbesondere auf nationaler Ebene ein zentrales wirtschaftspolitisches Instrument, das oft als Synonym für Budgetpolitik verwendet wird. Mittels Einsatz der öffentlichen Haushalte sollen wirtschaftspolitische Ziele wie etwa Vollbeschäftigung, Wohlstand, Verteilungsgerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit oder die Gleichstellung von Frauen und Männern erreicht werden.

**Hegemonie** bezeichnet eine Form von Herrschaft, die über die »blo-Be« Ausübung von Zwang und Gewalt hinausgeht. Ein Kennzeichen von Hegemonie ist die gesellschaftliche Verallgemeinerung der Vorstellung, dass es keine Alternativen zur jeweiligen ökonomischen und politischen Ordnung gebe. Der herrschenden Gruppe bzw. Klasse gelingt es zudem, potenzielle GegnerInnen durch teilweise Zugeständnisse in ihr Herrschaftsprojekt einzubinden. Der Konsens und die Führung der Beherrschten werden u.a. durch materielle Zugeständnisse (etwa durch Sozialleistungen, aber auch durch günstige Kredite) sowie die zivilgesellschaftliche Ausdehnung einer Weltanschauung (z.B. via Medien, Kultur- und Bildungseinrichtungen) organisiert.

**IWF – Internationaler Währungsfonds:** Internationale Finanzorganisation mit 188 Mitgliedsstaaten; Aufgaben des IWF sind z.B. die Förderung der internationalen Zusammenarbeit in der Währungspolitik, die Beseitigung von Devisenverkehrsbeschränkungen, Studien, Beratung und Monitoring der Mitglieder oder die Vergabe von Überbrückungskrediten an Mitglieder in finanziellen Schwierigkeiten. Bedingung für die Kreditvergabe sind harte Strukturanpassungsprogramme, die seit den 1980er Jahren großteils eine verheerende Rolle für weitere Teile

der Bevölkerung vor allem in Staaten in Lateinamerika, Afrika und Asien spielten. Trotzdem wurde der IWF in die europäischen Rettungsmechanismen finanziell und organisatorisch im Rahmen der → Troika eingebunden bzw. dienen diese Strukturanpassungsprogramme als Vorbild für die Gewährung von Finanzhilfen an Länder wie Griechenland, Portugal oder Rumänien.

**Keynesianismus:** wirtschaftswissenschaftliche Theorierichtung, benannt nach John Maynard Keynes (1883-1946), die sich bis heute in mehrere Strömungen weiter differenziert hat. Keynes revolutionierte das ökonomische Denken nach der Weltwirtschaftskrise 1929ff., indem er die Bedeutung der Nachfrage bzw. die Notwendigkeit ihrer Steigerung durch aktive Wirtschaftspolitik hervorstrich, um Vollbeschäftigung zu erreichen. In einer Krise könnte die Beschäftigung nicht durch die gemäß neoklassischer Theorie notwendige Lohn- und Preissenkung wieder gesteigert werden, sondern durch Steigerung der (erwarteten) Nachfrage. Diese Grunderkenntnis sowie die Einbeziehung weiterer Probleme wie Unsicherheit der Zukunft, mangelhafte Koordinierung der Entscheidungen über Investitionen und Sparen, unvollkommene Konkurrenz etc. verdichten sich im Keynesianismus zu einem Set aus Wirtschaftspolitiken und darüber hinausgehenden Vorstellungen über die Organisation gesellschaftlicher Strukturen.

**Leistungsbilanzdefizit bzw. -überschuss:** In der öffentlichen Debatte wird ein Leistungsbilanzüberschuss fälschlicherweise mit Exportüberschüssen/Importdefiziten gleichgesetzt. Die Leistungsbilanz erfasst aber neben dem Handel mit Waren und Dienstleistungen auch Einkommensströme und den Saldo aus laufenden Übertragungen einer Volkswirtschaft mit dem Ausland. Bei einem Leistungsbilanzüberschuss (bzw. -defizit) entstehen Forderungen (bzw. Verbindlichkeiten) gegenüber dem Ausland. Dauerhaft hohe Überschüsse und Defizite einzelner Volkswirtschaften gefährden die Stabilität der internationalen Wirtschaft, da bei zu hohen Forderungsbeständen diese von Abschreibung bedroht sind bzw. umgekehrt die Defizite nicht mehr finanziert werden können – mit krisenhaften Folgen für beide Seiten.

**Lender of last Resort** («KreditgeberIn letzter Instanz«): eine Institution, die – um einen Zusammenbruch des/der SchuldnerIn zu verhindern – bei der Finanzierung von Staaten oder Banken einspringt, wenn bisherige GeldgeberInnen abspringen bzw. plötzlich überhöhte Zinsen verlangen. Diese Funktion übernehmen in der Regel Zentralbanken, da nur sie über technisch unendliche Finanzierungskapazitäten

verfügen. Darüber hinaus können im begrenzten Umfang auch Staaten und deren gemeinschaftliche Institutionen wie der → ESM oder auf supranationaler Ebene der → IWF zum Teil als *Lender of last Resort* fungieren.

**Logos** bedeutet geistiges Vermögen bzw. Vernunft und bildet in der griechischen Philosophie den Gegensatz zum Mythos.

**Lohndeflation:** allgemeiner Rückgang der Löhne, der zum Rückgang der Nachfrage der Haushalte und fallenden Preisen führt. Es kann somit ein kumulativer, sich selbst verstärkender Prozess entstehen, da fallende Preise wiederum Beschäftigung und Löhne unter Druck setzen.

**Lohnzurückhaltung/Lohnmoderation:** Umverteilung von Lohn- zu Gewinn- und Besitzeinkommen; anders formuliert werden die Löhne nicht im Ausmaß des preis- und verteilungsneutralen Spielraums, daher der Summe aus Wachstum der Produktivität und Inflation, erhöht. Ziel einer solchen Lohnpolitik ist die Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Ausland. Da die Binnenwirtschaft für die meisten Volkswirtschaften allerdings relevanter ist als das Ausland, führt diese Politik nicht nur zu einem geringeren Anteil am Wohlstand für die meisten arbeitenden Menschen, sondern kann insgesamt das Beschäftigungsniveau senken.

**Maastricht-Defizit:** Das Maastricht-Defizit ist das Finanzierungsdefizit aller öffentlichen Haushalte (Bund, Bundesfonds, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungsträger...) eines EU-Mitgliedstaates zusammengekommen. Es wird im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung erfasst und bildet die Basis für die europäischen Budgetregeln (wie z.B. die Obergrenze von max. 3% des BIP).

**Multiplikatoreffekte:** Ein Multiplikator ist jener Faktor, mit dem eine andere Größe durch einen wirtschaftlichen Impuls vervielfacht wird. Der Multiplikatoreffekt öffentlicher Investitionen in der Höhe von einer Mrd. Euro liegt bei etwa 6.000 bis 10.000 Beschäftigten bzw. 1,3 bis 1,8 Mrd. Euro zusätzlicher Wirtschaftsleistung.

**Neoliberalismus:** eine wirtschafts- und gesellschaftspolitische Denkrichtung, die in erster Linie auf die »Kräfte« des freien Marktes vertraut und nach einem Kapitalismus ohne wohlfahrtsstaatliche Begrenzungen strebt. Eine starke Rolle des Staates wird hingegen bei der Durchsetzung und Absicherung kapitalistischer Eigentumsverhältnisse befürwortet. Die Wirkmächtigkeit neoliberalen Denkens zeigte sich in den letzten drei Jahrzehnten z.B. in umfassenden Programmen zur Sen-

kung der Vermögens- und Unternehmensbesteuerung, Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen oder zur Deregulierung der Finanz- und Arbeitsmärkte. Unterschiedliche Schattierungen neoliberalen Denkens gehen auf Intellektuelle wie z.B. Friedrich A. von Hayek, Milton Friedman, Wilhelm Röpke und Ludwig von Mises zurück.

**OECD:** Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ist eine Internationale Organisation mit derzeit 34 Mitgliedsstaaten, der zum großen Teil Länder mit hohem Pro-Kopf-Einkommen angehören. Sie kann als wirtschaftspolitisches Relikt aus dem Kalten Krieg angesehen werden (ähnlich der NATO im Bereich der Sicherheitspolitik). Die OECD kooperiert eng mit der EU-Kommission und steht für eine weitgehend → neoliberale wirtschaftspolitische Orientierung, die sie mittels zahlreicher Studien und Empfehlungen in die Debatte einbringt. Darüber hinaus ist sie in Teilbereichen wie der internationalen Steuerkoordination oder der Sammlung international vergleichbarer Daten federführend.

**Private-Equity-Fonds** bündeln Gelder von InvestorInnen wie Banken, Versicherungen und Privatpersonen. Die Übernahme von Unternehmen durch solche Fonds ist oft mit Auslagerungen, Schließungen von Firmenteilen etc. zur kurzfristigen Gewinnmaximierung verbunden, da ein langfristiges Engagement üblicherweise kein Ziel ist.

**Staatsschuldenquote:** öffentliche Finanzverbindlichkeiten in Relation zum BIP. Da ihr in der Regel weder die Finanzforderungen noch sonstige Vermögenswerte gegenübergestellt werden, ist sie trotz der medialen und politischen Aufmerksamkeit eine ökonomisch kaum sinnvoll zu interpretierende Größe.

**Tarifbindung:** Sind ArbeitnehmerIn und ArbeitgeberIn tarifgebunden, d.h. Mitglieder einer der Tarifvertragsparteien (ArbeitgeberInnenverband bzw. Gewerkschaft), so ist der Tarifvertrag (in Österreich: Kollektivvertrag) unmittelbar auf das Arbeitsverhältnis anwendbar.

**Troika:** Kontrollinstanz der EU bzw. der Eurozone aus VertreterInnen der → EZB, des → IWF und der EU-Kommission, die nach Vergabe von Krediten für Länder mit Finanzierungsschwierigkeiten (das waren im April 2013: Irland, Griechenland, Portugal, Rumänien, Zypern) Strukturanpassungs- bzw. → Austeritätsprogramme einfordert – so genannte Memoranda of Understanding (MoU) – und deren Umsetzung überwacht.

---

**profund • kritisch • wissenschaftlich**

---

# *Kurswechsel*

Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen

[www.kurswechsel.at](http://www.kurswechsel.at)



## **Themen 2013**

- *Aktivismus und Wissenschaft*
- *Social Entrepreneurship als Ausweg?*
- *Regionale Integration - Alternative Entwicklungspfade?*
- *Feministische Beiträge zur Krisenanalyse und -bewältigung*

---

Einzelheft: € 10,50

Normalabonnement: € 29,—

StudentInnenabonnement: € 18,—

Auslandsabonnement : € 36,—

Bestellung an: Sonderzahl Verlag

Fax: (0043 -1) 586 80 70

E-Mail: [sonderzahl-verlag@chello.at](mailto:sonderzahl-verlag@chello.at)

[www.sonderzahl.at](http://www.sonderzahl.at)

# VSA: Analysen statt Mythen



BEIGEWUM / Attac  
**Mythen der Krise**  
Einsprüche gegen falsche Lehren  
aus dem großen Crash  
128 Seiten | € 10.80  
ISBN 978-3-89965-373-1

Claus Matecki/Thorsten Schulten (Hrsg.)  
**Zurück zur öffentlichen Hand?**  
Chancen und Erfahrungen der  
Rekommunalisierung  
192 Seiten | € 16.80  
ISBN 978-3-89965-535-3

Prospekte anfordern!

VSA: Verlag  
St. Georgs Kirchhof 6  
20099 Hamburg  
Tel. 040/28 09 52 77-10  
Fax 040/28 09 52 77-50  
Mail: [info@vsa-verlag.de](mailto:info@vsa-verlag.de)



Steffen Lehndorff (Hrsg.)  
**Ein Triumph gescheiterter Ideen**  
Warum Europa tief in der Krise steckt  
Zehn Länder-Fallstudien  
288 Seiten | € 19.80  
ISBN 978-3-89965-511-7

In zehn Länderkapiteln, ergänzt durch drei Querschnittsanalysen, wird gezeigt, wie verschiedene nationale Wirtschafts- und Sozialmodelle in den zurückliegenden ein bis zwei Jahrzehnten verändert wurden und die Krise durchlaufen haben.

Paul Tiefenbach  
**Alle Macht dem Volke?**  
Warum Argumente gegen  
Volksentscheide meistens falsch sind  
Herausgegeben von Mehr Demokratie  
192 Seiten | € 14.80  
ISBN 978-3-89965-560-5

[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)

VSA